Wildcat

#74

Sommer 2005

kostet 3 Euro
(im Ausland 4 Euro)

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Huaxi, China: umgekippte Polizeitransporter nach Auseinandersetzungen zwischen der lokalen Bevölkerung und 3000 Polizisten

+++ China: Arbeitsbedingungen für Polizisten weiter verschlechtert! +++ Bolivien: Präsidentenkarussell +++ Argentinien: die Rückkehr des Arbeiterkampfes +++ Iran: Welche Farbe hat die Revolution? +++ Reloaded: Taylors Alpträume +++ Ein-Euro-Spaziergänge +++ IT-Industrie: Auslagerungen und Taylorisierung +++ ArbeiterInnen in Polen nach 1989 +++ Beverly Silver: Forces of Labour +++ Dritte Welt im zweiten Weltkrieg

Zum Titelbild:

China – Gesellschaft in Bewegung

»Bereits heute gebe es in China jährlich 30 000 bis 40 000 spontane Demonstrationen, die sich gegen Entlassungen, aber auch gegen Umweltverschmutzung richten«. (aus einem Zeitungsbericht über die großen Probleme, die Volkswagen neuerdings in China hat). Die in diesem Jahr bisher spektakulärste war die Vertreibung der Polizei aus dem Dorf Huaxi (gehört zur Stadt Dongyang, Provinz Zhejiang) im April. Hier war 2001 ein Industriepark eröffnet worden. Schnell siedelten sich Chemiefirmen an – wie sich später herausstellen sollte, vor allem solche, die von ihren früheren Standorten vertrieben worden waren. Die Einwohner des Dorfes versuchten es vergeblich mit legalen Protestformen. Als dann noch eine Plastikverwertungsfabrik kam, war das Maß voll. Die Situation soll unerträglich gewesen sein: Gestank, alles Wasser verseucht, das Gemüse (Hauptanbauprodukt der Bauern) wuchs kaum noch und war unverkäuflich. Also blockierten sie die Zufahrt zum Industriegelände mit Bambushütten, die von den Alten der Frauenliga besetzt wurden. Dass sich gerade die Alten immer wieder an die Spitze setzen, beruht auf der Vermutung, dass die Polizei es nicht wagt, alte Frauen anzugreifen.

Frühmorgens am 10. April griff die Staatsmacht dann doch an. 3000 Polizisten wurden mit Bussen herangebracht und fingen an, die Bambushütten niederzureißen. Die Frauenwache zündete Feuerwerkskörper und schnell waren bis zu 20 000 Leute da. Es ging das Gerücht, zwei der Frauen seien schwer verletzt oder gar tot (eine Frau war tatsächlich überfahren worden, aber nicht lebensgefährlich verletzt). Daraufhin griffen die Leute die Bullen an – die antworteten erst mit Tränengas, versuchten dann aber, sich zurückzuziehen. Es gibt Vermutungen, dass viele der einfachen Polizisten überhaupt keine Lust hatten, sich mit den Leuten anzulegen und den Offizieren die Sache aus den Händen glitt. Sie flüchteten zuerst in die Busse, die wurden aber solange geschüttelt, bis die Insassen wieder raus waren und in eine Schule flüchteten. Auch die wurde angegriffen, und schließlich suchte die Polizeitruppe in heller Auflösung das Weite. 50 wurden zum Teil schwer verletzt. Manche Polizisten zogen ihre Uniform aus, um unerkannt verschwinden zu können.

Die offiziellen Medien nahmen erst sehr viel später Stellung, als nichts mehr zu verheimlichen war. Die Informationen hatten sich übers Internet verbreitet, obwohl die ersten Nachrichten recht schnell von Zensoren gelöscht worden waren. Das Dorf wurde zur Touristenattraktion, Zigtausende aus der Umgebung wollten den Ort der Schlacht besichtigen. Die Behörden reagieren bis heute zurückhaltend. Zwar meinen die Leute aus dem Dorf, dass hunderte Zivilbullen da wären, um die RädelsführerInnen rauszufinden, weshalb ihr Komitee geheim ist. Andererseits erklärten die Behörden, dass neun der schlimmsten Fabriken geschlossen bleiben sollen. Bis heute gibt es noch keine Festnahmen. Die Medien sprechen von »wohlmeinenden aber naiven Leuten, die von Provokateuren aufgehetzt wurden«.

Das ist nicht das einzige Beispiel von Bauernprotesten. Es geht dabei um Landenteignungen, Korruption, Umweltzerstörung. Ebenfalls im April wurde die Batteriefabrik B.B.Battery in der Nähe von Kanton von einer aufgebrachten Menge gestürmt und weitgehend zerstört. Die Bewohner einer kleinen Vorstadt von Beijing demonstrierten im Juni wochenlang gegen die Enteignung ihres Landes für eine Olympia-Einrichtung.

Es gibt eine tiefe Kluft zwischen dem Regime und großen Teilen der Landbevölkerung, aber nicht nur die Bauern machen Ärger. Es mehren sich Streiks und andere Aktionen gegen die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Fabriken. Wobei es in diesem Jahr zu immer mehr großen Streiks mit tausenden von ArbeiterInnen kommt. So streikten im Februar in Shenzhen 1000 ArbeiterInnen einer Druckerei gegen lange Arbeitszeiten und schlechtes Essen in der Kantine. In Foshan (Kanton) streikten 5000 ArbeiterInnen einer Schmuckfabrik, weil die Firma versuchte, mit Tricks die Erkrankung einiger KollegInnen an Staublunge zu vertuschen. Erkrankte ArbeiterInnen waren einfach entlassen worden. Im Verlauf des Streiks kam es zu Straßenschlachten mit der Polizei, wobei viele verletzt wurden.

Im Juni streikten 4000 TextilarbeiterInnen für höhere Löhne, ebenfalls in der Nähe von Kanton. Den Angriff von Sicherheitsleuten konnten sie noch zurückschlagen; von Riot-Polizei wurde dann aber Tränengas eingesetzt. 24 wurden verhaftet. Auffallend an dieser Auseinandersetzung war, dass eine offizielle Zeitung von sich aus darüber berichtete, ein seltener Vorgang im Land der Zensur.

Der Streik bei Uniden Electronic in Shenzhen im April ist besonders bemerkenswert, auch wenn er am Ende vorerst eine Niederlage für die ArbeiterInnen gebracht hat. 10 000 Menschen produzieren schnurlose Telefone u.a. für Wal-Mart. Es hatte schon in der Vergangenheit immer wieder kurze Streiks gegeben. Und es hatte in der Fabrik seit Monaten die Diskussion um die Bildung einer eigenen Gewerkschaft gegeben. Deshalb legten spontan 3000 die Arbeit nieder, als die Firma einen Kollegen entließ, der für sein Eintreten für Organisationsfreiheit bekannt war. In kurzer Zeit

schlossen sich fast alle (bis auf 600) dem Streik an. Die Forderungen bezogen sich auch auf Arbeitszeit und Lohn, auf die sanitären Einrichtungen und das Verhalten der Vorgesetzten – aber im Zentrum stand, dass 10 000 für eine eigene Gewerkschaft streiken – das ist neu in China. Entsprechend entschlossen reagierten diesmal die Behörden, die in anderen Fällen oft zu vermitteln versuchen. Die ArbeiterInnen wurden im Werksgelände eingeschlossen, ein Versuch, rauszukommen, wurde mit Gewalt verhindert.

Der Streik dauerte eine Woche, in der es gelang, die ArbeiterInnen einzuschüchtern. Einige der StreikführerInnen verschwanden einfach, man weiß nicht, ob sie verhaftet worden sind. Viele wurden entlassen.

Ende Juni meldete Bloomberg, dass Uniden wieder weg will. Erst vor zwei Jahren war eine Fabrik in Laguna, Philippinen, geschlossen worden und die Produktion nach Shenzhen verlagert worden, weil die Arbeitskosten dort niedriger seien. Jetzt will Uniden ganz schnell ein Drittel der Produktion des Werkes Shenzhen nach Laguna zurückverlegen. Schon im August soll das Werk Laguna wieder produzieren.

Auch andere gesellschaftliche Gruppen werden aufmüpfiger. Mitte April demonstrierten 1500 ehemalige Offiziere vor dem Büro der Politischen Abteilung mit einem zweitägigen Sitzstreik für höhere Pensionen. Auch das hat es – soweit bekannt – noch nicht gegeben. Wobei Beobachter nicht nur die Tatsache hervorheben, dass überhaupt ehemalige Stützen des Regimes demonstrieren, sondern auch auf den hohen Grad an Organisation hinweisen – sie waren aus 20 Provinzen zusammen gekommen.

An den Unis gab es seit langem wieder zaghafte Proteste, als die Uni-BBS und Mailserver im Zuge der verschärften Internetzensur für Außenstehende geschlossen wurden. Microsoft hat sich mit seinem neuen China-Portal den Zensurbemühungen der Behörden angeschlossen; Wörter wie »Demokratie«, »Freiheit« oder »Demonstration« werden automatisch zurückgewiesen, wenn jemand sie in einen Blog-Eintrag schreiben will. Die verzweifelten Versuche des Regimes, das Internet zu kontrollieren, scheinen allerdings nicht sehr erfolgreich. Nach ein paar Tagen kursierten schon die ersten Vorschläge, wie man Microsofts Zensurrobot überlisten kann. Und kurz darauf wurde ausgerechnet die Webseite der Sicherheitsfirma gehackt, die im Auftrag der Beijinger Polizei 4000 Leute einstellen will, die bei Serviceprovidern und Internetcafés das Netz überwachen sollen.

Auf Asien Aktuell
http://www.umwaelzung.de/aaktuell.html
halten wir Euch weiter auf dem Laufenden.

Inhaltsverzeichnis

Die Commune ist die Antwort der Klasse 6

Sie halten uns kontrolliert arbeitslos 9

Herausfinden, einmischen, ... anzetteln 10
Ein-Euro-Spaziergänge in Berlin

»... oder?« aus dem Leben eines Sozialpädagogen 14

»das Einzige, was sie von uns erwarten können« 16
Das Berliner Hausgerätewerk macht dicht

Geht doch! 19
Interview mit einem Arbeiter aus dem Hausgerätewerk

Rote Käppis bei IBM 23
Verlagerung und Taylorisierung in der IT-Industrie

»Wir picken 800. Kein Stück mehr.« 29
Interview mit einem polnischen Leiharbeiter in Irland

ArbeiterInnen in Polen seit 1989 32

Das Ende eines Modells? 36
Italiens Nordosten in der Krise

Neoliberalismus am Ende... 38
Bewegungen in Lateinamerika

Verschobene Agonie? 39
Pattsituation in Bolivien

Argentinien: Die Rückkehr des Arbeiterkampfs 44

Unsere Opfer zählen nicht 48
Buchbesprechung: Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Arbeiterunruhe im Weltsystem 50
Veranstaltungen mit Beverly Silver: Forces of Labor

Arbeitsprozess und operaistische Theoriebildung 52
Buchbesprechung: Den Himmel stürmen

Taylors Alpträume 54
Die Fetischformen des Kapitals als Basis der Arbeitswissenschaft

Iran: Geschlossen gegen das soziale Erdbeben 59

Was bisher geschah 64
Leserbriefe, Nachreichungen, Buchhinweise

Umkämpfter Ort der Kommunikation? 68
Blogs, Webzines, Arbeiterforen

Billige Filmchen aus subversiven Zeiten 69
Review: Berlin Super 80

Culture Jamming 70
Buchbesprechung: Culture Jamming

Moers-Festival 2005 71

CD-Reviews 72

Impressum 76

suicidal tendencies?

Ganz schön viel passiert seit dem letzten Heft: Hartz ruiniert die Sozialdemokratie. Schröder schmeißt das Handtuch. Offene politische Krise der Bundesregierung, weil die »Reformprogramme« nicht durchgehen. Die Sozialdemokratie war historisch die Hauptkraft zur Eindämmung und Niederschlagung von revolutionären Klassenbewegungen; die Faschisten haben meist nur die Früchte geerntet. Dass die Sozialdemokratie nun nach 150 Jahren auf ihr Ende zumarschiert, ist eine gute Nachricht. Schöner lässt sich doch ein Sommer nicht einläuten!

Dazu kommt das ausrechenbar gewordene Ende der katholischen Kirche – der ältesten Institution überhaupt! Laut einer Prophezeiung von Nostradamus war Wojtyla der drittletzte Papst. In einer wahren Endzeitstimmung hatte er 473 Seligsprechungen durchgeführt, doppelt soviel wie in den 400 Jahren davor. Dass die katholische Kirche nun den Uralt-Knacker Ratzinger nimmt, ist fast schon Todessehnsucht. Selbst wenn nach seinem Ableben ein 30jähriger dran kommen sollte, wäre das Papsttum in einer absehbaren Zeit erledigt – falls Nostradamus recht behält. Die katholische Kirche ist in einer anhaltenden Krise. Sie wächst nur noch dort, wo das Elend wächst und die kapitalistische Entwicklung so schwach ist, dass es keine Alternativen gibt.

Drittens das doppelte Debakel EU. Maastricht-Kriterien in den Wind geschossen, die Verfassung in zwei Referenden abgeschossen. Auch in Europa hat der Neoliberalismus vergeigt. Der Unterschied zu Lateinamerika ist »nur«: hier institutionelle Krisen allerorten – dort werden die Regierungen noch richtig in Handarbeit gestürzt. Aber auch die institutionelle Krise in Kombination mit der schweren Krise der Sozialdemokratie eröffnet große Möglichkeiten für eine radikale Linke.

Seit über zehn Jahren warnen wir davor, von »Neoliberalismus« zu reden, wenn das bedeutet, dass man den Kapitalismus vor seinen »Auswüchsen« und Übertreibungen retten will. Wenn wir jetzt vom »Ende des Neoliberalismus« reden, steht das dazu nicht im Widerspruch, im Gegenteil: beides Mal wollen wir vor den »Rettern« warnen!
Der Neoliberalismus war eine Antwort auf die Krise. Sein grundlegender Zug besteht darin, mit Hilfe von staatlicher Macht »Marktmechanismen« und die »Globalisierung« durchzusetzen. Darunter verstehen seine Verfechter Privatisierung, Flexibilisierung der Arbeiterklasse, massives Runterfahren der sozialstaatlichen Leistungen. Aber der Neoliberalismus war keine Erfolgsgeschichte für das Kapital: Die Wachstumsraten und vor allem die Akkumulationsraten sind in der ganzen »neoliberalen Phase« niedriger gewesen als in den Zeiten der diversen Wirtschaftswunder in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Und vor allem hat der Neoliberalismus in den letzten Jahren zu einer weltweiten Bewegung mit starken antikapitalistischen Zügen geführt, zu Aufständen und Streiks.
Die Kämpfe Ende der 60er Jahre haben dem Keynesianismus den Garaus gemacht. Wenn die aktuellen Bewegungen dazu führen, dass jetzt der Neoliberalismus durch Neo-Keynesianer abgelöst wird – womöglich mit Hilfe »von links« – dann wäre nichts gewonnen!
In der engen Provinz BRD sieht das so aus, dass die WASG versucht, die Sozialdemokratie zu retten; nach Ende der Großen Koalition kann man ja Koalitionen bilden oder wieder fusionieren...
FeLS und andere linke Gruppen schmeißen sich der WASG gegenüber in Positur. Zitat: Wir waren »auf die eine oder andere Weise an nahezu allen linken Bewegungen, Mobilisierungen, Kampagnen und Protesten der vergangenen Jahre beteiligt.« und: »Wir sind diejenigen, die in vielen Orten und Städten eine Politik von unten im Alltag erfahrbar machen und Projekte sowie Strukturen aufrecht erhalten.« Sie vermuten nämlich, dass dieser ganze Zoo, den sie da aufzählen als »WählerInnenreservoir der außerparlamentarischen Linken« für die WASG interessant sein könnte und versuchen deshalb, sich als dessen Repräsentant aufzustellen.
Es ist nicht die Frage, ob der Neoliberalismus überlebt – das wird er nicht. Die Frage ist, was sich aus dem weltweiten Aufbegehren entwickelt. Wenn es revolutionär werden soll, müssen sich die Leute ihre eigenen Ziele setzen, unabhängig vom kapitalistischen Zwang zur Profitmaximierung und zur Arbeit – und unabhängig von »linken« Kopfrockern auf parlamentarischem Repräsentationstrip!

Und da sieht es letztlich gar nicht so schlecht aus: Auch von unten ist ne Menge passiert: in **Bolivien** wurde mal wieder eine Regierung gestürzt – von einer beeindruckenden Massenbewegung (**S.39**). Außerdem hat sich in Lateinamerika ausgehend von Argentinien

in den letzten Monaten eine Streikwelle für höhere Löhne entwickelt (**S.44**). Dazu haben wir ein Interview mit einem Arbeiteraktivisten bei Subte auf unsere Website gestellt. Die 1900 ArbeiterInnen der Subte, der **U-Bahn von Buenos Aires**, haben im Februar eine Lohnerhöhung von insgesamt 44 Prozent durchgesetzt.

In der BRD gibt es vor allem defensive Kämpfe: sehr viele Mobilisierungen gegen Betriebsschließungen und/oder Verlagerungen. Besonders massiven Widerstand haben die ArbeiterInnen des **Bosch-Siemens-Hausgerätewerks** in Berlin/Spandau geleistet. Auf **S.16** findet Ihr die Geschichte der Kämpfe in diesem Werk und ein Interview mit einem Arbeiter. Um genauer zu erklären, worum diese Kämpfe gingen, haben wir diesmal einen mehr als 20 Jahre alten Artikel reloaded: **Taylors Alpträume** (**S.54**).

Ab **S.59** beschreibt ein Genosse aus dem **Iran**, dass entgegen der skandalisierenden Darstellung in den Medien die Herrschenden geschlossen gegen das drohende soziale Erdbeben stehen. Währenddessen gehen die Arbeiterkämpfe (z.B. in der Autoindustrie) weiter.

Ein Genosse aus Polen hat ein Interview mit einem polnischen Saisonarbeiter in Irland gemacht: **»Wir picken 800. Kein Stück mehr.«** (**S.29**) und einen Artikel über **ArbeiterInnen in Polen seit 1989** geschrieben (**S.32**).

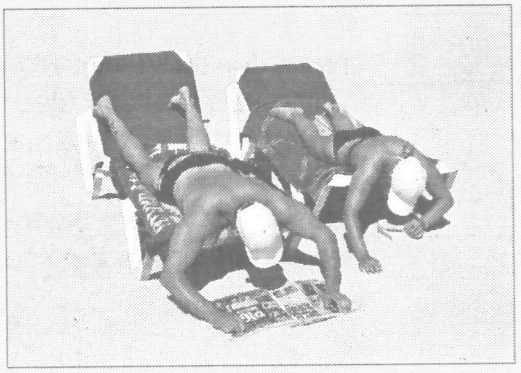
Ihr würdet nie erraten, welcher Artikel diesmal die emotionalen Wellen am höchsten gepitcht hat – bevor jetzt die große Raterei los geht, sagen wir es lieber gleich: **Auslagerungen in der IT-Industrie** (**S.23**). Damit wollen wir den Einstieg in eine genauere Diskussion und Untersuchung hinkriegen: Qualifizierung der Leute, Arbeitsprozess, Zusammenhang mit der Produktion... Relativ ruhig hingegen die Zusammenarbeit mit der Berliner Gruppe *no service*, die ihre **Spaziergänge zu Ein-Euro-Jobs** vorstellt (**S.9**); danach ein Interview mit einem Sozialpädagogen, der in einer U25-Maßnahme arbeitet.
Unter http://filipsworld.proboards42.com/ und dem Namen »Home of Durruti and Friends« ist ein Forum von Beschäftigten von Philips Semiconductors Hamburg, das rege zur Diskussion genutzt wird, z.B. über den Versuch von Philips, Zulagen für Schichtarbeiter zu kürzen und Widerstandsmöglichkeiten dagegen. Im Heft gehen wir auf ähnliche Versuche von Blogs ein (**S.68**).

Und wenn Ihr jetzt einfach umblättert, findet Ihr die Fortsetzung unseres **Kollektivschwerpunkts** im letzten Heft.

Viel Spaß beim Lesen und einen schönen Sommer!

29.6.2005

Wir suchen WeiterverkäuferInnen!



Das ist die wirkungsvollste Art, eine politische Zeitschrift zu verbreiten. Am Baggersee, in der Kneipe, auf Demos, beim Open Air...
So lassen sich am ehesten Diskussionen führen, womöglich entstehen Lesekreise, oder wir könnten gemeinsam eine Veranstaltung in Eurer Stadt organisieren.

Und weil das alles so ist, geben wir an WeiterverkäuferInnen die *Wildcat* besonders billig ab:
8 Stück für 10 Euro.

Wer das mal probieren will, soll einfach an **versand@wildcat-www.de** schreiben.

Bedingung:
Nur an privat! Keine Remittenden!
Leute im Ausland sollen bitte die Konditionen extra erfragen.

Und natürlich können wir auch weiterhin Abos und Förderabos gebrauchen:
Unser Bestellformular findet Ihr unter:
http://www.wildcat-www.de/aboform.htm

Bitte gebt an, ab welcher Nummer das Abo laufen soll.

Die Commune ist die Antwort der Klasse

Nach den Interviews mit Wohnprojekten, Arbeitskollektiven und Kommunen war uns am Ende nicht klar, warum sich die Leute zusammen tun: *»Überwiegt die Angst vor sozialen Unsicherheiten, die Neugierde auf andere Menschen oder der Wunsch, sich politisch einzumischen?« (vgl. Wildcat 72 und 73)* Im Folgenden fassen wir unsere eigenen Vorstellungen von Kollektiv und dessen Bedeutung im Kampf gegen die kapitalistischen Zustände thesenartig zusammen.

1) Von der gesellschaftlichen zur individuellen Krise ... und zurück?

Die Kämpfe Ende der 60er ließen die Ansprüche explodieren und stürzten die Kapitalverwertung in die Krise. Seit einem Vierteljahrhundert frisst sich diese Krise wieder zurück in die Gesellschaft. Zukunfts- und Existenzangst diktieren das alltägliche Verhalten. Geiz und individuelle Karriere werden als Überlebenstechniken propagiert. Für gemeinschaftliche Versuche bleibt keine Zeit. Stress, Vereinzelung, Depressionen kennzeichnen die Lage.

Aber Sich-Einschränken, individuelle Verweigerung und Stillhalten sind keine adäquaten Antworten mehr auf die Angriffe. Immer mehr Menschen, die dem gesellschaftlichen (Krisen-)Druck nicht standhalten, sich nicht (mehr) durchbeißen können oder wollen, bleiben auf der Strecke. Die Zahl der psychischen Erkrankungen ist von 1997 bis 2004 um 70 Prozent gestiegen – bei jungen Menschen zwischen 15 und 34 um bis zu 100 Prozent. Das Krankheitsbild, das die gesellschaftliche Realität am besten einfängt, ist die Depression. (Statistiken sind nur Statistiken: Leute haben Angst, sich wegen einer Grippe krankschreiben zu lassen, es muß schon eine depressive Erschöpfung sein. Gleichzeitig zeigt sich eine gesellschaftliche Schwingung darin, dass Krankschreibungen für Depression oder »Borderline« leichter zu haben sind.)

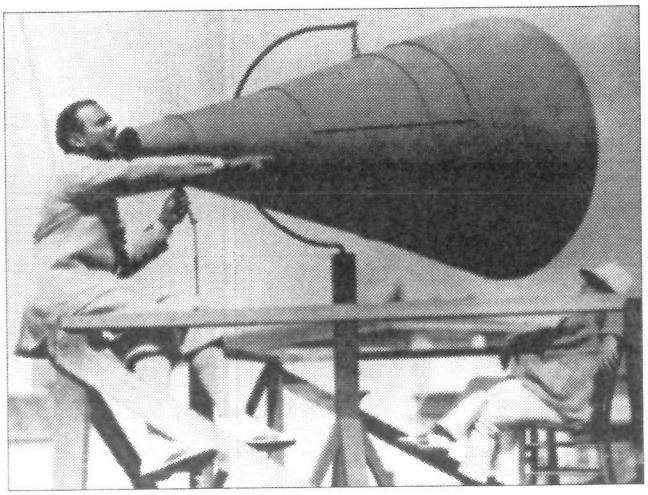
Vereinzelung und »Krankheit« bedeuten andererseits auch Unfähigkeit und Unwilligkeit der Menschen, das alles weiterhin auszuhalten. Was passiert, wenn gesellschaftliche Perspektiven, Ideale, Leitbilder und Träume wegbrechen? Ein Kapitalismus, der keine Entwicklungsperspektive mehr anzubieten hat, verliert seine Legitimität. Das soziale Unbehagen frisst sich nicht nur in das vereinzelte Individuum, es beginnt in Wut und Aggressivität umzuschlagen; eine *ya-basta*-Stimmung macht sich breit, aus der sich soziale Protestbewegungen speisen. Die Rest-Linke steht dem großteils hilflos und zuweilen ablehnend gegenüber: die Montagsdemos waren nicht autonom genug, an den Antikriegsdemos wurde nur der Bezug auf die Bundesregierung gesehen, anderes ist zu sehr »proll«, die Aktionen der SchülerInnen hat man gar nicht mitgekriegt ...

2) Die Linke – Hamster im Rad der gesellschaftlichen Reproduktion

Wir sind nicht gezwungen, die gesellschaftlichen Verhaltensmuster anzunehmen, aber es erscheint einfacher, Arbeit, Studium, Familie und Freizeit nicht zu hinterfragen und individuell zu betreiben. Diese Vereinzelung kann bis zur sozialen Unfähigkeit führen, in deren Anschluss Menschen nur noch alleine können und wollen, weil ihnen jeglicher Kontakt Angst macht. Dem öffnet die Universität ihre Tore: Die persönliche - allen voran die »geistige« – Entwicklung steht über allem. Denken verschwindet in Aktenschränken oder wird vermarktet. Es geht nicht darum, etwas gemeinsam klar zu kriegen, sondern solange Gegenargumente zu finden, bis neue Bereiche gefunden sind. Ich muss dort ankommen, wo mich keiner mehr versteht, und dann kann ich euch was erzählen.

Bei denen, die dann trotzdem noch »politisch was tun«, ergänzt abstrakte Politik die akademische Arbeit und umgekehrt. In Dekonstruktivismus, Identitäts-, Biopolitik usw. haben handelnde soziale Subjekte kaum noch eine Chance. Kollektive Versuche und soziale Bewegungen, die sich gegen die gesellschaftliche Krise stemmen, werden unter Generalverdacht gestellt. Gerade viele junge Linke eignen sich erschreckend oft einen elitären Blick »von außen und oben« auf die Gesellschaft an.

Die (ehemals) radikale Linke läuft einer wegbrechenden kapitalistischen Perspektive hinterher. Weder die Nischen der 80er, noch die individualistische *startup*-Ideologie der 90er sind heute noch



angemessene Antworten. Die gegenwärtige radikale Linke kritisiert lauthals den »Neoliberalismus«, treibt ihn in ihrem eigenen Verhalten aber voran. Mittlerweile kann man davon ausgehen, dass eine kritische Ausstellung über Prekarisierung im Backstage-Bereich die neoliberalen Arbeitsverhältnisse multipliziert.

Deshalb haben wir Interviews mit Kollektiven gemacht – diese könnten eine Möglichkeit sein, den gemeinsamen Kampf zu organisieren. Wenn sich Linke in Kneipen, Buchläden, Jugendzentren, Bau-Handwerksfirmen usw. organisieren und versuchen, neben Institutionen und Alltag zu bestehen, kann das Schutz vor Vereinzelung und Depressionen bieten, sie versuchen Selbstverwirklichung, Kreativität und soziale Kommunikation miteinander zu vereinbaren. Doch selten werden kapitalistische Formen von Produktivität und Ausbeutung verlassen, fast nie sind sie Ausgangspunkt einer gemeinsamen politischen Praxis.

Wovor haben wir eigentlich Angst? Dass es dem Kapital schlecht geht?? Weit über die linke Szene hinaus verfügen wir über erhebliche Mittel. Es gibt Häuser, Zentren, Kneipen, Läden, Zeitungen, LKWs, Theater- und Küchengruppen. Viele sind in der Lage, Veranstaltungen, Konzerte, Festivals, Demos und Karawanen zu organisieren, Videos, Webzines und CDs zu produzieren, Radios zu betreiben ... Warum also soll es uns schlecht gehen? Anstatt uns mit diesen Strukturen voneinander abzuschotten, sollten sie als Werkzeuge für den Kampf genutzt werden.

3) Reformismus am Ende

Das Zurückweichen der ArbeiterInnen seit vielen Jahren hatte einen rationalen Kern: Die Beschäftigungssicherungsverträge, Kostensenkungs- und Flexibilisierungsprogramme verschlechterten die Bedingungen, schienen sie aber auf relativ hoher Ebene zu konsolidieren. Es gab keine Kämpfe, die das Ruder hätten herumreißen können, aber wo es weh tat, brachten kurze Streiks den Klassenfeind schnell zum Einlenken (Lohnfortzahlung!).

Mit dem Angriff im Frühsommer 2004 ging das Kapital über diesen »Kompromiss« hinaus: mehr Arbeiten für weniger Geld hat den ArbeiterInnen in den Siemens-Handy-Werken gar nichts gesichert, es hat lediglich die Betriebe verkaufbar gemacht! Hartz IV erhöht den Druck, der Stress nimmt erheblich zu.

Es gibt keinen Automatismus zwischen Krise und Kämpfen. Aber die Verschärfung der objektiven Bedingungen reißt nicht nur Netzwerke und Verhaltensweisen, sondern auch Ideologien ein. Die Leute stellen sich neue Fragen und sind offener für andere Antworten. Unser Eindruck ist, dass diese Beobachtung gerade allgemein gilt. Wenn man Leute fragt, wie sie ihre *persönliche* Zukunft sehen, halten viele sie für ganz gut; wenn sie die *gesamtgesellschaftlichen* Tendenzen einschätzen sollen, äußern die meisten Angst. Das zeugt von Realismus und markiert die Übergangsphase, in der wir uns befinden. Die Verschärfung der objektiven Bedingungen wird genau wahrgenommen. Starkes Absenken des Reproduktionsniveaus, mehr arbeiten für weniger Geld, Verlagerungsdrohungen und Stellenabbau, das alles verlangt nach kollektiven Antworten. Es gibt einen unheimlichen *Brass*.

Die Blockade der 2000 Daimler-ArbeiterInnen und der wilde Streik bei Opel in Bochum, die Schulbesetzungswelle in Frankreich und die SchülerInnenkämpfe in der BRD, die vielen, vielen Mobilisierungen gegen schlechtere Arbeitsbedingungen in den letzten Wochen usw. sind Versuche, Antworten zu finden. Die Kämpfe sind noch nicht »auf der Höhe der Zeit« – in anderen Teilen Europas und der Welt sieht es diesbezüglich besser aus. Wichtig ist aber, dass sie vor einem gesellschaftlichen Hintergrund stattfinden, der wieder in Bewegung gekommen ist. Ein Abkapseln in der eigenen

Szene (Musik, Mode ...), wie es für die 90er Jahre typisch war, bricht auf.

Auch die linken »Projekte« sind (z.B. angesichts der Ein-Euro-Jobs) gezwungen, sich neu zu positionieren. Viele werfen die letzten Ansprüche über Bord. Einige wenige verweigern sich radikal der Durchsetzung sozialstaatlicher Repressionsinstrumente. Hier gibt es aktuell jede Menge Diskussions- und Organisierungsbedarf. Das Auseinanderklaffen zwischen sich verschärfenden objektiven Bedingungen und (noch) fehlenden (kollektiven) Antworten ist ein deutliches Zeichen der Übergangsphase, aber auch die Möglichkeit für einen Vorschlag zum Bruch.

* zum Weiterlesen http://www.wildcat-www.de/zirkular/40/z40blaum.htm (daraus sind auch die beiden Zitate)

4) Gründet Bedürfnisgemeinschaften!

In den 90er Jahren hat die radikale Linke in der BRD alle Bezüge auf den Klassenkampf und die eigene soziale Reproduktion gekappt. Sie verfiel in Starrkrampf und ihre geistigen Ausdünstungen um Begriffe wie Freiräume, Antifaschismus/-rassismus und Antideutschtum wurden zu geschlossenen Theorien. In der praktischen Orientierung war das für viele junge Linke attraktiv, weil es ihnen ermöglichte, in einer feindlichen Welt »die eigene Identität« des Dagegenseins zu bewahren. Doch diese Theorien waren keine Analysen der tatsächlichen Verhältnisse und boten keine Antworten auf den Druck von Oben. Anstatt (sich) zu bewegen, verzweifelten viele. Sie wussten *»alles über das feine Gespinst von sozialen Normen und Reziprozitäten, die das Leben der Trobriand-Insulaner beherrschen, und über die psychischen Energien, die bei den Cargo-Kulten der Melanesier eine Rolle spielen.«* *Aber wenn es um die eigene soziale Existenz oder um die Welt um sie herum ging, schrumpfte *»dieses unendlich komplexe soziale Wesen, das melanesische Individuum«* in ihren Darstellungen auf den »deutschen Proleten«, *»der sich mit seinen Händen 'spasmodisch' auf den Bauch schlägt und auf elementare ökonomische Stimuli reagiert.«*

Mittlerweile haben Demos gegen den Krieg, Streiks, Montagsdemos, Mobilisierungen an Schulen und Unis die »soziale Frage« zurückgeholt, die politische Initiative in der BRD hat eine andere Fließrichtung gekriegt. Ya basta! Hass, Wut und Aggressivität. Die soziale Frage ist kein Streichelzoo, kämpfende ArbeiterInnen sind keine Streicheltiere. Um Teil dieser Bewegung werden zu können, brauchen wir entsprechende Strukturen. Scharniere, die die Thematisierung der eigenen sozialen Reproduktion in die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung stellen. Wir müssen vom Verständnis der realen Bewegungen aus den Prozess der Individualisierung umdrehen, die individuelle Armut durch kollektiven Reichtum, den Stillstand durch die eigene und gemeinsame Veränderung ersetzen, existenzielle, finanzielle, strukturelle und psychische Probleme gemeinsam angehen, um der sozialen Angst und dem Leistungsdruck begegnen zu können. Vertrauen und Verantwortung aufbauen – aber auch verbindlich einfordern. Ein »Wir«, das das Gegenteil von Beliebigkeit, Oberflächlichkeit und der Verdrehung ist, in der das »Ich« nur alleine bestehen kann. Das verstehen wir unter »Kollektiv«.

5) Kollektiv und revolutionäre Politik

»An die Herrschaften von Colyton: Wenn wir nicht bald alle Dinge günstiger erhalten können, als es jetzt möglich ist, müsst ihr damit rechnen (...), dass die Stadt bis auf die Grundmauern niedergebrannt wird; und der See wird mit Blut so vollaufen wie jetzt mit Wasser. Wir sind 452 und haben verdammt noch mal darauf einen getrunken.«

Um die Gesellschaft umzuwälzen, müssen wir unsere Mittel kombinieren mit der »Revolutionierung der Revolutionäre!« (Dutschke 1967). Die Organisierung im Kollektiv ist unsere Antwort in der gegenwärtigen Übergangsphase. Wir wählen nicht die, die uns bestimmen, sondern die gute Stimmung ist unsere Wahl.

Parteien, Gewerkschaften, NGO's, politische Organisationen usw. sind Vermittlungsinstanzen, die im gesellschaftlichen Erodierungsprozess mitgerissen werden. Diese sind für uns vollkommen unattraktiv, sie werden von oben herab geführt, kontrollieren oder verhindern den sozialen Veränderungsprozess, statt ihn zu ermöglichen.

Als Kollektiv erarbeiten wir gemeinsam unsere Theorie-Praxis. Sie besteht nicht aus Abgrenzen, sondern entwickelt ein gemeinsames Kampfverhältnis in Fabrik, Büro, Schule, Fanclub, der Uni oder sonst wo. Es geht darum, gemeinsam zu lernen, zu schulen, zu diskutieren, zu analysieren, einzugreifen. »Unsere« Position bleibt eine bewegliche, an der wir gemeinsam arbeiten, und zwar nicht um uns dahinter zu verstecken. Unsere Theorie muß als Methode – und nicht als Ideologie – die reale Totalität erfassen und in der Praxis wirksam sein, ein Austausch, ausgerichtet an den jeweiligen Bedürfnissen, keine Arbeitsteilung von Spezialisten in viele kleine getrennte Teilbereiche. Das ist politische Arbeit im Kollektiv, sie ist Ausdruck eines (Such-)Prozesses. Wir sind keine intellektuelle Elite, die als gebildete Schicht alle anstehenden Fragen beantworten will, aber wir wollen uns befähigen, Teil der Antworten zu werden. Antworten bei denen sich die restlichen Kapitalgläubigen lieber eine vierseitige Münze, einen dreibeinigen Papst oder arbeitsgeile Marsbewohner wünschen werden.

Ein Teil des Redaktionskollektivs

»Sie halten uns kontrolliert arbeitslos«
Der Sozialstaat lebt!

Hartz I bis IV und ff. bedeuten vor allem eins: die permanente Änderung der neu geschaffenen repressiven Instrumente. Soeben (Ende Juni 2005) wurden die Jobcenter neu geordnet und deren Kompetenzen gebündelt. Das soll die Leute auf Trab halten – das zeigt aber ebenso klar, dass es keine strategischen Antworten auf die kapitalistische Krise mehr gibt. Die Umsetzung der Hartz-Gesetze und deren Nachbesserungen (z.B. Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I bei älteren Arbeitslosen mit langer Arbeitstätigkeit) spalten und individualisieren weiterhin – genau dies ist die Funktion des Sozialstaats.

Die radikale Linke hatte gegenüber dem, was sie seit über 20 Jahren »Abbau des Sozialstaats« nennt, immer eine gewisse Erwartungshaltung: die proletarischen Reproduktionsbedingungen würden sich homogenisieren, die Linke würde sich proletarisieren. Bisher ist so etwas nicht eingetreten. Die Art, wie heutzutage neue soziale Subjekte konstruiert werden (das »Prekariat«), lässt eher drauf schließen, dass man gar keinen Bock mehr hat, sich die realen Veränderungen des Kampfterrains anzugucken.

• Die **Berliner Spaziergänge der noservice Gruppe** zeigen, dass es auch anders geht. Sie sind zu den MAE-JobberInnen gegangen, um mit ihnen zu reden, um rauszukriegen, was tatsächlich passiert, was die »Betroffenen« sich dazu denken und wo sich mögliche Bruchpunkte oder gar gemeinsame Handlungsperspektiven ergeben. Wir hoffen, dass diese Praxis Diskussionen auslöst und sich verbreitet.

• Zusätzlich haben wir **Interview-Auszüge mit einem Beschäftigten eines privaten Trägers,** der die neuen Zwangsmaßnahmen für Jugendliche umsetzt. Von diesem Bereich wissen wir viel zu wenig und er schreit nach einer entsprechenden Praxis.

Ein-Euro-Jobs –
offizielle Bezeichnung: MAE = Mehraufwandsentschädigung.
Bezieher von Arbeitslosengeld II werden in diese Jobs gezwungen, eine Ablehnung ihrerseits hat die Kürzung des Arbeitslosengeldes zur Folge. (Zunächst um 30 Prozent, in wiederholten Fällen reduziert auf die Zahlung der Miete und Essensgutscheine.) In Berlin arbeiten die Ein-Euro-JobberInnen für 1,50 Euro pro Stunde (teilweise auch nur 1,20 Euro), in der Regel 30 Stunden in der Woche. So verdienen sie etwa 180 Euro MAE zusätzlich zum Arbeitslosengeld II plus Miete. Die jeweiligen Beschäftigungsträger erhalten jedoch bis zu 500 Euro monatlich pro MAE-Stelle (für Qualifizierungen und den Verwaltungsaufwand). Die Ein-Euro-Jobs müssen laut Gesetz »zusätzlich« sein, d.h. sie dürfen keine regulären Arbeitsplätze gefährden. Sie sind kein Arbeitsverhältnis, dementsprechend gelten keine Arbeitnehmerrechte (Krankengeld, Urlaub oder Streikrecht).

Bundesweit sind derzeit etwa 176000 MAE-Stellen eingerichtet worden, bis Jahresende soll die Zahl auf 600000 steigen. Die Zahl der vom Arbeitsamt geförderten Umschulungen und Weiterbildungen ist dagegen innerhalb von nur wenigen Monaten um 67 Prozent (in Berlin sogar um 80 Prozent) gesunken.

Die Ein-Euro-Jobs sind nicht nur für ALG II-EmpfängerInnen vorgesehen, sondern auch für Leute ohne Arbeitserlaubnis wie AsylbewerberInnen und Flüchtlinge mit Duldungsbescheinigung.

herausfinden, einmischen ...anzetteln

Spaziergänge zu Ein-Euro-Jobs in Berlin

Seit einem knappen halben Jahr sind wir alle zwei Wochen auf Spaziergängen zu Trägern und Einsatzorten von Ein-Euro-JobberInnen in Berlin unterwegs, um mit Leuten, die in den Bereichen arbeiten, zu diskutieren und uns einzumischen. Im Gegensatz zu den vereinzelten und anonymen Begegnungen auf den Ämtern kommen Leute über die Ein-Euro-Jobs neu zusammen und sehen sich täglich. Wir haben uns gefragt: Funktioniert das reibungslos, massenhaft Leute in diese Jobs zu stecken, oder regt sich Widerstand? Entsteht hier eine explosive Mischung von ehemaligen SozialhilfeempfängerInnen, AkademikerInnen, SchwarzarbeiterInnen, Hausfrauen und prekären JobberInnen? Oder wehren sich eher die Leute, die ihre regulären Jobs durch Ein-Euro-Jobs bedroht sehen?

Ein-Euro-Jobs in Berlin

Berlin gehört mit einer Erwerbslosenquote von 19,7 Prozent zu den Regionen mit sehr hoher Arbeitslosigkeit. Seit Anfang der neunziger Jahre hat eine starke Deindustrialisierung stattgefunden. Der Wegfall von Jobs in der Produktion und das Ende des Baubooms haben die Situation entscheidend geprägt. Ende Mai 2005 waren knapp 325000 Menschen arbeitslos gemeldet, davon erhalten etwa zwei Drittel Arbeitslosengeld II. Während sozialversicherungspflichtige Stellen sowohl in Berlin als auch bundesweit immer weiter abgebaut werden, ist aufgrund der andauernden Ausweitung geringfügiger Beschäftigung durch Ich-AGs, Mini-Jobs und Ein-Euro-Jobs die Zahl der Arbeitslosen im Mai 2005 im Vergleich zum Vormonat erstmals leicht zurückgegangen. Derzeit gibt es in Berlin 17200 besetzte Ein-Euro-Jobs, laut Senat sollen es bis Ende des Jahres etwa 45000 werden. Bildungs- und Beschäftigungsträger (gsub, KUBUS e.V., Lowtec, BUF, KEBAB, der Internationale Bund, Goldnetz, pro futura e.V. u.a.) und Wohlfahrtsverbände (z.B. Caritas und AWO) sanieren sich am Ein-Euro-Geschäft gesund und expandieren.

Ein-Euro-Jobs im Kontext der Hartz-Angriffe

In den Medien werden die Ein-Euro-Jobs als neue Chance zum Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt verkauft. Es wird aber keineswegs verschwiegen, dass es letztendlich darum geht, die Löhne und Sozialausgaben in Deutschland zu senken. Worauf zielen nun die aktuellen Angriffe, Hartz IV und speziell die Ein-Euro-Jobs, ab?

1 Massive Verunsicherung: Schon vor dem Inkrafttreten von Hartz IV, wurde ein Drohszenario geschaffen, mit dem vor allem ArbeiterInnen in »regulären« Jobs unter Druck gesetzt wurden. Bei Siemens, DaimlerChrysler, Karstadt, den Berliner Vivantes-Krankenhäusern und vielen kleineren Betrieben wurden die Belegschaften mit Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen konfrontiert. Hartz IV bedeutet ein Jahr Arbeitslosengeld I, das sich am letzten Einkommen orientiert, danach Leben auf Sozialhilfeniveau und einen Ein-Euro-Job als eventuelle Zone der Demütigung. Das ist in den Betrieben angekommen, wie sich auch im einwöchigen wilden Streik bei Opel in Bochum zeigte.

2 Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen: ALG II senkt das Niveau staatlicher Sozialleistungen, womit ArbeiterInnen gezwungen werden sollen, für noch niedrigere Löhne arbeiten zu gehen. Für viele kommt ein Ein-Euro-Job nicht in Frage, da sie ihn als demütigend empfinden, andere wiederum fallen über Bedarfsgemeinschaften ganz aus dem Bezug heraus. Um über die Runden zu kommen, müssen sie einen Niedriglohnjob annehmen. Der Ausbau des Niedriglohnsektors wird verstärkt. Allerdings ist diese Entwicklung auch widersprüchlich: ALG II plus Mietanteil plus Ein-Euro-Job kann u.U. 850 Euro betragen, was einem Bruttolohn von über 1000 Euro entspricht.

3 Abbau regulärer Stellen: Mit der Einführung der Ein-Euro-Jobs findet indirekt eine staatliche Subventionierung kommunaler Aufgaben statt. Mittelkürzungen und Stellenabbau bei den Kommunen haben in den letzten Jahren große Löcher in die staatliche Infrastruktur gerissen, die mit Ein-Euro-JobberInnen wieder geschlossen werden sollen: im Garten- und Landschaftsbau, bei Instandsetzungs-, Renovierungs- und Reinigungsarbeiten, in sozialen Diensten, im Schul-, Bildungs- und Kulturbereich sowie in Pflegeeinrichtungen. Hinter den »zusätzlichen« Tätigkeiten der Ein-Euro-Jobs verbergen sich oft gesetzlich festgelegte Aufgaben der Kommunen, bei denen ganz bewusst auf die Qualifikationen der JobberInnen zurückgegriffen wird. Dagegen erhalten z.B. Handwerksfirmen immer weniger Aufträge, müssen weitere Stellen abbauen oder gehen pleite.

4 Wirkung auf ideologischer Ebene: Vor allem Jugendlichen und jungen Leuten soll nachdrücklich klar gemacht werden, dass ein Leben ohne Arbeit nicht denkbar ist und dass es der Vergangenheit angehört, sich in der »sozialen Hängematte« auszuruhen. Es geht um eine Neudefinition dessen, was unter »normalen« Arbeits- und Reproduktionsbedingungen zu verstehen ist. Das Anspruchsdenken soll massiv herunter geschraubt werden.

5 Disziplinierung und Kontrolle von Arbeitslosen: Arbeitslose mit einem Ein-Euro-Job sollen beweisen, dass sie früh aufstehen und sich einem Arbeitsrhythmus anpassen können. Bei der 30-Stunden-Woche eines Ein-Euro-Jobs wird es schwierig oder unmöglich, weiter schwarz zu malochen. Meldet man sich länger als zwei Wochen krank, wird der Ein-Euro-Job gekündigt, der Stress mit dem Arbeitsamt geht von vorne los. Auch ganz allgemein verstärken Ein-Euro-Jobs den Zugriff auf die Zeit von Arbeitslosen, verhindern das Verreisen und andere Dinge, die Spaß machen.

Herausfinden, Einmischen ... Anzetteln

Im vergangenen Jahr waren auf den wochenlang anhaltenden Montagsdemos erstaunlich viele Leute (vor allem im Osten) selbstorganisiert auf der Straße, um gegen die Durchsetzung von Hartz IV zu protestieren. Parallel konnten wir (nicht nur in unserem Umfeld) eine breite Offenheit feststellen, über Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen zu reden. Die Unzufriedenheit war spürbar. Wir wollten wissen, wie sich die Leute verhalten und jenseits von skandalisierenden Berichten in den Medien uns selbst ein Bild davon machen, wie es tatsächlich in den Ein-Euro-Jobs aussieht. Daraus entstand die Idee der Spaziergänge. Seit Anfang Januar sind wir alle zwei Wochen unterwegs, recherchieren dazu und diskutieren untereinander. Die Praxis der Spaziergänge beruht auf kleinen Grenzüberschreitungen: wir gehen unangemeldet rein, fragen nicht um Erlaubnis und lehnen die Vermittlung über Vorgesetzte ab. Wir wollen mit den Leuten direkt an ihrem Arbeitsplatz ins Gespräch kommen – dabei stößt unser Auftauchen fast immer auf Offenheit und Interesse. Nicht selten ergaben sich angeregte Diskussionen. Es stellte sich heraus, dass viele Leute (wie wir auch) zwischen Arbeitsamt, Maßnahmen und prekären Jobs hin- und herpendeln. Die Spaziergänge sind ein Ansatz, Isolation und Trennungen in den einzelnen Arbeitsbereichen aufzubrechen und die jeweiligen Erfahrungen der Leute an andere weiter zu geben.

Explosive Mischung?

Wir sind auf erstaunlich viele Leute gestoßen, die den Ein-Euro-Job »**freiwillig**« machen. In den Gesprächen mit ihnen wurde diese »Freiwilligkeit« jedoch schnell relativiert. Zum einen geben sie dem ständig wachsenden Druck und der Schikane vom Arbeitsamt nach, zum anderen sind die paar Euro ein wichtiger Zuverdienst. Die Leute wägen ab. Ein Ein-Euro-Job kann durchaus die bessere Alternative sein. So liegt z.B. der Tariflohn einer Bäckereiverkäuferin bei 5,52 Euro, was etwa ALG II plus Ein-Euro-Job entspricht, aber die Arbeitshetze ist größer, die Arbeitszeiten sind länger und ungünstiger.

Viele Leute erzählen, sie seien froh »mal raus zu kommen«. Sie hätten über den Ein-Euro-Job (oder die ABM) nette KollegInnen gefunden und/oder dort halbwegs was Interessantes zu tun. Ein deutlicher Ausdruck dafür, wie zermürbend für manche langjährige Arbeitslosigkeit sein kann.

In den vergangenen Monaten wurden jedoch auch zunehmend Leute zu Ein-Euro-Jobs **zwangsverpflichtet**. Die sind schon deshalb unzufrieden, weil der ihre eigenen Pläne durchkreuzt. So erzähl-

te uns ein »Hausmeister«, dass er seinen Schwarzjob auf dem Bau nicht mehr machen kann. Davon hatte er die vergangenen Jahre gelebt. Ein Mann aus einer Metallwerkstatt brachte es auf den Punkt: »Wir werden hier kontrolliert arbeitslos gehalten, damit wir nicht nebenbei schwarz arbeiten.« Andere kotzen über die Ein-Euro-Jobs ab, weil sie eine einschlägige Ausbildung haben, aber keinen regulären Job mit entsprechendem Gehalt finden.

Egal, ob »freiwillig« oder zwangsverpflichtet, nahezu alle, mit denen wir gesprochen haben, sind unzufrieden damit, dass im Krankheitsfall der Zuverdienst wegfällt und kein bezahlter Urlaub gewährt wird. Bezahlt blau machen geht nicht mehr. Auch gibt es grundsätzliche Kritik am Zwangscharakter der Jobs. Die wenigsten versprechen sich von der Maßnahme einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt.

Doch wie kann sich diese Kritik radikalisieren?

Schwierigkeiten ...

Die Bedingungen, die im Bereich der Ein-Euro-Jobs vorherrschen, erschweren die Entstehung kollektiver Formen von Widerstand:

• Die Ein-Euro-JobberInnen arbeiten oft vereinzelt oder nur mit wenigen Leuten zusammen und bekommen so kaum etwas voneinander mit.

• Es entsteht kaum eine gemeinsame Perspektive, da sie nur relativ kurze Zeit zusammen arbeiten (die Maßnahmen sind auf neun Monate begrenzt). Danach stehen sie wieder vereinzelt vor einer unklaren Situation.

• Da die Leute ihren Qualifizierungen entsprechend eingesetzt werden, trifft es nur bedingt zu, dass Leute mit unterschiedlichen Erfahrungen aufeinandertreffen.

• Der Unmut von (noch) Festangestellten und Ein-Euro-JobberInnen trifft im Alltag oft nicht aufeinander, da sie getrennt voneinander arbeiten (z.B. in Handwerks-, Gartenbaubetrieben und bei Beschäftigungsträgern). Oder der Stellenabbau hat bereits in den vergangenen Jahren stattgefunden, wie an Schulen und Kitas.

...und Möglichkeiten des Widerstands

Dennoch haben wir immer wieder Leute getroffen, die versuchen, den Bedingungen etwas entgegen zu setzen. Viele entgehen der Disziplinierung, indem sie sich wiederholt für ein paar Tage krank melden, dann wieder erscheinen, um so keine Kündigung zu riskieren. Langsam arbeiten, Pausen überziehen

Bei einem Berliner **Beschäftigungsträger**, der in vielen Bezirken, so auch in Neukölln, verschiedene Werkstätten und Einsatztrupps betreibt, haben wir etliche Leute getroffen, die über ihre ABM oder ihren Ein-Euro-Job nur abkotzten. Die Mischung aus stupide empfundener Arbeit (z.B. Abziehen der Isolierungen von Kupferkabeln oder Stricken kleiner, hässlicher Püppchen) und miesen Arbeitsbedingungen (rigide Pausenregelungen, Stundenabzug bei Zuspätkommen, Radioverbot, äußerst schlecht ausgestattete Werkstätten und ein winziger Aufenthaltsraum) schürt die Unzufriedenheit. Bisher waren in diesem Werkstättenbereich 120 Leute beschäftigt – inzwischen hat der Beschäftigungsträger umgebaut und expandiert: Ab Juni arbeiten dort an die 400 Ein-Euro-JobberInnen. Zu den voll besetzten Werkstätten (**Holz-, Metall- und Nähwerkstatt**) kommen verschiedene Trupps, die zur **Pflege von Grünflächen** und zur **Müllbeseitigung** eingesetzt werden. Qualifizierungsmaßnahmen, für die der Träger zusätzlich Geld kassiert, sind ein Witz: Bewerbungstraining, Belehrungen über den Umgang mit Feuerlöschern (ohne Feuerlöscher!) oder auch die Einarbeitung ins Bemalen kleiner Holzteilchen für Kinderspielzeuge. Dagegen werden die Leute gezielt ihren Ausbildungen und Berufserfahrungen entsprechend eingesetzt, sei es als Näherin, Schlosser oder Bauarbeiter. Die meisten finden ihren Job dort einfach nur Scheiße und verhalten sich entsprechend (von den üblichen Bummeleien, reihenweisen Krankmeldungen hin zu offenen Arbeitsverweigerungen).

Wie **ver.di** versucht, die Durchsetzung der Ein-Euro-Jobs durch juristische Regulierungen zu begleiten belegt folgender Artikel in der *Berliner Zeitung vom 4. Juni 2005:*
»Zwanzig Strafanzeigen wegen Ein-Euro-Jobs«
Betrug, Subventionsbetrug und Untreue im Zusammenhang mit dem Einsatz von Ein-Euro-Jobs – so lauten die Vorwürfe. Die Staatsanwaltschaft muss sich nach Angaben des Hauptpersonalrates bereits mit zwanzig Strafanzeigen und Klagen gegen Beschäftigungsgesellschaften auseinander setzen, die Ein-Euro-Jobs vermitteln und damit womöglich reguläre Arbeitsplätze vernichten. 17 Mal haben Privatfirmen mit Hilfe der Handwerkskammer geklagt, drei Anzeigen stammen von Ver.di. Der Ausgang der Verfahren ist offen. Auch zivilrechtlich wird gegen die Ein-Euro-Jobs vorgegangen.
Bei den zivilrechtlichen Klagen geht es aktuell um sechs Ein-Euro-Jobber an

An Berliner Schulen arbeiten etwa 5000 bis 8000 Ein-Euro-JobberInnen. Im Stadtbezirk Neukölln ist jeder vierte Beschäftigte an Schulen und Kitas ein Ein-Euro-Jobber. Manche Schulen funktionieren nur noch über Maßnahmen. Wir waren im März in einer Grundschule, an der mehr als 30 Leute, darunter Schulabgänger, Akademiker, Handwerker, Langzeitarbeitslose, ehemalige Hausfrauen, als ABMler oder Ein-Euro-Jobberin arbeiten. Sie sind zuständig für: Hausmeisterarbeiten, Renovierung, Betreuung der Kinder auf der Schulstation, Einzelfallhilfe, Wartung und Betreuung des Computerraums, Küchenarbeiten in der Schulkantine... Zwei feste ErzieherInnenstellen in der Schulstation waren schon vor fünf Jahren gestrichen worden und sind jetzt mit Ein-Euro-JobberInnen besetzt. Die einzigen Festangestellten sind offensichtlich die LehrerInnen.

und »organisiertes Bummeln« gehören zum Arbeitsalltag der Ein-Euro-JobberInnen. In einigen Fällen werden sie darin auch von Festangestellten unterstützt. »Ihr werdet schlechter bezahlt als ich, also arbeitet auch entsprechend weniger.« So die Einstellung eines (regulär beschäftigten) Hausmeisters seinen Ein-Euro-»Gehilfen« gegenüber.

Mit den Spaziergängen haben sich auch unsere Fragestellungen geändert. Nach unserem ersten Besuch in den Neuköllner Werkstätten des oben beschriebenen Trägers hatten wir den Eindruck, dass die Leute dort tatsächlich mal gemeinsam auf den Putz hauen werden. So waren wir mehrmals dort und haben versucht, gezielter mit ihnen über die Möglichkeiten eines Streiks nachzudenken. In ihren Überlegungen überwog jedoch die Angst vor einer Kürzung des ALG II. Die Vorstellung einer eigenen Macht fehlte.

Wie können wir (gemeinsam) diese Ohnmacht aufbrechen? Wo gibt es Angriffspunkte, wie kann Widerstand wirksam werden?

Die Ein-Euro-Jobs sind zur Zeit überall Thema. Ein Streik von Ein-Euro-JobberInnen würde – auch wenn er keine bedeutenden Produktionsprozesse lahmlegt – eine breite öffentliche Präsenz schaffen. Wenn Ein-Euro-JobberInnen sich offen hinstellen und für bessere Bedingungen kämpfen, würde das nicht nur die einschüchternde und demütigende Wirkung der Ein-Euro-Jobs aufheben. Der Protest könnte von vielen Seiten unterstützt werden und eine starke politische Bedeutung bekommen. Bei der weit verbreiteten Unzufriedenheit und dem Frust auf Hartz IV könnte er sich auf andere Bereiche ausweiten. Auf die Beschäftigungsträger ließe sich direkt Druck ausüben, da ihre Ein-Euro-Jobs oft nicht wirklich die Kriterien erfüllen (Zusätzlichkeit, geleistete Qualifizierungen, ...), sie aber von der dafür bewilligten Kohle abhängig sind.

Offener Prozess

Wir haben inzwischen viel herausgefunden und die Informationen in Berichten festgehalten, die u.a. auf *labournet.de* und *wildcat-www.de* veröffentlicht wurden. Es ist jedoch sehr schwierig, einen kontinuierlichen Kontakt mit den Ein-Euro-JobberInnen aufzubauen. Wir erfahren kaum etwas darüber, wie die Leute untereinander weiter diskutieren, was wir durch unser Auftauchen anzetteln. Dennoch liegt hier eine mögliche Wirkung der Spaziergänge: Wir haben uns überlegt, offensiver aufzutreten und verstärkt Ideen und konkrete Überlegungen in die Diskussion zu werfen – z.B. in einem Flugblatt zum Thema ›Streik im Ein-Euro-Bereich‹. Wir wollen uns dabei auf Orte konzentrieren, an denen viele Leute zusammenkommen und es möglich ist, sich kollektiv mit den aufgeworfenen Fragen auseinanderzusetzen.

Andere linke Gruppen haben die Idee der Spaziergänge zu Ein-Euro-Jobs aufgegriffen (z.B. in Köln), wir hoffen, dass sich diese Praxis über die übliche linke Kampagnenpolitik hinaus ausweitet. Außerdem diskutieren wir, wie wir den alleinigen Fokus auf die Ein-Euro-Jobs aufheben können. Denkbar sind Spaziergänge auch zu anderen Orten, an denen Leute miese Jobs machen müssen ...

no service ist eine Gruppe aus Berlin von etwa zehn Leuten, die meisten arbeitslos, mit oder ohne Schwarzjob, manche haben reguläre Jobs, z.B. in der Pflege oder im IT-Bereich. Seit über zwei Jahren treffen wir uns und setzen uns mit Themen zu Arbeit und Reproduktion, der Funktion des Sozialstaates, Krieg und Kämpfen dagegen auseinander. So organisierten wir eine Veranstaltungsreihe zum Thema »Prekär – das Normalarbeitsverhältnis als Sonderfall«, bei der es u.a. um das Berliner »Praktikantenunwesen«, Studies als prekäre JobberInnen oder den Kampf von illegalisierten Arbeitsmigranten auf einer Berliner Baustelle ging. Zudem versuchen wir selbst aktiv zu werden und uns einzumischen, z.B. während der Auseinandersetzungen in den Vivantes-Krankenhäusern im Frühjahr 2004. Seit Januar 2005 organisieren wir die Spaziergänge zu Ein-Euro-Jobs.
no service ist unter der email-adresse noservice@gmx.de zu erreichen.
Die ausführlichen Berichte und das Flugblatt zu den Spaziergängen könnt ihr u.a. nachlesen unter:
www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/berlinsp05.html

der Neuköllner Bruno-Taut-Schule und um neun Erwerbslose an der Neuköllner Regenbogenschule. Eine Personalrätin berichtete, dass im letzten Herbst 18 Bibliothekarsstellen an den Oberstufenzentren für überflüssig erklärt wurden. Die Mitarbeiter gehören nun zum Stellenpool. Dafür seien jetzt »Bibliotheksgehilfen« im Einsatz, die im Grunde die gleichen Tätigkeiten verrichteten. An einer Schule in Tempelhof-Schöneberg soll dem Hausmeister gekündigt worden sein, zwei Ein-Euro-Jobber hätten die Aufgaben übernommen. Der Anteil der Vermittlungen aus dem Stellenpool ist inzwischen auf zehn Prozent gesunken.
Ein weiteres Beispiel: Von einst 306 Stellen im Grünflächenamt Lichtenberg seien 150 übrig geblieben, 73 Mitarbeiter gelten im Stellenpool als »überflüssig«. Gleichzeitig hat der Bezirk 235 Ein-Euro-Jobber zur Gartenpflege gebucht. Die Behörden ließen die »überflüssigen« Gärtner umschulen.

»... oder?«
aus dem Leben eines Sozialpädagogen

In einem Artikel der *Berliner Zeitung vom 1. April 2005* unter dem Titel **»Hunderte Jugendliche haben keine Lust zu arbeiten«** hieß es, dass alleine in Berlin-Neukölln 6377 Jugendliche arbeitslos seien. »Viele von ihnen«, so die Zeitung, »wollen weder etwas von den Jobangeboten noch von Qualifizierungen hören. Rund 4000 junge Erwerbslose hat das Jobcenter bisher angeschrieben. Nur rund 1500 von ihnen meldeten sich zurück.« Bei 300 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren habe das Jobcenter bereits Kürzungen des ALG II vorgenommen oder es ganz gestrichen.

Seit dem 1. Januar 2005 können alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren unabhängig davon, ob sie zuvor sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben, Anspruch auf ALG II geltend machen. Falls sie in einer »Bedarfsgemeinschaft« (zB mit ihren Eltern) leben, werden allerdings die Haushaltseinkommen eingerechnet. Gekoppelt ist der ALG II Bezug jedoch an Zwangsangebote, die die Arbeitsgemeinschaften zwischen Sozialämtern und Arbeitsagenturen (ARGE) über spezielle U25-Jobcenter vermitteln: Ausbildungen, Arbeitsplätze, Arbeitsgelegenheiten und Maßnahmen. In Wirklichkeit sollen die Jugendlichen damit unter Druck gesetzt und aus der Statistik und dem Leistungsbezug gedrängt werden [siehe Artikel Berliner Zeitung in der Marginalspalte]. Im Extremfall führen die Zwangsangebote dazu, vom Schulaustritt bis zum 25. Lebensjahr von den ARGE mit irgendwelchen Maßnahmen malträtiert zu werden. Viele ARGE waren (und sind teilweise immer noch) mit der Umsetzung von Hartz IV überfordert, und für die repressive Jugendpolitik blieb keine Zeit. Anders die Situation in Köln: schon vor Jahren wurden in den Stadtvierteln Jobcenter aufgebaut, das »Kölner Modell« wurde bundesweit herumgereicht, da die sogenannte »niedrigschwellige« Vermittlung in Arbeit nichts anderes bedeutete als die Leute in irgendwelche Jobs rein zu pressen und die repressive Funktion gegenüber der qualifizierenden auszubauen. Auf diese Erfahrung konnte nun zurückgegriffen werden: Im September 2004 gab es bereits – locker gehandhabte doch bereits verpflichtende – Trainingsmaßnahmen für Jugendliche und seit Januar 2005 werden 600-700 Jugendliche über sechs private Träger »betreut«. Wir haben mit einem Beschäftigten dieser Träger gesprochen, da die großformatigen Anzeigen der Bundesregierung böses ahnen lassen.

Die Gesprächsauszüge können eine erste Ahnung vermitteln, geben einen Einblick in einen bisher vernachlässigten Bereich. Sie sind aber befangen im Expertenblick – man kann sich wunderbar vorstellen, wie er »arbeitsmarktfernen Jugendlichen« »Stellenakquise« beibringt! Sie sprechen nicht für die Jugendlichen. Für Leute, die nicht mit Superzeugnis, Beziehungen und »gutem« Elternhaus ins Rennen gehen, sind die Zeiten definitiv härter geworden. Die Hartz IV-Zwangsmaßnahmen sollen zusätzlich Stress machen. Den Stress haben die Trägerbeschäftigten schon längst, deren Bedingungen werden spätestens seit den Umsetzungen der Hartz Gesetze – und verschärft seit Hartz IV – verschlechtert. Viele fühlen sich mittlerweile selbst »verheizt« und doch geben sie den Stress auch weiter. Dies provoziert Konflikte, die sich schon jetzt in zunehmenden körperlichen Übergriffen auf Fallmanager abzeichnen. Konfliktpotential welches die Kölner Spaziergänge versuchen könnten aufzuspüren. Dies ist aber nur möglich, falls – wie es die BerlinerInnen vorgemacht haben – der unmittelbare Kontakt mit den MAE-JoberInnen gesucht würde, statt auf das spektakuläre Gespräch mit den Geschäftsleitungen zu setzen.

Wie werden Euch die Jugendlichen zugewiesen?

Die Jugendlichen werden von ihren PAPs (persönlichen Ansprechpartnern) bzw. Fallmanagern bei der ARGE zugewiesen. Die Zuweisung erfolgt in der Regel nach einem Beratungsgespräch per mail, und am folgenden Tag beginnen die Jugendlichen bei uns. Beim Erstkontakt erstellen wir eine Vereinbarung, die - ähnlich wie ein Arbeitsvertrag - Bestimmungen über Urlaubszeiten, Arbeitsschutz, Verhalten im Krankheitsfall, Kündigung usw. enthält und von den jungen Erwachsenen unterschrieben werden muß. Die Maßnahmen dauern vier Wochen bis zu einem halben Jahr und können optional verlängert werden. Ziel ist die Beschäftigung und Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten, ca. ein Drittel der 150 Jugendlichen können wir in externe Praktika vermitteln, der Rest wird in den trägereigenen Werkstätten – für Bau-, Metall-, Holz- und Elektrotätigkeiten, aber auch EDV – beschäftigt. Dort bekommen die Jugendlichen 0,70 Euro/

Stunde, im externen Praktikum beträgt die MAE ein Euro. Ein Tag in der Woche dient als Qualifizierungstag, an dem Bewerbungsschreiben, Stellenakquise, Deutsch-, EDV- und Matheunterricht auf niedrigem Niveau angeboten wird. Dieser Tag kann auch für Ämtergänge genutzt werden. Dadurch und durch die unterschiedliche Teilnahmedauer ist jedoch eine kontinuierliche Arbeit im Klassenverband nicht möglich.

Beschränkt sich Deine Beratung auf die gemeinsame Auswahl der »geeigneten« Tätigkeit?
Nein, wahrlich nicht. Es ist zwar nicht vorgesehen, aber hauptsächlich sind wir mit den Alltagsproblemen der Jugendlichen beschäftigt. Was wohl unterschätzt wurde und was mich auch überrascht hat, sind die massiven Probleme durch Obdachlosigkeit, psychische Erkrankungen, Drogensucht, Schulden und Kriminalität. Hier geht es erst einmal darum Ruhe herzustellen, damit die Jugendlichen den Kopf frei kriegen, vorher ist eigentlich an Arbeitsgelegenheiten nicht zu denken.

Warum hat dies so massiv zugenommen?
In den vergangenen Jahren gab es ein stilles Abkommen mit einer bestimmten Schicht, die häufig Sozialhilfe bezogen haben, denen aber keine (Beratungs-, Hilfe-)Angebote mehr gemacht wurden, nun hat die Politik die ARGE unter Zugzwang gesetzt. Wir hatten hier junge Erwachsene, die seit Schulaustritt vor mehreren Jahren irgendwie »untergetaucht« sind, mit denen hat sich zumindest die Berufsberatung nie beschäftigt.

Wie ist die Zusammensetzung der Gruppen?
Da alle zugewiesen werden (müssen) ist die Zusammensetzung sehr heterogen, vom Sonderschüler zum Abiturienten, vom Gangmitglied mit Knasterfahrung zum wohlbehüteten Muttersöhnchen. Frühere Möglichkeiten der differenzierten Angebote gibt es nicht mehr, gerade die in den letzten Jahren aufgebauten »niedrigschwelligen« Angebote für arbeitsmarktferne Jugendliche fehlen jetzt, so sind die Maßnahmen häufig bloße Auffangbecken.

Was erwarten sich die Jugendlichen von der Maßnahme?
Da die »Angebote« seit Januar nicht mehr »freiwillig« sind und wir keine tatsächliche »berufliche Qualifizierung« oder gar Ausbildung anbieten können/dürfen, ist die Motivation häufig auf den finanziellen Aspekt beschränkt. Die »Supermarktsituation« für gering qualifizierte Jugendliche ohne (oder auch schon mit) Ausbildung ist so desaströs, dass es für viele die einzig (legale) Möglichkeit ist, an etwas mehr Geld zu kommen. Einige formulieren auch, dass sie keinen Bock mehr haben abzuhängen und endlich was tun wollen.

Und der finanzielle Aspekt?
Durch die MAE bekommen die Jugendlichen ca. 100 Euro zum ALG II dazu. Einige hatten aufgrund der gestaffelten Zulagen durch einen früheren Alhi-Bezug plus Miete und MAE zu Beginn des Jahres soviel wie nie zuvor, andere Jugendliche haben die Chance genutzt und sich eine – von der ARGE finanzierte – Wohnung gesucht.

Zum Kölner Modell gehört auch, dass die Zahlungen der Regelleistungen (natürlich bis auf die Miete) für Jugendliche in Maßnahmen auf das Ende des Monats verschoben wurde, dafür gibt es keine gesetzliche Grundlage und es laufen auch schon Musterprozesse.

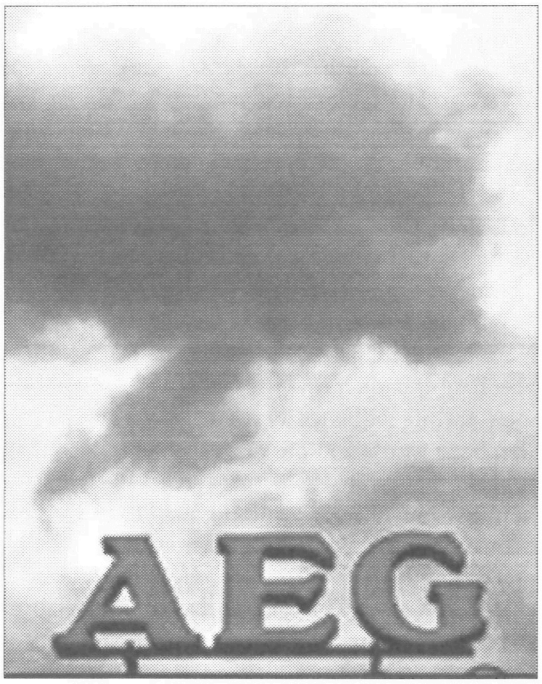
Hast Du jemand vermitteln können?
Nein, aber es sind einige in Arbeit gegangen. Entweder über Zeitarbeit ins Lager und zu einem Ford-Zulieferer oder in den Einzelhandel, auf den Bau oder als Maler, alles jedoch Jobs ohne Berufsausbildung. Jugendliche mit einer abgeschlossenen Ausbildung sind bisher eher selten.

Es gibt keine Jobs, Ihr habt keine attraktiven Angebote und alles auf der Grundlage von Zwang – Wie verhalten sich die Jugendlichen in der Maßnahme?
Viele äußern ihren Unmut, einige machen »blau«, andere reichen 'ne AUB rein, dann gibt es auch immer wieder andere wichtige Termine, die wahrzunehmen sind, aber letztendlich sind alle auf die Kohle angewiesen. Die Mehrheit versucht sich irgendwie durchzuschlagen, ohne massive Sanktionen zu provozieren. Rausfallen tun in der Regel die, die ihre Probleme nicht in den Griff kriegen und einfach für ein paar Wochen untertauchen. Der Kontakt bricht ab, da sie meistens auch über keinen festen Wohnsitz oder eigenes Handy verfügen, es gibt zwar Härtefallregelungen, aber oft folgt die dreimonatige Sperre der »Regelleistungen zum Lebensunterhalt« durch die Fall-Manager der ARGE.

In den Jobcentern ist die Zahl der Übergriffe auf die Fallmanager gestiegen, habt Ihr auch schon Erfahrung mit Frust und Aggressivität?
Für viele sind wir der verlängerte Arm der ARGE, da wir näher dran sind, ist es einfacher den Frust an uns abzulassen. Einige haben auch »nichts mehr zu verlieren« und treten entsprechend aggressiv auf. Früher haben wir darüber diskutiert, wie wir uns in Extremsituationen verhalten, mittlerweile haben einige Beschäftigte Angst und die Fragen drehen sich darum, wie wir uns schützen können. Aber wir versuchen ja noch einzelnen zu helfen, was wäre, wenn wir nicht da wären, dann bliebe nur die »repressive Institution«, oder? ■

»...das einzige, was sie von uns erwarten können...«

Eine Waschmaschinenfabrik macht dicht.



Wie schnell das geht! Erst seit etwas mehr als 40 Jahren werden große Elektrohausgeräte in Westeuropa in industrieller Massenproduktion hergestellt, schon stehen in Westeuropa nur noch wenige Fabriken, und die meisten von ihnen werden gerade runtergefahren und/oder verlagert.

Dass Branchen fast komplett ins Ausland gehen, ist aber nichts Neues. Das Neue ist, dass keine neuen Branchen entstehen, die massenhaft Leute einstellen. Von 1990 bis 2003 wurden ungefähr 330000 Arbeitsplätze aus der BRD nach Mittel- und Osteuropa verlagert. Das waren pro Jahr rund 25000. Durch *weltweite* Produktionsverlagerung fallen jährlich bis zu 50000 Arbeitsplätze in Deutschland weg. Bei rund 38 Millionen Erwerbstätigen sind das etwas mehr als 0,1 Prozent jährlich. Zum Vergleich: Bereits der leichte konjunkturelle Aufschwung im Jahr 2000 hat ein Plus von 700000 Erwerbstätigen gebracht.

Die ersten Waschmaschinen, Kühlschränke und Herde als industrielles Massenprodukt wurden Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre in Italien bereits für den (west-)europäischen Markt produziert. Auch wenn bis in die 70er Jahre Firmen produktiver waren, die sich auf »ihren« nationalen Markt beschränkten, *mussten* alle expandieren, weil sie von Unternehmern bedroht wurden, die massive Klassenkampfprobleme in der Produktion mit aggressiver Preiskonkurrenz wettzumachen versuchten. Speziell Bosch/Siemens (BSH = Bosch-Siemens-Hausgeräte) mutierte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zum »billigen Jakob«, als sie in ihrer Waschmaschinenfabrik in Berlin/Spandau (Hausgerätewerk Berlin, HWB) mit Ausschussraten von 15 Prozent und einem Krankenstand oft in gleicher Höhe hantieren mussten. Über die Kämpfe in dieser Fabrik haben wir damals oft in der *Wildcat* berichtet, viele von uns haben auch schon mal dort gearbeitet. Diese Fabrik soll nun geschlossen werden.

Über die Kämpfe in der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben wir immer mal wieder in der *Wildcat* berichtet. Hingewiesen sei insbesondere auf drei Artikel:

Wildcat 49, Februar 1990:
Resümee-Artikel:
»Gestern – Heute – Morgen und unsere Bauchschmerzen. ArbeiterInnenkämpfe in einer Berliner Fabrik«.

Wildcat 47, Sommer 1989:
Gespräch:
»Berlin: Arbeiter haben keine Länder«
und ein Interview:
»Den Leuten zeigen, wie sie kämpfen können«

Wildcat 46, Winter 1989:
Gespräch:
»... wer am Band auf unserer Seite steht«

Eine Branche wandert aus

In den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern arbeiten prozentual weniger Menschen in der Industrie als in der BRD. Hier lag der Anteil von Industriebeschäftigten im Jahr 2003 mit 27 Prozent fünf Prozentpunkte über dem von Frankreich und fast zehn Prozentpunkte über dem von Großbritannien; in den USA arbeiten sogar noch weniger Beschäftigte in der Industrie. Dies ist die wesentliche Grundlage dafür, dass die BRD ständig Exportweltmeister wird. Der Anteil ist allerdings auch in der BRD in den letzten 15 Jahren ständig gesunken (1992 betrug er noch 35 Prozent).

Auch in der deutschen Elektroindustrie sank die Zahl der Beschäftigten in den letzten 15 Jahren um etwa ein Fünftel (1991 1087331; 1993 980000, davon knapp 74000 in den neuen Bundesländern; Mitte Juni 2005 knapp 810000 Beschäftigte). Allerdings bedeutet Elektroindustrie alles

von der Produktion eines Haarföhns bis zum Kraftwerksbau. Wichtiger sind die Verschiebungen innerhalb des Oberbegriffs »Elektroindustrie«. Zum Beispiel fand die Verlagerung der »Braunen Ware« (Unterhaltungselektronik) bereits in den 70er und 80er Jahren statt – während der Blütejahre der »Weißen Ware« (Haushaltsgroßgeräte). Heute werden Festnetz-Telefone, Haushaltskleingeräte wie Mixer und insgesamt »Braune Ware« in der BRD praktisch nicht mehr hergestellt. Der Rationalisierungsschub in der Hausgeräte-Produktion in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und die zunehmende Internationalisierung und Konzentration der Branche seit Mitte der 90er führte zum stetigen Abbau von Arbeitsplätzen in der BRD (zu Beginn der 90er Jahre bei steigenden Umsätzen; seither sinken auch die Umsätze).

Die Waschmaschinen*produktion* in der BRD stieg von rund 1,6 Mio. Stück 1982 auf 2,8 Mio. Stück 1992 (Rekordzahl im Wiedervereinigungsboom). Zwischen 1987 und 1989 waren US-amerikanische Firmen in die europäische Hausgeräteproduktion eingestiegen, Whirlpool hatte z.B. Philips und Bauknecht übernommen. Anfang der 90er Jahre kaufte Bosch/Siemens spanische und türkische Hausgerätehersteller auf. Danach übernahm Electrolux italienische Firmen und in der BRD AEG und ist seither Weltmarktführer. BSH ist weltweit die Nummer drei (weltweit mehr als 34 000 Beschäftigte, in der BRD noch 14000 – vor drei Jahren waren es noch über 16000) und macht mehr als drei Viertel seines Umsatzes (von 6,8 Mrd. Euro) im Ausland. Von den 42 Fabriken und Standorten stehen noch sieben in Deutschland, die anderen in Spanien, Griechenland, Lateinamerika, den USA, Polen, China und in der Türkei.

Seit ein paar Jahren ist die Türkei wahrscheinlich weltweit der wichtigste Produktionsstandort für »Weiße Ware«. Im Jahr 2002 übernahm die türkische Arcelik-Gruppe Blomberg (den letzten deutschen Hausgerätehersteller außer Miele, der bisher ausschließlich in Deutschland produziert hatte), zwei Jahre danach wurde die Waschmaschinenproduktion von Blomberg in Deutschland eingestellt. Auch Miele, das seine (teuren) Produkte stark mit dem Argument »Made in Germany« vermarktet, will bis 2007 jede zehnte der 11000 Stellen in der BRD streichen. Im Moment werden auch die Kernbereiche der Hausgeräteproduktion verlagert (z.B. gelten Kühlgeräte seit etwa 15 Jahren als technologisch ausgereift, hier sind keine großen Fortschritte mehr zu erwarten; bei Waschmaschinen war die Senkung der Verbrauchswerte, die Vergrößerung der Wäschemenge und die Umstellung auf elektronische Steuerungen in den letzten Jahren noch innovativ; in Zukunft wird es auch hier nur noch graduelle Verbesserungen geben). Was in der BRD mit der Braunen Ware passierte, in Frankreich z.B. mit der Kühlschrankproduktion (1960 gab es dort 20 Hersteller von Kühlschränken, 1967 deckten vier Dreiviertel des Marktes ab, 1976 war Thomson-Brandt als einziger Kühlschrankproduzent übriggeblieben, seit 1993 werden keine Kühlschränke mehr in Frankreich hergestellt), hat inzwischen die Produktion von Toplader-Waschmaschinen erreicht, in etwa zwei Jahren wird in Deutschland kein Toplader mehr produziert werden.

Außer der Mielefabrik in Gütersloh gibt es noch dreieinhalb Waschmaschinen-Produktionsstandorte in der BRD: Bauknecht in Schorndorf – »bedroht«; AEG in Nürnberg – »bedroht«, Bosch/Siemens in Berlin und Nauen bei Berlin. Das Hausgerätewerk in Berlin soll Ende 2006 geschlossen werden. Offiziell soll das Werk in Nauen dann die neue Waschmaschinengeneration produzieren; es darf aber bezweifelt werden, dass es Nauen als Produktionsstandort noch lange gibt. Die Entscheidung »für Nauen« steht in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Erhöhung der Subventionen durch die Landesregierung Brandenburg.

Krise der Produktion

In der Produktion von Hausgeräten wurde in den letzten 40 Jahren die typische Massenarbeiter-Zusammensetzung beschäftigt: ungelernte BandarbeiterInnen, die aus der ländlichen Bevölkerung rekrutiert worden waren. Vielleicht ein Viertel davon Frauen, bis zu 90 Prozent MigrantInnen. Dieses Arbeitskräftereservoir ist in Westeuropa seit längerem erschöpft. Bezeichnenderweise arbeiten z.B. im Hausgerätewerk in Berlin keine türkischstämmigen ArbeiterInnen der dritten Generation; für sie ist diese Art von Fabrikarbeit komplett uninteressant. Die Unternehmer können einen kurzen Zeitvorsprung gewinnen, indem sie Fabriken in einen ländlichen *Raum* mit hoher Arbeitslosigkeit in Osteuropa stellen. Diese Orte befinden sich aber alle in industriell geprägten *Regionen*. Die Verhaltensweisen, vor denen man ausweichen wollte, kommen sehr schnell wieder zum Vorschein. Allgemein rechnen die Unternehmer damit, dass sie in 10-15 Jahren diese neuen Standorte auch wieder werden verlassen müssen, weil dann die Löhne wiederum »zu hoch« sind oder es keine »geeigneten Arbeitskräfte« mehr gibt.

Krise eines Konsumguts

Die Unternehmer machen allgemein den »Kostendruck« für die Auslagerungen verantwortlich. 1992 kosteten 40 Prozent der verkauften Waschmaschinen in der BRD weniger als 600 Euro – 2004 waren es über 80 Prozent! 1987 betrug der durch-

schnittliche Abgabepreis einer Waschmaschine an den Handel in der BRD 1300 DM, in Italien umgerechnet 580 DM. Dementsprechend wurden in der BRD 1987 Haushaltsgroßgeräte für 12,3 Mrd. DM produziert, in Italien für 7,3 Mrd. – während nach Stückzahlen in Italien doppelt so viele Waschmaschinen wie in der BRD produziert wurden (in der BRD damals noch über zwei Millionen, davon etwa ein Drittel im HWB!). Diese hohen Preise zahlen heute nur noch sehr wenige: Zum einen bieten »Billigmarken« wie Eko und LG fast gleich gute Qualität, zum anderen haben die deutschen Marken die Technologieführerschaft verloren (sie hatten sie bezüglich ökologischer Kriterien, neue wurden nicht entwickelt). Verschärft wurde diese Entwicklung in den letzten Jahren natürlich durch die sinkenden Löhne und den allgemein schrumpfenden Binnenmarkt in der BRD. Es gibt keinen »nationalen Marktschutz durch markenorientiertes VerbraucherInnenverhalten« mehr – das hängt nicht nur mit den Industrialisierungsprozessen in der Türkei zusammen, sondern auch damit, dass Single-Haushalte und Scheidungsraten zunehmen: Eine Waschmaschine wird nicht mehr als langfristige Anschaffung gesehen.

Das Hausgerätewerk in Berlin

Von 1960 bis 1980 halbierte sich die Anzahl der in den Westberliner Elektrobetrieben Beschäftigten auf etwa 66000. Sie war damit noch immer mit weitem Abstand die größte Branche in Westberlin. Mit dem Fall der Mauer und nach Auslaufen des »Wiedervereinigungs-Booms« begann eine deutliche Strukturveränderung der Berliner Industrie; im Mai 1992 gab es in ganz Berlin noch 223000 Industriebeschäftigte, das waren 21,4 Prozent weniger als im Vorjahr, im April 1993 nur noch 152900. Das führte zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Seit Januar 92 weist der Westteil Berlins die höchste Arbeitslosenquote im alten Bundesgebiet auf.

SVĚTLÍK & CO, PILSEN

Geschichte des Werks

Seit etwa 50 Jahren werden in Berlin/Spandau Waschmaschinen produziert, zunächst in eher kleinen Stückzahlen und zusammen mit anderen Hausgeräten. Mit dem Zukauf der Firma Constructa und der Zusammenlegung der Hausgeräteproduktionen von Bosch und Siemens wurden ab 1966 in Spandau nur noch Waschmaschinen hergestellt. Mitte der 70er Jahre produzierten 2100 ArbeiterInnen jährlich 450000 Maschinen. Mitte der 90er produzierten 2500 ArbeiterInnen jährlich über eine Million Waschmaschinen und mehr als 200000 Trockner. Die großen Stückzahlsteigerungen hatten in den 80er Jahren stattgefunden: von 600000 Geräten 1982 auf über 1 Million 1986. Die pro Arbeiter und Jahr produzierte Anzahl an Waschmaschinen und Wäschetrocknern kletterte von 1978 bis 1988 auf über das Doppelte (von 205 auf 442)

Anfang 1987 organisieren junge türkische Arbeiter »der zweiten (Einwanderer-) Generation« einen Bummelstreik gegen die ständig heraufgesetzten Stückzahlen am Band. Sie gehen dabei so geschickt vor, dass es dem Unternehmer nicht gelingt, die neuen Stückzahlen durchzusetzen, trotz Vorarbeitern, Springern, Spitzeln und Zwangsversetzungen. Nach einiger Zeit senken die Arbeiter den Akkord sogar weiter ab. Man einigt sich schließlich auf den faulen Kompromiss, zusätzliche Springer ans Band zu stellen. Trotzdem haben die ArbeiterInnen in ihrem Kampf viel gelernt, u.a. konnten sie die Kooperation am Band fast nach Belieben umdrehen. Bei Wartezeiten, Umstellungen usw. konnten sie in der Regel ihre Vorstellungen durchsetzen, wie viele Maschinen weniger nun zu machen seien. Ab Herbst 1987 hatten sie es auch gar nicht mehr nötig, gegen »rechtmäßig angeordnete Mehrarbeit« zu protestieren: Sie hatten es sich zur Regel gemacht, in Überstunden produzierte Maschinen einfach in den Tagen darauf von den »normalen« Stückzahlen abzuziehen. »Wenn wir wollten, konnten wir die Stückzahlen jederzeit wieder runterfahren.« In dieser Zeit wurden die Avantgarden dieses Kampfes auch zu, wie sie selber sagen, »Profi-Saboteuren«. Es gab immer mehr Kratzer an den Waschmaschinen, auf Bestellung (man konnte solche Waschmaschinen im firmeneigenen »B-Lager« stark verbilligt kaufen) oder »einfach

so«. Einmal kam die Frühschicht ins Werk und jede einzelne Maschine auf dem Band war zerkratzt. Es kam auch immer wieder zu Bandstillständen durch Sabotage an den »Robotern« oder weil die Antriebsriemen durchgeschnitten waren. Obwohl ein Springer die Antriebsriemen jede halbe Stunde kontrollierte, ging das Band manchmal dreimal am Tag kaputt. »Dann haben sie drei Wochen lang einen Werkschützer postiert, der ist immer ums Band rumgelaufen. Was der sich von den Arbeitern alles anhören musste! Aber genützt hat es ihnen trotzdem nichts. Sie konnten nicht verstehen, wie wir das geschafft haben.« In der Spätschicht mussten die Springer so lange dableiben, bis alle Arbeiter das Werk verlassen hatten. Es half alles nichts. Auch durch ständiges Versetzen der Verdächtigen war nichts zu machen.

Die Werkleitung hat nie wieder versucht, die Stückzahlen an diesem Band hochzusetzen; stattdessen wurden die Arbeiter über das ganze Werk verteilt; 1992 wurde das Band dann abgebaut. In den drei Jahren danach verließen weit mehr als 1000 ArbeiterInnen – meist mit sehr guten Abfindungen – das Werk.

»Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass fast alle gravierenden personellen Schwierigkeiten ursächlich von der konsequenten Anwendung des ›Taylor-Systems‹ herrührten.«

Wexlberger, ehemals Leiter der Arbeitswirtschaft im HWB

Seit Mitte der 60er Jahre war das Hausgerätewerk in Berlin immer wieder Untersuchungsgegenstand für Industriesoziologen und Arbeitswissenschaftler. Letztlich hatte man den Eindruck, dass diese an den ArbeiterInnen verzweifelten: alle Versuche von »Humanisierung«, Gruppenarbeit und was der Schlagworte mehr waren, scheiterten. Heute, wo ein System aus Gruppenarbeit am Band herrscht, das weitgehend den Träumen der Arbeitswissenschaftler entspricht (siehe »Taylor's *Alp*träume« in diesem Heft), soll das Werk geschlossen werden.

Geht doch!

Interview mit einem Arbeiter aus dem Hausgerätewerk, zweite Junihälfte 2005

Wie viele Leute arbeiten noch im HWB, wie viele in der Produktion, wie viele davon sind noch AusländerInnen?
Etwa 640 arbeiten noch in der Produktion. Davon sind 40 bis 45 Prozent türkischer Herkunft, die Ossis sind fast alle weg durch die Sozialauswahl, polnische Spätaussiedler sind noch da und ca. 50 Vietnamesen.

Es gibt noch die Stanzerei, die Gehäuse stanzt, Rückwände, kleinere Eisenteile, Innentrommeln, seit 1998 werden die (Kunststoff-) Trommeln zugeliefert, die Blenden werden nur noch teilweise in Spandau produziert, die meisten kommen aus Bretten, überhaupt wird mehr zugeliefert als früher. Vormontage gibt es nur noch wenig, die Bullaugen z.B. machen wir nur noch zur Hälfte.

Es gibt kein Fließband mehr ...
Das ist schon noch ein Fließband, aber nicht mehr wie früher. Es hat die Form eines Haarkamms mit sechs Zähnen. Es gibt sechs Montagegruppen von durchschnittlich zehn Leuten. Die erste Gruppe macht das Gehäuse fertig, dann läuft es wieder in den »Kammgriff« rein, wird weitertransportiert und läuft mittig in den »Zahn« der nächsten Montagegruppe. Beim Zurücklaufen in den »Kammgriff« laufen zwei Schienen am äußeren Rand des »Zahns«, an denen die Leute parallel arbeiten. Insgesamt arbeiten in dieser Halle 100 Leute. Sie produzieren in zwei Schichten 1000 Maschinen pro Schicht.

Das heißt, nach wie vor recht kurze Taktzeiten?
Netto arbeiten wir sieben Stunden am Tag, das sind 420 Minuten bzw. 25200 Sekunden. Also alle 25 Sekunden eine Maschine, da die Bandabschnitte parallel laufen, sind das Taktzeiten von 50 Sekunden. Offiziell ist das Gruppenarbeit, aber eigentlich ist es nach wie vor Bandarbeit, du kannst nicht bestimmen, wieviel Stück du machst, wie schnell du arbeitest usw. Andererseits kriegen die Leute Gruppenprämien, müssen sich als Gruppe präsentieren.

Ihr macht den Eurowascher, wie viele Modelle sind das?
Constructa machen wir nicht mehr, es gibt noch Bosch und Siemens und wir machen drei Modelle: die ganz teuren mit Display, die mittleren mit kleinem Display und eine ganz stinknormale Waschmaschine. Alle Modelle können auch gemischt durchlaufen. Sie können auch zwei Modelle gemischt laufen lassen, dann macht die eine Seite am Band andere Arbeiten mit anderen Taktzeiten, das geht auch.

Wie viele Maschinen produziert Ihr im Jahr?
In diesem Jahr sind 410000 geplant, die Kapazität wäre etwa eine halbe Million (in zwei Schichten). Wir haben auch schon 630000 produziert, in drei Schichten.

Was passiert, wenn jemand in der Gruppe krank ist?
Die Eurowascher-Produktion hat eine eigene Vorfertigung mit etwa zehn Leuten, die funktionieren als Personalpuffer. Zweitens gibt es auch Versetzungen zwischen den Gruppen, z.B. wenn in einer Gruppe nicht genügend Arbeit da ist.

Wie hoch ist der Krankenstand?
Einen Krankenstand wie früher gibt es nicht mehr, heute liegt er in Spitzenzeiten vielleicht bei sieben Prozent. Durchschnittlich etwas über fünf.

Ihr macht alle Waschmaschinen-Modelle; trotzdem ist nur noch die Hälfte der Siemens-Waschmaschinen, die in Deutschland verkauft werden, auch in Deutschland produziert. Wie ist das verteilt?
Wir fertigen eher für Benelux-Länder und für Deutschland. Aber sagen wir mal, Siemens verkauft in Deutschland im Jahr eine halbe Million Billigwaschmaschinen, davon machen wir dann vielleicht 100 000, die übrigen 400 000 kommen aus der Türkei und aus Polen. Die ganz hochwertigen Waschmaschinen werden ausschließlich in Spandau hergestellt, die billigen dienen zum Steuern der Kapazitätsauslastung – sonst müssten sie Leute kündigen und dafür haben sie keine Zustimmung. Für normale Kunden ist bei den billigen Modellen kein Unterschied zu erkennen.

Bosch-Siemens soll mit dem Gedanken spielen, Siemens-Waschmaschinen aus China nach Deutschland zu importieren. Hältst Du das auf mittlere Sicht für realistisch?
Die Türkei ist als Standort im Moment sicherlich strategisch wichtiger als China. In der Türkei machen sie die gesamte Hausgerätepalette, Waschmaschinen, Geschirrspüler, Herde. Aber auch die Produktion in China nimmt gewaltig zu: sie haben mit 50000 Maschinen angefangen, im Moment sind es schon 300000. Die Strategie hat sich geändert, früher haben sie gesagt: wir produzieren in einem Land nur so viele Maschinen, wie wir auch absetzen können; aber von der Produktion in Polen können sie auf dem polnischen Markt im Moment gerade mal acht Prozent verkaufen, der Rest wird exportiert. Jetzt haben sie auch ein riesiges Grundstück mit Fabrik in Russland, in der Nähe von Petersburg, gekauft. Das soll den russischen Markt beliefern; ich hab eine Untersuchung von BSH gelesen, in der sie damit rechnen, dass die Löhne in Polen in zehn Jahren ein Niveau erreicht haben werden, dass sie weiterziehen müssen.

Was wird alles in Nauen produziert? Dort hatten sie 1994 eine Trocknerlinie gebaut, 1996 dann noch eine Toplader-Linie. 2002 haben dann knapp 1000 Leute dort gearbeitet. Inzwischen sind es nur noch 370...
Die produzieren im Moment noch Toplader und bis Mitte 2005 noch Trockner, außerdem bauen sie diese Slimline-Waschmaschinen. Der Toplader läuft aus, und der neue Trockner läuft gleichzeitig in Polen an. Mitte nächsten Jahres soll ein neuer Waschmaschinentyp (großer Frontlader für 5 bis 7 Kilo, der den Eurowascher ablösen soll) in Nauen anlaufen, dann soll der Toplader auslaufen und wird dann nur noch zugekauft, von Brandt (eine Marke von Blomberg).

Ihr wart in der Spitze (1988/89) mal 3200 und jetzt seid Ihr noch 1080. Wie lief das?
Zwischen 1993 und 1996 wurden fast 1200 Arbeitsplätze abgebaut – nur über Verrentungen und v.a. Aufhebungsverträge mit Abfindungen, ohne eine einzige Kündigung! 2002 waren wir dann noch 1600, davon etwa 150 LeiharbeiterInnen. Dann haben sie massiv mit Kündigungen angefangen.

Seit über fünf Jahren kämpft Ihr gegen Auslagerungen, ein Höhepunkt war im Sommer 2002, da ist der Trockner nach Polen gegangen. Was hattet Ihr 2002 noch mit Trocknerproduktion zu tun?
Die war bereits komplett in Nauen. Aber die Geschäftsführung hatte gesagt, jeder Standort habe das Recht, sich um diese Produktion zu bewerben. Und da haben wir uns mit den Nauenern zusammen beworben und eigentlich dafür gekämpft, dass Nauen diese Produktion bekommt. Denn uns war klar geworden, wenn Nauen das nicht bekommt, dann wird Nauen leer. Wir sind immer davon ausgegangen, dass sie den Rest von Spandau nach Nauen verlagern, wir hatten nicht gedacht, dass sie Nauen so runterfahren und mit Nauen fast das gleiche wie bei uns in Spandau passiert.

Sie planen zwar, die neue Waschmaschine in

Nauen zu produzieren, die »Kernmannschaft« soll aber um die 350 Leute bleiben, den Rest wollen sie mit Leihkräften und Befristeten abdecken. Aber so langsam haben sie in der Region Probleme, noch Leute zu finden, weil sie alle ausgetauscht haben, und laut Gesetz können sie jemand, den sie gekündigt haben, vier Jahre lang nicht mehr einstellen. Jetzt haben sie Schwierigkeiten, neue Leute zu finden, weil fast alle durch sind.

Wie lange arbeitet Ihr, was verdient Ihr?
Wir arbeiten meistens 37,5 Stunden in der Woche. manchmal mehr, manchmal weniger, die Bemessungsgrundlage sind 35 Stunden. Dafür verdient ein normaler Arbeiter 2200 bis 2300 brutto (da ist alles reingerechnet, Weihnachtsgeld, Dividende, Urlaubsgeld...).

Was kann bei Eurem derzeitigen Kampf rauskommen?
Es kann sein, dass sie die Stilllegung ein, zwei Jahre verschieben. Zweitens kann sein, dass wir Zulieferung für andere Standorte machen (das würde vielleicht 200 Arbeitsplätze garantieren).

Warum kündigt Siemens im Mai 2005 an, dass sie Ende 2006 das Werk stilllegen wollen? Firmen, die stilllegen, kündigen das doch i.d.R. ein paar Wochen vorher an.
Die haben sich selber in Schwierigkeiten gebracht. Ich hätte nie damit gerechnet, dass sie das 18 Monate vorher bekannt geben. Jetzt haben sie aber in bestimmten Gremien bekannt gegeben: die neue Maschine geht nach Nauen und der Eurowascher läuft aus. Da kam dann von Betriebsratsseite die Nachfrage: und was ist mit Spandau? ›Ja, da haben wir uns auch bereits Gedanken gemacht: wir schließen das Werk.‹ Das war ja nichts Neues, seit zwei Jahren wusste jeder, dass das Werk geschlossen wird, die Frage war nur: Ende 2006 oder Ende 2007? Und da sie nur ein neues Produkt entwickelt hatten, war klar: entweder das kommt nach Nauen, dann ist Berlin zu, oder es kommt nach Berlin, dann ist Nauen zu. Das war kein Schock, jeder hat damit gerechnet. Vor zwei Jahren haben sie die dritte Schicht in Spandau geschlossen und ein Volumen von 200000 Maschinen nach Polen gegeben. In dem Moment wusste man, mit 400000 Maschinen kann Berlin nicht produktiv arbeiten, es gibt einen kritischen Punkt: unterhalb von 600000 können wir in Spandau nicht wettbewerbsfähig produzieren, das Werk würde rote Zahlen schreiben. Es war also eine *Entscheidung*.

Im Moment seid Ihr ziemlich stark, sie können Euch nicht ersetzen. Wenn Ihr streikt, gibt es keine ›Premium‹-Waschmaschinen. Hältst Du es für realistisch, dass sie diese Modelle ab Ende 2006 woanders produzieren können?
Sie fangen Mitte 2006 in Nauen an, in der Regel haben sie sechs bis zwölf Monate Probleme mit einem neuen Produkt. Deshalb sagte ich ja: vielleicht finden sie den ›Kompromiss‹, hier noch etwas länger als bis Ende 2006 zu produzieren.

Warum hat der Betriebsrat die 40 Stundenwoche ohne Lohnausgleich angeboten?
Das war der Betriebsratsvorsitzende. Das ist durch keinen Beschluss und keine Diskussion gedeckt. Auch die IG Metall würde das nicht mitmachen. Es gibt allerdings in der Belegschaft auch Stimmen, die sagen schon seit Jahren: ›Wenn hier mal alles zugemacht wird, ist der Betriebsrat daran schuld, weil er alles blockiert‹. Auf Betriebsversammlungen melden sich auch Leute, die überlegen, was sie dem Unternehmer alles anbieten könnten, damit die Produktion weiter läuft. Fünf Stunden mehr arbeiten ohne Lohnausgleich, Weihnachtsgeld... Aber wir wissen sowieso, dass sie das Werk zumachen werden, warum sollten wir also was anbieten? Und warum sollte der Unternehmer das annehmen? 30 km weiter hat er bereits die 40-Stundenwoche, kein Weihnachtsgeld, kein Urlaubsgeld, keine Tarifbindung usw.! Aber besonders deutsche Kollegen haben diese totale Trauer, dass das Werk zugemacht wird. Bei den Türken herrscht teilweise auch Freude. Als letzte Woche auf der Betriebsversammlung angekündigt wurde: ›Endlich haben wir es geschafft! Jetzt gibt's Gespräche!‹ – da waren viele Leute schockiert: ›Was ist denn jetzt los? Wird das Werk etwa nicht geschlossen?!?‹ Wir hatten schon lange diskutiert, was wir tun, wenn sie das Werk schließen wollen: ›Dann streiken wir! Wir wollen drei Monatsgehälter pro Jahr Betriebszugehörigkeit‹ usw.. Jeder hat Dollarzeichen in den Augen, und auf einmal kommt der Schock: Es wird doch nochmal darüber gesprochen!

Und wer hat dieses Scheißtranspi gemacht: »Wir wollen arbeiten«?
Das sind Kollegen, die haben das selber gemacht, ich hab mir noch gar keine Gedanken dazu gemacht.

Was können ArbeiterInnen überhaupt machen, wenn eine ganze Branche ins Ausland geht? Was hat das Nachgeben in Kamp-Lintfort gebracht? Dieser Dammbruch hat nur dazu geführt, dass das Werk verkaufbar wurde. Ich find Beispiele besser wie das von Miele in Gütersloh, wo der Betriebsrat sagte: ›Wenn wir auf die Bedingungen des Arbeitgebers eingehen, müssten KollegInnen in der Toplader-Produktion für den halben Lohn arbeiten, da verhandeln wir gar nicht, die sollen ins Ausland gehen‹. Jetzt haben sie eine kleine Topladerfabrik in Tschechien mit 100 Beschäftigten, und in Gütersloh haben 80 Leute ihren Arbeitsplatz verloren – aber 80 von 4800! Die anderen 4720 haben dieselben Bedingungen wie zuvor! Das ist doch viel besser!
Jeder weiß, dass es nix bringt: 40 Stunden ohne Lohnausgleich usw.

Es bringt nix, aber es macht schlechte Stimmung!
Für die Klasse, ja. Es gibt so viele Beispiele dafür, dass es nix gebracht hat, solche Angebote zu machen. Die sollen abhauen! Das einzige, was sie von uns erwarten können, ist ein Arschtritt! Vielleicht sollte man die sogar drängen abzuhauen! Gut ist, dass wir eine Stimmung geschaffen haben, wo der Betriebsrat nicht viel Zugeständnisse machen kann. Letztendlich wird bei den Gesprächen ein fauler Kompromiss rauskommen.

Wenn gar nichts rauskommt, ist es doch für euch am besten, dann habt ihr noch anderthalb Jahre dieselben Bedingungen, braucht Euch nicht mehr den Arsch aufreißen – warum denn noch? Könnt auch mal öfter krank machen . Ihr habt nichts zu verlieren und sitzt am längeren Hebel. Ihr könntet sogar streiken und sagen: Das Werk könnt Ihr ruhig schließen, aber wir wollen im letzten Jahr 10 Prozent mehr Lohn, damit das Arbeitslosengeld ein bißchen höher wird!
Ja klar! Wir haben im Moment allerdings das Problem, dass die Leute Angst vor außergesetzlichen Aktionen haben, weil sie auf die Abfindung spekulieren. Deshalb sind »legale Aktionen« im Moment wichtig: ausgedehnte Konsultation des Betriebsrats, oder wir haben z.B. eine interne Tarifkommission gegründet, die unsere Forderungen diskutiert: drei Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr, zwei Jahre volle Auffanggesellschaft, ab 50 Fortfinanzierung bis zur Rente. Und nachdem die Leute diese Forderungen kennen, wollen sie, dass es dicht gemacht wird. Bei den Angestellten sieht es schon anders aus: die würden auch unter schlechteren Bedingungen weiterarbeiten; bei den ArbeiterInnen ist diese Position in der Minderheit: Höchstens 30 Prozent würden schlechtere Bedingungen akzeptieren, 70 nicht. Der Betriebsrat hat auch die Stimmung in der Belegschaft falsch eingeschätzt. Die kamen auf der Betriebsversammlung mit Sprüchen wie ›Wir haben keine Tabuthemen!‹ – da haben einige ArbeiterInnen ganz klar geantwortet: ›*Wir* haben Tabuthemen! Vielleicht der Betriebsrat nicht, aber wir schon!‹

Ihr habt seit Anfang Mai beeindruckende Mobilisierungen hingelegt. Am 4. Mai haben sie es euch mitgeteilt, am 9., 12. und 19. Mai habt ihr Protestkundgebungen mit Hunderten KollegInnen vorm Werkstor gemacht. Am 26. Mai demonstrierten mehr als 1000 Arbeiter von anderen Siemens-Werken, von Osram, DaimlerChrysler, BMW, CNH, Schleicher und Alstom Power zum BSH, um Euch ihre Unterstützung auszudrücken. Vor dem BSH-Werkstor hatte sich bereits die gesamte Schicht eingefunden und nahm sie in Empfang. Am 31. Mai sind 1000 ArbeiterInnen aus verschiedenen BSH-Standorten in Deutschland nach München gefahren, um vor der Konzernzentrale gegen die geplante Schließung des Waschmaschinenwerks zu protestieren. Die feigen Managersocken sagten daraufhin die für diesen Tag geplante Bilanzpressekonferenz ab. Am 23. Juni habt Ihr mit einem Fest vor dem Tor die KollegInnen in die Sommerferien verabschiedet; 500 Leute, gute Stimmung – Wie geht's weiter?
Realistisch gesehen werden jetzt erstmal Sommerferien sein, danach werden wir weiter sehen.

Wenn Ende 2006 die Produktion eingestellt wird, bist Du 41 und seit Deinem 18. Lebensjahr in der Fabrik. Was machst Du danach?
Das weiß ich nicht. Ich hab mir nichts überlegt. Dönerbuden gibt es in Berlin schon genug. Und ich hab ja auch nichts gelernt, ich bin typische zweite Generation. Als ich angefangen habe, brauchte ich Geld für meinen Führerschein, den hab ich gemacht, dann brauchte ich Geld für ein Auto. Aber als ich ein Auto hatte, hab ich weitergearbeitet, weil ich inzwischen geheiratet hatte und von zuhause ausziehen wollte. Trotzdem haben wir damals immer gesagt »höchstens noch ein oder zwei Jahre!« – und die alten Kollegen haben gelacht.

Was überlegen sich die Kollegen?
Wir haben ein Durchschnittsalter von über 40. Die meisten wollen nach zwanzig Jahren Fließbandarbeit erstmal nicht mehr arbeiten, ›erstmal Ruhe!‹. Früher oder später werden 99 Prozent der Produktionsarbeiter in Hartz IV landen, sie haben keine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Und die meisten haben auch nix sparen können, was willst du denn von 1500 Euro sparen? Vielleicht kriegen sie mit der Abfindung mal ein Stück Geld in die Hand. Die meisten werden Langzeitsarbeitslose werden. ■

Auslagerungen in der »IT-Industrie«
Rote Käppis bei IBM

IBM-Angestellter: das war in der 70er Jahren noch was! Anzug, weißes Hemd mit Schlips und seriöses Auftreten waren vorgeschrieben, hohes Gehalt und »Vertrauensarbeitszeiten« selbstverständlich. Und heute? Im April 2005 stehen 700 hochqualifizierte IBM-Beschäftigte mit roten Gewerkschafts-Käppis und Fahnen vor der IBM-Zentrale in Stuttgart-Vaihingen und protestieren gegen die Verlagerung »ihrer« Rechenzentren in Hannover und Schweinfurt nach Tschechien und Ungarn. Ist das nun die »Proletarisierung der TechnikerInnen«, die linke Industriesoziologen seit den 60er Jahren vorhersagen?

Einst deckte der von den USA aus weltweit agierende EDV-Konzern die gesamte Palette ab: von Halbleiterproduktion über den Bau von Großrechnern bis zu elektrischen Schreibmaschinen, von Betriebssystemen bis zu PCs, Druckern und Festplatten. In den letzten Jahren hat IBM nach und nach fast die gesamte Hardwareproduktion abgestoßen, geblieben ist davon nur der Server- und Großrechner-Bereich. Seitdem ist der Consulting-Bereich zum zentralen Geschäftsbereich geworden, in den weiter investiert wird, z.B. durch die Übernahme anderer Consultingfirmen.

Im Zusammenhang mit dieser Umstrukturierung müssen die Beschäftigten Federn lassen: Im April 2005 gab der Konzern den bevorstehenden Abbau von 10-13000 Arbeitsplätzen bekannt, 30 Prozent davon in Europa. Alle Standorte, wo der Gewinn zurückgegangen ist, werden quer durch die Tätigkeitsfelder reduziert. Mit dem massiven Stellenabbau bekommen erstmals auch die Gewerkschaften in diesem Sektor einen Fuß in die Tür. In Toulouse und Marseille wurde am 3. Mai gestreikt. Am 23. Mai gab es einen weltweiten Aktionstag. Ein Streik lag in Deutschland nicht in der Luft, aber der Unmut steigt; die spezielle Firmenkultur, für die IBM lange stand, ist am Bröckeln. Als Anfang der 90er Jahre bei IBM Deutschland massiv Stellen abgebaut wurden, geschah dies über satte Frühverrentungsprogramme, die unter 50jährigen (!) zu einem gemütlichen Vorruhestand verhalfen.

Auch der jetzige Stellenabbau sollte wieder über Aufhebungsverträge laufen, die aber wohl nicht mehr ganz so üppig ausfallen, denn ein Teil der Belegschaft hat diesmal die Unterschrift verweigert und klagt, so dass es zum ersten Mal bei IBM/Deutschland betriebsbedingte Kündigungen geben könnte. Dabei waren Schweinfurt und Hannover nur ein Testballon. IBM will im Lauf des Jahres in der BRD weitere 700 Stellen über Aufhebungsverträge abbauen, insgesamt sollen 1600 von 25.000 Jobs wegfallen. Am 25. Juni meldete die New York Times, dass IBM noch dieses Jahr 14000 Stellen in Indien schaffen wolle.

Mit der Umstrukturierung des eigenen Konzerns wendet IBM das Produkt, das er als Dienstleistung an andere »Global Players« verkauft, auf sich selbst an: Geschäftsprozesse erfassen, vereinheitlichen, IT standardisieren. Die Standardisierung schafft Vergleichbarkeit und Ortsunabhängigkeit nun auch in den hochqualifizierten Bereichen der Beschäftigten, nachdem die »einfachen« Tätigkeiten wie Call Center schon ausgelagert wurden.

Offshoring

Nach der Krise 2001 wurden in den USA massiv IT-Jobs abgebaut. Danach begann das *Offshoring*, die Nutzung von Produktionskapazitäten in Niedriglohnländern, in großem Maßstab. Beides hat

Andreas Boes / Michael Schwemmle,
Herausforderung Offshoring. Internationalisierung und Auslagerung von IT-Dienstleistungen
Edition der Hans Böckler Stiftung 120, 2004.

Reichhaltige Faktensammlung, angereichert mit Interviews mit IT-Managern und Betriebsräten. Man hat das dumpfe Gefühl, dass Boes sich sehr von der »Dynamik« (dieses Wort fällt tausendmal) des Sektors mitreißen lässt.

Andreas Boes / Michael Schwemmle (Hrsg.)
Bangalore statt Böblingen? Offshoring und Internationalisierung im IT-Sektor
Hamburg 2005 (VSA).

Aufsatzsammlung, eher eine »Handreichung« für Betriebsräte, enthält aber auch Erfahrungsberichte aus Indien und diskutiert internationale Gewerkschaften an.

dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Sektor bei neun Prozent liegt und dass heute an amerikanischen Unis sehr viel weniger Softwareingenieure ausgebildet werden als noch vor ein paar Jahren. Mit etwas Verspätung geht jetzt auch in der BRD massiv die Diskussion über Offshoring los. Bei Industrie- und Dienstleistungsunternehmen läuft eine neue Welle des Outsourcings zur Senkung der Leistungstiefe, die z.B. bei deutschen Banken bislang noch 80 Prozent beträgt, im Gegensatz zu 25 Prozent in der Autoindustrie. Dieser Prozess läuft meist in mehreren Phasen ab: Zuerst wird das Unternehmen hier umstrukturiert, indem bestimmte Prozesse an einem Standort konzentriert werden. Dann wird dieser Arbeitsprozess komplett ausgelagert. Manchmal reicht auch die Drohung mit Auslagerung, um eine Veränderung der Strukturen hier durchzusetzen.

www.allianceibm.org

www.washtech.org

www.nci-net.de – Network Cooperation Initiative: von Siemens-Beschäftigten in München gegründetes Netzwerk für IT-Leute

Man könnte die These aufstellen, dass die Gewerkschaften vor allem seit der IT-Krise und in der jetzigen Auslagerungswelle besser Fuß fassen können. 2004 ergab eine Umfrage im Auftrag der Böckler-Stiftung, dass IT-Beschäftigte nicht mehr grundsätzlich gegen Gewerkschaften oder Betriebsräte seien. Allerdings scheinen selbstorganisierte Internet-Foren mehr Zulauf als die Gewerkschaften zu haben. Da Gewerkschaften praktisch nur in den großen, schon länger bestehenden IT-Konzernen vertreten sind, sind sie durch das »Offshoring« selbst bedroht. ITK, das Magazin der IG Metall für Beschäftigte der Informationstechnologie- und Kommunikationsbranche, ist voll von Berichten über Auslagerungsdrohungen und Verlagerungen, die angeblich nicht die Kostensenkung gebracht haben, die sich die Firmenleitungen vorgestellt hatten.

Laufende Forschungsprojekte sollen rauskriegen, wie die Gewerkschaft auf Auslagerungen reagieren und Arbeitsplätze für ihre Klientel in Deutschland halten kann: Ermittlung von Produktivitätsreserven, Gegengutachten zum Kostenplan des Managements, Qualifizierung der Belegschaften für Koordinations- und Leitungsaufgaben, die nach der Auslagerung hier wichtig sind. Diese kritische Begleitung führt häufig dazu, dass Auslagerungsentscheidungen überdacht bzw. die Kröten besser legitimiert werden, die die Belegschaft schlucken muss, um die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs zu erhalten. Nicht zuletzt versucht die Gewerkschaft die Kontaktaufnahme zu Schwesterorganisationen in den Ländern, in die ausgelagert wird. Soweit bekannt, haben indische SoftwareentwicklerInnen allerdings keinen Bezug zu den traditionellen indischen Gewerkschaften. Um überhaupt Ansprechpartner zu haben, halfen der internationale Gewerkschaftsverband UNI und verschiedene europäische Gewerkschaften im Jahr 2000 bei der Gründung der »IT Professional Forums« in Indien, eher berufsständischen Vereinigungen.

Die Strategie der Gewerkschaften in den USA ist wesentlich aggressiver. Das mag auch daran liegen, dass die Auslandsverlagerung von Dienstleistungsjobs wesentlich weiter vorangeschritten ist als hierzulande. Entsprechend nationalistisch machen die Gewerkschaften mit politischen Kampagnen mobil, zum Beispiel im letzten Präsidentschaftswahlkampf. Die Forderungen der Gewerkschaft CWA (Communication Workers of America) oder von WashTech (Washington Alliance of Technology Workers) sind eindeutig: Amerikanische Firmen sollen gute Jobs in Amerika schaffen und die Politik soll dieses Ziel unterstützen. Zuweilen haben solche Kampagnen ziemlich rassistische Untertöne, wenn sie etwa dazu auffordern, Call Center anzurufen und die indischen KollegInnen auf der Gegenseite zu beschimpfen, dass sie AmerikanerInnen den Job weggenommen haben.

»Software« – Werkzeug zur Rationalisierung der Arbeit

Das gute oder schlechte Ergebnis (»Produktivität«) einer Arbeit hängt von der Kooperation der Arbeitenden ab. Ganz ohne Denken und Planen geht das nie. Software (»Programme«) versucht, diese »immateriellen« Bestandteile der Arbeit zu objektivieren und damit die Arbeitsabläufe zu rationalisieren. Im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung wird Software vor allem zu Organisierung und Simulation von Produktions- und Verwaltungsprozessen geschrieben. Die »Konsumentensoftware« ist oft ein »Abfallprodukt« – wie etwa Simulationsspiele (was nicht heißen soll, dass Microsoft nicht gut an seiner Spielkonsole verdient, aber hauptsächlich eben an den Office-Lizenzen der professionellen Anwender.)

Dies berührt die eigentlichen Produktionsprozesse – von der Steuerung einer Werkzeugmaschine oder eines Industrieroboters, über die Konstruktion komplexer Produkte bis zur Simulation von kompletten Montageprozessen in der Fabrik am Bildschirm – ebenso wie Verwaltungsarbeit und Finanzdienstleistungen. In fast allen Sektoren wurde damit der Arbeitsprozess umorganisiert. Durch den Computereinsatz sind viele Arbeitsplätze ersatzlos weggefallen. Für die Herstellung derselben Warenmenge braucht man heute wesentlich weniger ArbeiterInnen als vor 20 Jahren, sie sind also durch den Einsatz neuer Produktionsmethoden »produktiver« geworden. Ob man gesamtgesellschaftlich von einem Produktivitätsfortschritt sprechen kann, ist allerdings weniger klar. Viele Be-

schäftigungen haben sich einfach »verlagert«, weil vieles, was früher Teil der Produktion war, heute am Computer erledigt wird.

Eigentümlich für die »Informationstechnologie« (Hardware und Software, in der die »immaterielle Arbeit« der Softwareproduzenten enthalten ist) ist, dass sie keinen neuen »Produktzylus« nach sich zieht, sondern allein eine »Organisationstechnologie« ist, die die Beziehungen zwischen den arbeitenden Menschen neu ordnen, objektivieren und damit kontrollierbar machen soll. Dabei unterliegt die Produktion von Software selbst den gleichen Prinzipien.

Die Branche

»IT-Beschäftigte« werden meist mit »Programmierern« gleichgesetzt, doch die Zusammensetzung der Arbeitskraft ist sehr viel heterogener, insbesondere wenn man noch die »Telekommunikation« hinzu nimmt – vom Informatiker bis zum First Level Support im Call Center, vom Strippenzieher bis zum Kundenberater. Nur eine Minderheit davon ist direkt mit Softwareentwicklung beschäftigt. Rechnet man die Anwenderbranchen mit, gibt es in der BRD ca. 1,4 Millionen »IT-Fachkräfte«. Laut Angaben des Branchenverbandes Bitkom gab es 2003 ca. 751000 Beschäftigte der IT-Industrie in der BRD, davon 363000 im Bereich Software und IT-Services, der sich seit den 90er Jahre zum größten und wichtigsten Bereich der Branche entwickelt.

An der Softwareproduktion selbst sind nicht nur Entwickler beteiligt, sondern ebenso die Leute, die für Qualitätssicherung, Dokumentation, Schulung, Kundensupport, den Betrieb der Rechner und des Netzwerkes, die Erstellung der fertigen Installationsmedien usw. zuständig sind. Um diese Software beim Kunden zum Laufen zu bringen, sind langwierige und dauerhafte Anpassungs- und Wartungsarbeiten notwendig. Diese alle zusammen genommen können wir als Softwareproduzenten bezeichnen. »Entwickler« sind diejenigen, die Software-Architekturen entwerfen und die Masse derjenigen, die tatsächlich Code schreibt.

Auch die Firmenstruktur ist sehr heterogen: Am einen Ende stehen Große wie IBM, T-Systems und SAP mit jeweils deutlich mehr als 10000 Beschäftigten in Deutschland und »Unternehmensberatungen« (eigentlich eher gehobene Leiharbeitsfirmen) wie Accenture, am anderen Ende Tausende von Selbständigen und kleinen Klitschen, die oft als Subunternehmer fungieren, dazwischen die klassischen, vor 20, 25 Jahren entstandenen EDV-Mittelständler und die Reste der New Economy, die noch nicht pleite gegangen oder von den Großen übernommen worden sind.

Der erste Einsatz von Großrechnern in Unternehmen diente vor allem der Automatisierung von Rechenoperationen in wenigen Großunternehmen (Buchhaltung, Kontoführung bei Banken). Ab den 70er Jahren konnten Computer auch nichtnumerische Operationen übernehmen – damit gerieten ganz andere Tätigkeiten ins Fadenkreuz der Rationalisierer. In den 80er Jahren investierten dann die unterschiedlichsten Betriebe massiv in EDV. Vieles, was damals angeschafft wurde, hat sich spätestens im Nachhinein als unkoordinierte Insellösung erwiesen und erfordert noch heute hohe Unterhaltskosten, viele Projekte brachten nicht die erhofften Kosteneinsparungen oder scheiterten völlig. Dies und die zunehmende Überforderung vieler Betriebe durch die schnelle technische Entwicklung waren Ursachen, warum Ende der 80er Jahre einzelne Firmen begannen, ihre jungen IT-Abteilungen wieder aufzulösen und die EDV an spezialisierte Dienstleister auszulagern oder in Tochtergesellschaften auszugründen (die sich dann selbst zunehmend zu solchen auch für andere Auftraggeber tätigen Dienstleistern verselbständigten – wie z.B. die aus Post/Telekom und Daimer-Benz/debis entstandene T-Systems). Von diesem *Outsourcing* erwartete man sich eine Minimierung von Kosten und Risiken und Anschluss an die neueste Technologie.

In den 90er Jahren begann mit der Ablösung der teuren und isolierten Großrechner durch billige PCs als Einzelteile in einem sich immer weiter ausbreitenden Netzwerk (dem Internet) die Standardisierung: der ursprünglich von IBM entwickelte »x86«-PC wurde zum »Industriestandard«, Microsoft Windows setzte sich über dem Umweg der Akzeptanz beim Privatnutzer als de facto Standardbetriebssystem für alle Arbeitsplatz auf der ganzen Welt durch. SAP wurde die Standardsoftware für die Organisierung großer Unternehmen. Diese Vereinheitlichung war die Voraussetzung für den Entwicklungssprung und die Internationalisierung der Softwareproduktion.

Ziel *global workforce*

Das Kapital träumt immer davon, von der örtlichen Arbeitskraft unabhängig zu sein, deshalb greift der Begriff »Auslagerung« auch zu kurz. Am Beispiel der Hardwareproduktion lässt sich sehen, dass die IT-Konzerne seit Jahren am Aufbau einer *global workforce* arbeiten. IBM errichtete schon in den 50er Jahren Produktionsstätten außerhalb der USA. In den 80er Jahren wurden sie zum Vorreiter eines neuen Organisationsmodells: der international verteilten Netzwerkproduktion. Die IT-Dienstleistungen haben einen vergleichbaren Grad an Internationalisierung bislang nicht erreicht.

»Eure neuen Kollegen werden in Bangalore eingestellt«

Komme gerade von der Arbeit. Den ganzen Tag »Kommunikations«-Schulung und »interkulturelles Training«. 100 Seiten englischsprachige Psychologie am Arbeitsplatz soll den Beschäftigten neuen »Spirit« für die nächste Phase des Unternehmens einimpfen. Diesen Preis muss eine Firma zahlen, die den Ehrgeiz hat, ein weltumspannendes Software-Unternehmen mit einer international zusammengesetzten Arbeitskraft und mit Teams zu sein, die kontinentübergreifend zusammen arbeiten müssen. Gewerkschaft? Sowas brauchen wir nicht – obwohl die Gehälter eher unterdurchschnittlich sind.

Wir müssen uns alle duzen, auch die höchsten Chefs – das gehört fest zur Unternehmenskultur. Das hat aber nichts mit »flachen Hierarchien« zu tun. Teamwork wird ganz groß geschrieben, aber es wird stark arbeitsteilig vorgegangen. Kaum ein Entwickler kennt noch das ganze Programm oder weiß, was damit gemacht wird. Und die Anweisungen kommen von ganz oben, aus den USA oder Frankreich. Ehemals selbständige Firmen wurden eingereiht. Frühere Chefs haben nichts mehr zu melden, wenn es um die Zahl der neuen Arbeitsplätze fürs nächste Jahr oder die neue Softwarestrategie geht. Und damit sinkt natürlich auch die Identifikation mit der Firma.

Im letzten Jahr haben alle drei in Indien sitzenden Kollegen unseres kleinen Teams (insgesamt acht Leute) den Job gewechselt. 17 Prozent Lohnerhöhung dieses Jahr haben nicht zum Bleiben gereicht. Die deutschen Kollegen fühlen sich verarscht. Alle Jahre neue indische Kollegen einarbeiten.

»Global Workforce« hört sich interessant an: ständig im Chat oder Mailverkehr mit USA und Indien, mit Kollegen, die mehr oder weniger die gleiche Arbeit machen... Es stellt sich aber anders dar, wenn die Verlagerung von deinem Job nach Indien standig als Drohkulisse wirkt. Oder andersrum: wenn die Leitungsfunktionen in Europa oder USA bleiben, was u.a. dazu führt, dass ein junger Angestellter in Europa schnell zum Teamleiter avanciert, sein Team aber in Indien sitzt und er es nun mit Arbeit versorgen, die Leistungen kontrollieren usw. soll, ohne es je persönlich kennen gelernt zu haben.

»Ein Tester in Indien kostet ein Zehntel dessen, was einer in Deutschland kostet«, ist die Devise unserer Unternehmensleitung. Die Probleme müssen ja die »Kollegen« in Europa ausbaden: den gesamten E-Mail-Verkehr, alle Dokumentationen usw. auf Englisch. Umständlich Fragen beantworten, die sich vor Ort in fünf Minuten klären ließen. Die Kommunikation läuft über E-Mail, Chat, Telefon. Manchmal kommt einer für ein paar Wochen her, um die Software und uns kennenzulernen. Die Zusammenarbeit läuft schlecht. Die Inder tun nicht, was sie sollen, sagen aber zu allem ja. Dass sie etwas verstanden haben, dass sie etwas ausarbeiten usw. Sind sie zu höflich, um nein zu sagen? Während wir hier kurz mal Erfahrungen oder Infos austauschen können, kurz mal zum Rechner des Kollegen gehen können, ist der Austausch mit Indien viel umständlicher. Viele Missverständnisse. Am Telefon verstehen wir die Leute nicht, der Akzent. Oder auch die Sprechweise. Während hier FH-Ingenieure eher Arbeiterkinder, also Aufsteiger sind, kommen unsere Kollegen in Indien oft aus höheren Kasten, die es sich leisten können, ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken, und die Bediensteten, die für die Teeküche zuständig sind, nicht mal grüßen. Meist junge Männer, die weg von zu Hause in einem Wohnheim in Bangalore leben. Es ist schwer, einen persönlichen Draht oder Anknüpfungspunkte zu finden.

Dabei kann ich den Indern durchaus sympathische Seiten abgewinnen. Wenn klar ist, dass sie einfach keinen Bock haben, die ausgelagerte Billigarbeitskraft zu spielen. Sich dumm stellen, tausendmal nachfragen, bis man die Arbeit lieber selbst macht. Sie tun immer sehr loyal, in Wirklichkeit identifizieren sie sich nicht besonders mit der Firma. Der Job ist allenfalls ein Sprungbrett ins Ausland, in die USA, wo es für sie aus vielen Gründen attraktiver ist als in Deutschland und wo schon viele Kollegen gelandet sind.

Die Auslagerung von computergestützten Dienstleistungen in Niedriglohnländer begann mit den »einfachen« Tätigkeiten: Flugtickets abrechnen, Buchhaltung (Sammelbegriff: *Back Office*), dann *First Level Support* (der erste Ansprechpartner, der das Problem aufnimmt und weiterleitet, wenn er es nicht selbst lösen kann) in Call Centern. Hauptzielländer von *Offshoring* aus den USA und Großbritannien waren in den 90er Jahren Irland, Israel und Indien, v.a. wegen der englischen Sprachkenntnisse, aber auch wegen der Zeitdifferenz, da so Geschäftstätigkeit rund um die Uhr garantiert werden kann. Jetzt werden die einfacheren Tätigkeiten schon in die nächste Kette von Ländern verlagert, in denen Leute Englisch sprechen und die Telefonnetze stabil sind: Mauritius, Ägypten, Philippinen usw.

Die Auslagerung derjenigen komplexeren und »höherwertigen« IT-Dienstleistungen, die sich theoretisch auslagern ließen, weil nicht jemand vor Ort beim Kunden sitzen und/oder dessen Sprache sprechen muss, scheiterte bis vor wenigen Jahren noch an zwei Dingen: Zum einen gab es außerhalb der Hochlohn-Industrieländer kaum Arbeitskräfte mit der entsprechenden Ausbildung, zum anderen gab es vor der technischen Standardisierung und Vernetzung auch der dezentralsten Arbeitsplätze durch das Internet kaum eine Möglichkeit, Arbeitsprozesse in der Softwareentwicklung arbeitsteilig und in Echtzeit weltweit zu synchronisieren. Das hat sich geändert.

Lange Zeit fühlten sich Angestellte in Deutschland aufgrund ihrer guten Ausbildung nicht von der Verlagerung ihrer Jobs bedroht. In den letzten zehn Jahren aber haben Länder wie Indien mit niedrigem Lohnniveau (aber gemessen am Wechselkurs höherer Kaufkraft) Hunderttausende von Softwareingenieuren ausgebildet, die in ihrer Qualifikation den hiesigen nicht nachstehen. Unternehmensberatungsfirmen versprechen Firmen bei einer Verlagerung von Support und Entwicklungstätigkeiten nach Indien Lohneinsparungen von 30 bis 50 Prozent. Das Einstiegs-Jahresgehalt eines Softwareentwicklers in Indien liege bei 8000 Euro, in Deutschland verdiene ein Entwickler 40000 Euro. Aufgrund solcher Informationen erteilen Firmen häufig Aufträge nur noch, wenn der IT-Dienstleister mit einem eigenen Standort in Indien beweist, dass er seine »Kosten optimiert«. So wird ein Trend in Gang gesetzt, dem sich keine Firma entziehen kann, die auf dem Weltmarkt für IT-Leistungen mithalten will.

In den 90er Jahren wuchs die indische Softwareindustrie um 50 Prozent jährlich. Der Anteil der nach internationalen Standards wie ISO zertifizierten Firmen ist in Indien so hoch wie nirgends sonst. Eigene IT-Ministerien fördern massiv den Ausbau des IT-Sektors. Produziert wird zu drei Vierteln für das Ausland, vor allem für die USA und Westeuropa. Umgekehrt haben alle großen amerikanischen oder europäischen Softwareunternehmen in den letzten Jahren Zweigbetriebe in Indien gegründet, manche sind schon seit Mitte der 90er Jahre dort. Im nächsten Jahr wollen mehrere große Firmen wie SAP, SUN und IBM ihre Standorte massiv ausbauen. Anfangs hatten diese Firmen in Indien Niederlassungen aufgemacht, um den indischen Markt zu erschließen. Heute werden die Standorte in Indien für die Weltmarktproduktion genutzt, um Lohnkosten zu sparen. Viele indische Softwaredienstleister haben inzwischen selbst Zweigstellen in den USA, die in den Bereichen Back Office, Support, Call Center, Netzwerkwartung tätig sind.

2002 hatte die IT-Industrie in Indien vier Millionen Beschäftigte, davon 600000 IT-Fachkräfte mit Hochschulabschluss, weitere 500000 mit Zertifikaten von Microsoft, Cisco, usw. Jährlich verlassen etwa 75000 Softwareingenieure die indischen Hochschulen. Die Jobs sind für indische Verhältnisse sehr gut bezahlt. Für ihre Karriere sind viele Softwareingenieure bereit, ungewöhnliche und ungewöhnlich lange Arbeitszeiten zu akzeptieren. Um die enormen Zeitdifferenzen zwischen bspw. Mumbai und San Francisco auszugleichen, kommen die »Kollegen« in Indien teilweise erst mittags oder gar nachmittags ins Büro und bleiben bis spät in die Nacht.

Woran es allerdings noch mangelt, sind erfahrene Leute für Leitungspositionen. Deshalb ist die Arbeitsteilung in multinationalen Unternehmen meist eindeutig: die Projektleitung sitzt in den USA oder Europa und die Entwicklungs- oder Support-Teams in Indien.

Indien hatte im letzten Jahr die höchsten Lohnsteigerungen der gesamten asiatisch-pazifischen Region, im IT-Sektor zwischen 13 und 20 Prozent. Die Fluktuation in diesen Jobs ist in Indien höher als sonstwo, es kursieren Zahlen von 20 bis 35 Prozent. Viele Berufsanfänger mit Uniabschluss fangen in einem Call Center oder im Back Office Bereich an, suchen aber sofort nach einem besseren Job. Dank der aktuellen Investitionsbooms können sie die Jobsuche zu Fuß erledigen. Indische Unternehmen lagern inzwischen Tätigkeiten nach China aus, weil dort die Lohnkosten günstiger sind.

Europäische Firmen lagern Softwareproduktion wegen der räumlichen Nähe bevorzugt nach Osteuropa aus, vor allem nach Ungarn und Tschechien, beides relativ kleine Länder, in denen der Arbeitskräftebedarf langfristig nicht zu decken sein wird und auch der Lohndruck zunimmt. Die Unternehmen gehen davon aus, dass sie dort in zehn Jahren dieselben Probleme haben werden wie in

Westeuropa. Daher wird versucht, jetzt schon dafür zu sorgen, dass dann passend ausgebildete und billige Programmierer in der Ukraine und Rumänien zur Verfügung stehen.

Schwierige Kooperation

Die *technischen* Voraussetzungen für die globalisierte Produktion sind durch das Internet geschaffen. Die notwendigen Ressourcen können vom Unternehmen auf Datenservern bereitgestellt werden, die über Nacht synchronisiert werden. Programmkomponenten können in Null-Zeit hin- und hergereicht, also an einem Arbeitsplatz (und an einem Standort) geschrieben, am anderen getestet und gleichzeitig am Telefon besprochen werden. Eine weitere wichtige Ressource, für die das einzelne Unternehmen nicht unbedingt etwas bezahlt, sind Open-Source-Tools, die im Internet frei zur Verfügung gestellt werden, oder beispielsweise Internet-Foren, auf denen sich »Anwender« gegenseitig bei Problemen mit einer bestimmten Software weiterhelfen – ohne Ansehen der Firma oder der Person, was oft das trügerische Gefühl entstehen lässt, man hätte es hier privat miteinander zu tun.

Die Auslagerung der Softwareproduktion stößt allerdings auf einige Grenzen: Softwareentwicklung muss oft in enger Abstimmung mit den Kunden »vor Ort« erbracht werden, und die Kunden sitzen überwiegend selbst in den Industrieländern. Die Programmierung ist auf die Rationalisierung von Arbeitsabläufen gerichtet. Eine gute Programmierung erfordert neben einer allgemeinen Kenntnis von Arbeitsabläufen auch den engen Kontakt zu denjenigen, deren Arbeit im speziellen Fall neu organisiert werden soll, oder mindestens zu deren Chefs, den »Kunden«. Erst wenn es gelingt, den Prozess der Herstellung von Software soweit aufzuteilen, dass ein Teil davon völlig unabhängig vom konkreten Anwendungsfall zu machen ist, lässt sich die Arbeit auslagern. Der gesamte Herstellungsprozess funktioniert nur durch die Kooperation der darin Tätigen. Und da gibt es noch erhebliche Probleme.

Die Produktivität von ArbeiterInnen liegt in ihrer Zusammenarbeit, das gilt auch für Softwareproduktion. Aber genau die durchzusetzen ist in Firmen nicht so einfach, deren Beschäftigte zu über 90 Prozent Ingenieure sind. Diese sind es gewohnt, sehr selbständig zu arbeiten, wobei ihnen oft Techniken der kollektiven Zusammenarbeit fehlen. Diese Arbeitsweise macht Firmen stark von den individuellen Beschäftigten abhängig. Überhaupt nicht passt sie in eine weltweit arbeitsteilige Produktion, die mit Sprachproblemen und starker Fluktuation zurechtkommen muss. Ein Unternehmen, das Software weltweit produzieren und weiter entwickeln will, muss die Standardisierung von Methoden, Pflicht zur Kommentierung der einzelnen Schritte und den Zwang zur Dokumentation der Funktionsweise durchsetzen. Nur dies kann das Wissen versachlicht in der Firma lassen, auch wenn die Leute gehen.

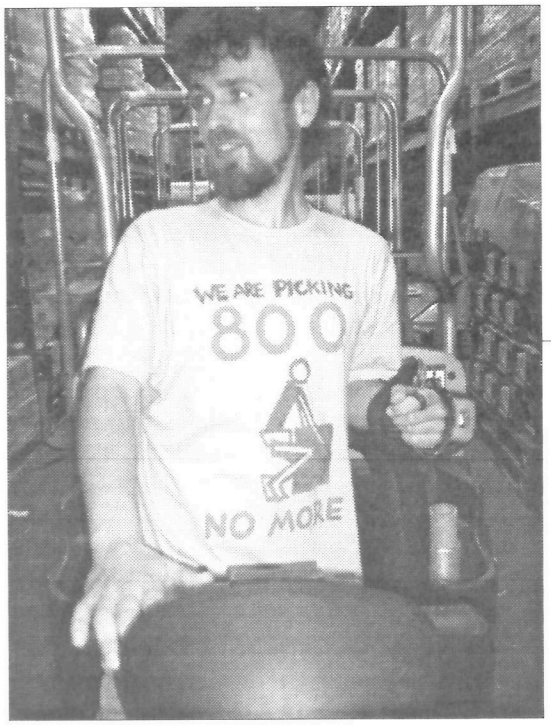
Mit wenig Erfolg. Für viele Entwickler liegt die Freude an ihrer Tätigkeit nämlich gerade darin, dass sie sich als »Kreative« fühlen und hartnäckig alle Anweisungen umgehen, nur nach bestimmten erlaubten Methoden zu programmieren. Der Zeitdruck, der in der Branche immer herrscht, wird da zum Kampfmittel und ermöglicht solchen Leuten wiederum zu sagen: In drei Tagen kann ich irgendwas zusammenhauen, aber dafür könnt Ihr keine Standards erwarten (»die Spezifikation wird nachgeliefert...«). Durch die Unterstützung der Standardisierung machen sich würden sich diese Leute ersetzbar machen. Eine chaotische und undurchsichtige Arbeitsweise kann in gewisser Weise helfen, den Arbeitsplatz vor Auslagerung zu schützen.

Der Integrationsprozess führt auch zu Problemen anderer Art. EntwicklerInnen in Indien sind es gewohnt, möglichst genaue Vorgaben zu bekommen, an die sie sich dann peinlich halten, auch wenn sich während der Arbeit Probleme ergeben. In Europa und USA herrscht aber eine Arbeitsweise vor, in der von den Leuten erwartet wird, dass sie solche Probleme benennen, statt höflich zu schweigen.

Die eingangs eher provokativ gestellte Frage nach der »Proletarisierung der TechnikerInnen« wartet noch auf eine schlagkräftige Antwort. Alles deutet darauf hin, dass es eher die Beschäftigten in den Bereichen mit »Massenqualifikation« sind, die sich ein Arbeiterverhalten zulegen, während sich die Ingenieure eher weiter berufsständisch verhalten. Möglicherweise gelingt es dem Kapital, auch den Arbeitsprozess des Programmierens irgendwann soweit aufzuteilen und zu standardisieren, dass dann die Arbeit der »neuen« Programmierer tatsächlich dequalifiziert werden kann und sie sich verhalten »wie Arbeiter«. Aber das ist eine Geschichte, die in der Zukunft spielt. ■

»Wir picken 800. Kein Stück mehr.«

Interview mit einem polnischen Leiharbeiter in Irland



Das Interview erscheint in der Juli-Ausgabe der Monatszeitschrift Nowy Robotnik (*www.robotnik.prv.pl*).

Wie bist Du nach Irland gekommen?

Ich hatte zehn Monate bei einer Firma im Raum Poznań als Handelsvertreter gearbeitet, und als die meinen Arbeitsvertrag nicht verlängert haben, habe ich beschlossen, zum Geldverdienen ins Ausland zu gehen. Von einem Freund wusste ich, dass man in Irland gar nicht schlecht verdient und dass es keine größeren Probleme gibt, da einen Job zu kriegen. Ich habe das dann sehr schnell entschieden. Ich kam in Dublin an mit 100 Euro in der Tasche. Mein großes Glück war, dass ich die ersten Wochen bei Freunden wohnen konnte und nichts für die Übernachtung im Hostel bezahlen musste. Meine Ausgaben habe ich auf den Einkauf der billigsten Lebensmittel begrenzt.

Und wie hast Du bei Tesco angefangen?

Ich habe auf jede mögliche Art Arbeit gesucht: mich in Geschäften beworben, wo Zettel hingen »Arbeiter gesucht«, die Hilfe des FAS in Anspruch genommen (was dem polnischen Arbeitsbüro entspricht, aber himmelweit effektiver und viel freundlicher zu den Arbeitslosen ist) und bei Bekannten rumgefragt. Beim FAS habe ich zwei Polinnen getroffen, die mir von der Agentur Grafton erzählt haben. Diese Firma, die seit kurzem auch in Polen aktiv ist, rekrutiert ArbeiterInnen für die großen Konzerne, u.a. auch für Tesco. Als ich mit meinem Lebenslauf ins Büro von Grafton kam, war Freitag; am Montag hatte ich schon ein konkretes Treffen mit dem Manager und am Dienstag arbeitete ich bei Tesco Distribution im Lager. Man muss schon zugeben, dass die Arbeitsagenturen zügig arbeiten.

Worin bestanden die Unregelmäßigkeiten und die Ausbeutung bei Tesco?

In diesem riesigen Lager, wo ich hinkam und jetzt seit sieben Monaten arbeite, gibt es Arbeiter, die direkt einen Arbeitsvertrag mit Tesco haben und Zeitarbeiter, die bei den Arbeitsagenturen eingestellt sind und an Tesco verliehen werden. Ich gehöre zur letzteren Gruppe, genau wie zig andere Polen, ein paar weniger Slowaken, Litauer, Tschechen und Ungarn, sowie ein paar Iren. Die Festeingestellten sind ganz überwiegend Iren plus eine Reihe von Schwarzen (wegen der *political correctness*), Russen, Türken, Franzosen. Auch ein Pole, der dort schon gearbeitet hat, bevor Polen der EU beigetreten ist.

Nach einiger Zeit fiel mir auf, dass sich die beiden Gruppen außer den offensichtlichen Unterschieden im Nationalitätenproporz auch in anderen Fragen unterscheiden. Die Festeingestellten verdienen von 12,50 Euro die Stunde an aufwärts – der Stundenlohn hängt davon ab, wie lange man an einem bestimmten Arbeitsplatz arbeitet. Alle paar Monate bekommen sie Lohnerhöhungen. Dadurch verdienen sie etwa 550 Euro die Woche. Wir

dagegen bekommen unverändert 9,52 Euro die Stunde, obwohl einige schon seit über einem Jahr an der Hundeleine der Agentur arbeiten. Keine Lohnerhöhungen! Dadurch kriegen wir in der Woche nur etwa 360 Euro, obwohl wir genau dieselben Arbeiten machen. Die Festeingestellten bekommen zu Weihnachten und Ostern spezielle Bonuszahlungen, wir nicht. Die Festeingestellten arbeiten jeden zweiten Samstag, wir jeden. Es gibt viele solcher kleinen Unterschiede. Jeder Zeitarbeiter träumt davon, bei Tesco fest eingestellt zu werden und sich von der Agentur zu befreien. Aber das grenzt fast an ein Wunder. Tesco hat eine wohlüberlegte Politik und weiß genau, dass die ArbeiterInnen aus dem Osten liebend gern auch für 7,60 Euro die Stunde (den Mindestlohn in Irland) arbeiten würden. Außerdem wird Tesco durch den Einsatz von Agenturen die Verantwortung für uns ausgeliehene Zeitarbeiter los. Die Agenturen stellen uns ein, entlassen uns, bezahlen uns, stellen die wöchentlichen Lohnzettel aus, verschieben uns von einem Lager zum anderen, wie ihre Kunden es brauchen, zahlen unsere Sozialversicherungsbeiträge und bezahlen bei einem Unfall die Entschädigungen. Außerdem sind wir laut der Verträge, die wir bei den Agenturen unterschrieben haben, Zeitarbeiter (*temporary staff*). Was das für unsere Rechte heißt, ist auch für Juristen schwer zu interpretieren. Das haben sie sich in diesen Zeiten der großen Migration schlau ausgedacht, um die dringend nach Arbeit suchenden ArbeiterInnen aus dem Osten, die ihre Rechte nicht kennen, maximal auszunutzen.

In diesem System von Agenturen und Tesco haben wir bis zu dem Moment gearbeitet, wo die Manager anfingen, uns eine Erhöhung der Tagesnormen reinzudrücken. Unsere Arbeit besteht grob gesprochen im Einsortieren von Produkten. Wir laden sie von Europaletten ab und sortieren sie in spezielle Körbe ein, die zu den Tesco-Supermärkten in fast ganz Irland geliefert werden. Unsere Hauptaufgabe ist das »Picken«.

Von den irischen Festeingestellten wissen wir, dass sie vor der EU-Erweiterung etwa 500 Kartons am Tag gepickt haben. Für die Überschreitung dieser ungeschriebenen Norm bekamen sie einen Zuschlag. Als dann die Polen kamen, hieß es, pro Schicht müssten 750 Kartons gepickt werden. Daran kann ich mich selbst noch aus den Anfängen meiner Karriere bei Tesco erinnern. Vor etwa zwei Monaten wurde uns in lockeren Gesprächen mit den Managern schon gesagt, es sei ok, wenn wir 800 bis 850 Kartons am Tag pickten. Diejenigen, die am eifrigsten von einer Festeinstellung träumten, haben aber bis zu 1400 Kartons gepickt, und ein Slowake hat mal in der Nachtschicht den Rekord von 1900 Kartons in siebeneinhalb Stunden aufgestellt. Vor einem Monat, als sie uns dann sagten, die Norm betrage 900 Kartons, sind wir zu sechst - alles Polen - zum Schichtführer gegangen und haben gefragt, was das heißen soll? Bei der Schulung hatten wir stundenlang Filme darüber gesehen, dass man die Wirbelsäule schonen soll, und jetzt sollen wir hier plötzlich 900 picken! Er sagte, wir könnten wir ja nach Hause gehen, wenn es uns nicht passte, denn draußen warteten viele, die unsere Arbeit gern machen würden.

Wie habt Ihr auf den Versuch reagiert, Euch auszunutzen?

Am nächsten Tag bin ich mit einem T-Shirt zur Arbeit gegangen, wo ich groß draufgeschrieben hatte: *We are picking 800. No more.* Wir picken 800, kein Stück mehr. Obwohl es Samstag war, tauchte ganz schnell der Hauptmanager auf und rief mich in sein Büro. Er holte auch meinen Vorgesetzten von Grafton dazu. Zusammen haben sie mich etwa zwei Stunden lang in die Mangel genommen. Warum ich das geschrieben hätte? Ob mir die Wirbelsäule wehtue? Was die Kollegen dächten? Sie waren sehr nett, vorsichtig und höflich. Sie haben mir sogar eine vegetarische Pizza bestellt, weil ich die Mittagspause verpasst hatte.

Während unseres Gesprächs bekam ich von den Kollegen aus dem Lager SMS'e: »Wir sind bei dir!«, was sehr wichtig war, die Jungs sind sogar vor die Bürotür gekommen und haben sehr deutlich hören lassen, dass sie dort sind. Ich beharrte darauf, dass die Norm nicht höher als 800 Kartons sein dürfte. Sie baten mich, nicht mehr dieses umstrittene T-Shirt zu tragen. Ich fragte den Vertreter von Grafton, was er machen würde, wenn ich es nicht ausziehe. Er sagte, dann müssten sie mich vielleicht entlassen. Daraufhin habe ich ihm mit der Gewerkschaft gedroht. Er hat dann schnell das Thema gewechselt.

Das war ein Freudentag. Wir waren alle bestärkt in unserem – wie es uns schien – erfolgreichen Widerstand. Die Iren haben sich mit uns solidarisiert; als sie mein T-Shirt sahen, hoben sie den Daumen und erwähnten Lech Walesa. Sie gaben gute Ratschläge. Als nächstes meldeten sich bei uns Leute von der Gewerkschaft SIPTU (*Services, Industrial, Professional and Technical Union*), die uns das sagten, was die meisten von uns eh empfanden – dass wir ausgebeutet würden und es Zeit wäre, uns zu organisieren! Sie ermunterten uns, massenhaft in die Gewerkschaft einzutreten, damit sie uns erfolgreich vertreten könnten. Von der SIPTU wusste ich schon seit einigen Monaten, ich hatte sogar schon die Mitgliedschaftserklärung abgegeben, aber Grafton als mein Arbeitgeber hatte meinen Beitritt blockiert. Später stellte sich heraus, dass sie dazu kein Recht hatten.

Was geschah dann?

In der nächsten Woche besuchte einer der wichtigsten SIPTU-Aktivisten unser Lager. Am Treffen mit ihm nahmen Zeitarbeiter aus allen drei Schichten teil. Der Typ kündigte an, dass sie uns helfen würden. SIPTU ist die größte Gewerkschaft in Irland, man hört oft von ihren Aktionen im Radio, in Bussen hängt Reklame von ihnen. Sie sind sehr aktiv. Sie haben uns schon in einigen kleinen Fragen geholfen, Nach einem Anruf von ihnen bei der Agentur *Jobs* (früher *Job Shop*) hatten die Jungs z.B. sofort ihre P-60-Abrechnung, die sie für den Lohnsteuerjahresausgleich brauchten.

Wie viele von Euch sind in die Gewerkschaft eingetreten?

Ich denke, dass inzwischen über die Hälfte der Zeitarbeiter bei Tesco in der SIPTU ist. Vielleicht zwei Drittel von uns. Viele zögern aber noch, einige sind nur für die Ferien zum Arbeiten hergekommen und fahren nach drei Monaten wieder in ihre Heimatländer. Andere haben Angst, sich zu weit herauszulehnen. Es gibt auch welche, denen die 3,75 Euro Mitgliedsbeitrag pro Woche zu schade sind. Sie begreifen nicht, dass sie dabei mehr gewinnen können. Zur Zeit wird in Irland an einem neuen Arbeitsrecht gearbeitet. Solche Situationen wie die, in der wir uns im Moment befinden, sollen verboten werden: dass wir genau dieselbe Arbeit wie die Festeingestellten machen, aber etwa 200 Euro die Woche weniger verdienen! Die SIPTU macht intensive Lobbyarbeit, um diese kranke Situation zu ändern.

Wie sieht im Moment Euer Alltag bei Tesco aus?

Die SIPTU bereitet im Moment eine Klage gegen die Agenturen Grafton und Jobs wegen der Gesamtheit ihrer Unregelmäßigkeiten vor. Die nächste Sache, die vors Arbeitsgericht geht, betrifft die Entlassung eines unserer Kollegen in der letzten Woche, der die auferlegte Norm nicht erfüllt hat. Das ist clever eingefädelt. Tesco meldet der Agentur, welche ArbeiterInnen gehen müssen. Die Agentur teilt dem Delinquenten auf sehr rüde Art mit, dass er nicht mehr arbeitet, zum Beispiel sagt sie ihm das morgens um sechs vor dem Tor vom Lager, wenn er sich in die Liste eintragen will. Es gab schon zwei solche Vorfälle. Rechtlich gesehen muss die Agentur dem Entlassenen eine andere Arbeit für mindestens denselben Lohn anbieten. Sie muss ihm auch die Ausfallzeit bezahlen, wenn sie keine Arbeit für ihn hat. Die wenigsten wissen das, und davon profitieren die Agenturen. Wenn du kein Urlaubsgeld einforderst, denken die von der Agentur ganz sicher nicht von allein dran!

Seit drei Wochen beträgt die Tagesnorm bei uns jetzt 1000 Kartons! Letztlich stellte sich heraus, dass unser Widerstand wenig erfolgreich und unsere Freude unbegründet war. Die Manager luden uns alle nacheinander zum Gespräch vor und sagten wie alte Freunde, wir müssten mehr schaffen und das sei ein Befehl von oben, auf den sie keinen Einfluss hätten. Sie würden uns ja mögen, aber wenn wir uns nicht anpassten, dann müssten sie uns austauschen. Und schließlich würden einige ja 1200 oder sogar 1400 schaffen, wieso könnten die anderen dann nicht mal 1000 picken? Damit kriegen sie viele rum, und immer mehr Jungs picken 1000. Und das überlastet unsere Wirbelsäulen wirklich! Es ist nur noch eine Handvoll von uns übrig, die konsequent bei 800 bleibt. Wir sind auf dem Sprung, aber wir zählen auf die Hilfe der Gewerkschaft.

Wie wird dieser Konflikt Deiner Meinung nach ausgehen?

Nach dem Erfolg der »T-Shirt-Aktion« wollte ich losschlagen und ein Agenturarbeiterkomitee bei Tesco gründen. Wir haben uns sogar nach der Arbeit getroffen, um drüber zu reden. Ich dachte an eine Pressekonferenz, um die Sache an die große Glocke zu hängen. Tesco hat Angst vor Kritik, das ist offensichtlich. Wenn rauskäme, wie sie mit den Arbeitern aus dem Osten umspringen, würde ihr sorgsam gepflegtes Image leiden. Aber die meisten aus unserer Clique meinten, das hätte keinen Sinn, gegen so einen Koloss kämen wir nicht an. Wir Radikalen sind nur eine Handvoll, gerade mal drei, die bereit sind, die Arbeit aufs Spiel zu setzen, um die Würde zu bewahren - und eine gesunde Wirbelsäule. Danach hatte sich die Idee mit dem Komitee erledigt. Aber ich denke, es bringt vielleicht auch etwas, sich auf die SIPTU zu verlassen. Das sind Profis. Sie haben Angestellte, Räume, Unterstützung im Volk. Als Anarchist bin ich nicht mit allem einverstanden, was die SIPTU von sich gibt. Und wenn mir die Agentur mitteilt, dass ich nicht mehr bei Tesco arbeite – vielleicht kette ich mich dann ja an den Gabelstapler. Seit sie einen von uns wegen Nichterfüllung der Norm entlassen haben, gehe ich wieder mit dem T-Shirt zur Arbeit: *We are picking 800. No more.* Ich bin entschlossen zum Widerstand bis zum Ende. Zum Glück hat mich das bei unseren Landsleuten verbreitete Sklavensyndrom noch nicht befallen!

Interview: Jarosław Urbański

ArbeiterInnen in Polen seit 1989

Während der Revolution von 1980/81 gehörte zu den wirtschaftspolitischen Forderungen der ArbeiterInnen auch die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben. Diese Forderung galt nicht nur als notwendige Bedingung zur Durchführung einer Wirtschaftsreform, sondern sollte auch der Humanisierung der Arbeitsplätze und der Emanzipation des Individuums dienen. Die Arbeiterselbstverwaltung sollte das Ausbeutungssystem vollkommen umwälzen. Solidarność bat 1981 alle Gewerkschaftsgliederungen um »jede erdenkliche Unterstützung und Hilfe bei der Gründung von Arbeiterräten«, die unabhängig »von der Staatsverwaltung, politischen Organisationen und Gewerkschaften« sein sollten.

Für eine prokapitalistische Privatisierung der Wirtschaft gab es damals laut Umfragen keine Mehrheit. Nach einer 1980 noch vor dem Ausbruch des Generalstreiks in Polen durchgeführten Umfrage sprachen sich 56,9 Prozent der ArbeiterInnen bedingungslos für staatliche und gesellschaftliche Eigentumsformen aus, und nur 11 Prozent bezeichneten sich als entschiedene Befürworter der Privatisierung. 1990, d.h. nach der Systemtransformation von 1989 sprachen sich immer noch 23 Prozent der ArbeiterInnen für staatliches Eigentum aus. 48,9 Prozent bezeichneten sich als Befürworter einer – allerdings sehr beschränkten – Privatisierung des Handels und die Landwirtschaft. Die Privatisierung des Handels (die sogenannte kleine Privatisierung) vollzog sich unerhört schnell und stieß in der Gesellschaft allgemein auf Zustimmung, aber noch 1992 sprach sich eine Mehrheit (60 Prozent) der PolInnen dafür aus, die Großindustrie in den Händen des Staates zu belassen.

Diese Daten zeigen, dass die Zustimmung zur Privatisierung im Lauf der Zeit zunahm, aber sie war nie bedingungslos. Dass die Zustimmung zur Privatisierung mit der Zeit stieg, lag auch an der uneindeutigen Haltung der Solidarność. Schon 1985 nahm sie in ihr Programm Thesen auf, in denen sie sich für die Marktwirtschaft und damit letztlich für die Privatisierung aussprach. Den neoliberalen Eliten kam es ohnehin weder auf den Umfang noch auf den Grad dieser Zustimmung an. Der 1989 begonnene Privatisierungsprozess nahm einen spontanen, nicht durch die Gesellschaft kontrollierten Charakter an und wurde auch oft als »wilde Privatisierung« bezeichnet.

Soziale Folgen der Strukturveränderungen in Polen

1989 trug die Privatwirtschaft 20,4 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, heute sind es ca. 75 Prozent. Anfang der 90er Jahre gab es noch 8500 Staatsbetriebe, im Jahr 2000 nur noch 2400. Diese werden jetzt kommerzialisiert, d.h. in sogenannte »Gesellschaften der öffentlichen Hand« umgewandelt und zum Verkauf angeboten, meist an ausländische Konzerne. Die Privatisierung betrifft nicht nur Branchen wie Energieversorgung und öffentliche Verkehrsmittel, sondern auch Bildung und Gesundheitswesen privatisiert, wofür es nie gesellschaftliche Zustimmung gab.

Der Systemwandel hatte viele negative Folgen: 1990-91 fiel das BIP um fast 18 Prozent, und die Arbeitslosigkeit stieg auf zwei Millionen. Immer mehr Menschen lebten unter der Armutsgrenze. Die Reallöhne fielen um fast ein Viertel. Die Zahl der Straftaten stieg von 1989 bis 1990 um 60 Prozent. Und so weiter.

Die politischen Reformen, die Freiheit bei der Gründung von Vereinigungen, Gewerkschaften und politischen Parteien, die Abschaffung der Zensur und besonders die Wiedergewinnung der territorialen Souveränität hatten auch positive Folgen. Die wirtschaftspolitischen Änderungen nach 1989 führten definitiv zu spürbaren Verbesserungen im Bereich der kommunalen Infrastruktur, zum Beispiel wurden dank der Investitionspolitik der Gemeinden ca. 18000 km Wasserleitungsnetz gebaut (eine Zunahme um 60 Prozent). Die Länge des Kanalisationsnetzes wuchs um ca. 24 Prozent, die des Fernwärmenetzes um über 113 Prozent. Die Zahl der Telefonanschlüsse stieg um über 44 Prozent usw.

Im Ganzen aber wurde die Transformation trotzdem gegen die Forderungen der Mehrheit der ArbeiterInnen durchgeführt. Das führte Anfang der 90er Jahre zu einer Zunahme der gesellschaftlichen Spannungen. Nach Angaben der staatlichen Statistikbehörde GUS beteiligten sich 1990 knapp 116000 ArbeiterInnen an 250 Streiks. Laut Regierungsdokumenten »fanden 1991 im Verlauf von 10 Monaten 104 Demonstrationen meist friedlichen Charakters und geringer Reichweite statt«. 1991 wurde zum ersten Mal mit Gewalt gegen protestierende ArbeiterInnen vorgegangen, u.a. zur Niederschlagung eines Streik bei den Verkehrsbetrieben von Białystok, wo die ArbeiterInnen die Entlassung des Direktors, Lohnerhöhungen und Diskussionen über die Privatisierung des Betriebs forderten.

Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

Zu den schmerzhaftesten Auswirkungen des Strukturwandels in Polen gehört das Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Bei einer Analyse der Statistiken fallen die Unterschiede zwischen den 15 »alten« EU-Staaten, den »neuen« Mitgliedern und den »Beitrittskandidaten« ins Auge. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der EU betrug 2003 8,1 Prozent. In der Mehrheit der neu beigetretenen Staaten liegt das Niveau der Arbeitslosigkeit höher, v.a. in Polen (fast 20 Prozent) und der Slowakei.

Laut Volkszählungen von 1988 und 2002 gab es auch tiefgreifende Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur. Die Beschäftigungsquote sank von 65,2 auf 55,5 Prozent, dafür stieg der Anteil der nicht Berufstätigen um ca. 10 Prozentpunkte. Gegenwärtig leben 32,3 Prozent der Bevölkerung über 15 Jahre von Einkommen aus eigener Arbeit; 1988 waren es noch 45,4 Prozent, obwohl gleichzeitig der Anteil der Menschen im berufstätigen Alter an der Gesamtbevölkerung gestiegen ist.

Wegen der demographischen Entwicklung betrifft die Arbeitslosigkeit in erster Linie junge Menschen, die auf den Arbeitsmarkt kommen. Bei den 15- bis 24jährigen beträgt die Arbeitslosigkeit 29,4 Prozent. Am meisten Angst macht den Analytikern aber die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit auch zunehmend die Absolventen höherer Schulen betrifft. Bisher galt eine bessere Ausbildung als Schutz vor Arbeitslosigkeit. Hunderttausende von Jugendlichen studieren (Polen hat nach Finnland das höchste Schulbildungsniveau in Europa), aber gleichzeitig findet in vielen Regionen des Landes ein Drittel der HochschulabgängerInnen keinen Job.

Seit Ende 2003 steigt die Produktion in Polen langsam wieder (das BIP ist um 7 und die Industrieproduktion um 12,3 Prozent gestiegen), aber die Situation am Arbeitsmarkt bleibt schlecht. Die Firmen haben volle Auftragsbücher, aber die Arbeitsproduktivität steigt deutlich schneller als die Produktion und das wirtschaftliche Gesamtergebnis. Wir haben also ein sogenanntes *jobless growth*, d.h. ein Wachstum, das keine zusätzlichen Arbeitsplätze schafft.

Löhne und Einkommen

Glaubt man den Mythen der Politiker, sind an der hohen Arbeitslosigkeit vor allem die hohen Arbeitskosten und die mangelnde Flexibilität des Arbeitsmarktes schuld. Zum Beweis legen sie Statistiken vor, nach denen die Reallöhne steigen. Genauer betrachtet steigen mit der Privatisierung von immer neuen Sektoren der polnischen Wirtschaft aber nur die Gehälter der Chefs und der höheren Angestellten, während die Einkommen der normalen Büroangestellten und ArbeiterInnen sinken. Nach Angaben einer polnischen Wirtschaftszeitschrift aus dem Jahr 2002 liegen die polnischen Managergehälter um das Zehn- bis Fünfzehnfache über dem Durchschnittsgehalt im Land. »Nirgendwo in Europa«, kommentiert die Zeitschrift, »ist die Lohnspreizung so groß wie in Polen.« Ebenso wenig wird erwähnt, dass die Reallöhne in den ersten beiden Jahren der Strukturtransformation schon um bis zu 25 Prozent gefallen sind. Kaum irgendwo in Europa kostet die Arbeitskraft so wenig wie in Polen. In den privatisierten Branchen sind die Löhne deutlich niedriger als im staatlichen Sektor. So lag der Durchschnittslohn in der staatlich kontrollierten Bergbaubranche im Jahr 2003 bei 3801 Złoty (ca. 570 Euro), während er in der privatisierten Baubranche, im Handel und in den meisten Dienstleistungen fast um die Hälfte niedriger war; die Lehrergehälter betrugen durchschnittlich 2198 Złoty (ca. 330 Euro).

Die Arbeitslosigkeit und der Verfall der Löhne betrafen viele Berufsgruppen, führten zur Senkung des materiellen Existenzniveaus und ganz allgemein der Lebensqualität. 1989 lebten 15 Prozent der Ge-

sellschaft unter der Armutsgrenze, 1996 schon 47 Prozent, heute sind es 58 Prozent. Diese Grenze ist definiert als Einkommen, das man braucht, um die für das Leben, für die Gesundheit und die Arbeitsfähigkeit nötigen Waren und Dienstleistungen zu erwerben und in gewissem Umfang an kulturellen Aktivitäten und am öffentlichen Leben teilzunehmen. Je nach Familiengröße liegt sie zwischen 500 und 800 Złoty (zwischen 111 und 177 Euro).

Gewerkschaften

In Polen gehören nach verschiedenen Daten und Zählungen zwischen 14 und 18 Prozent aller Beschäftigten (von insgesamt 13,2 Millionen) einer Gewerkschaft an. Dieser Anteil fällt seit vielen Jahren kontinuierlich. 1980 war die Solidarność eine Bewegung mit ca. 10 Millionen Mitgliedern, Anfang der 90er Jahre hatte sie noch 2,25 Millionen Mitglieder, und heute gehören ihr gerade noch 750000 arbeitende Personen an. Der zweitgrößte Gewerkschaftsverband OPZZ, der Mitte der 80er Jahre als regimefreundliche Gewerkschaft entstand, hat ca. 730000 Mitglieder. Der erst vor kurzem gegründete dritte Verband FZZ hat ca. 300000 Mitglieder. Daneben gibt es verschiedene andere Gewerkschaften, die oft nur in einem einzigen Betrieb präsent sind, mit ca. 600000 Mitgliedern.

Solidarność:
Niezależny Samorządny Związek Zawodowy Solidarność (Unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarität)

OPZZ:
Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband)

FZZ:
Forum Związków Zawodowych (Gewerkschaftsforum)

Als Gründe für das Sinken der Mitgliederzahlen in der Gewerkschaftsbewegung werden am häufigsten die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur genannt. Die früheren Gewerkschaftshochburgen Schwerindustrie und Bergbau sind nicht mehr die Sektoren mit der größten Beschäftigung. Inzwischen dominieren Handel und Dienstleistungen. In diesen Branchen aber unterscheidet sich die Arbeitsorganisation diametral von der Industrie. Die ArbeiterInnen im Handel und in den Dienstleistungen sind oft verstreut und sehr mobil und arbeiten in deutlich kleineren Gruppen. Im polnischen Bergbau z.B. gehören noch immer ca. 60 Prozent der ArbeiterInnen Gewerkschaften an, im Handel und in den Dienstleistungen aber nur sehr wenige (auf dem Bau z.B. 3 Prozent).

Der zweite und nicht weniger wichtige Grund, aus dem die Leute nicht Organisationen beitreten oder im Gegenteil aus ihnen austreten, ist der Verfall des Vertrauens in die Gewerkschaften. Dazu tragen auch die Verstrickung der großen Gewerkschaftsverbände in die politischen Spiele der Parteien und die in den Gewerkschaftsstrukturen weit verbreitete Korruption bei. Die 1989 begonnenen prokapitalistischen Reformen haben zu Massenarbeitslosigkeit, zum Abbau von Sozialleistungen und zum Sinken der Löhne der Fach- und BüroarbeiterInnen – der wichtigsten Basis der Gewerkschaften – geführt. Sogar die auf Druck der Solidarność im Jahr 2000 eingeführte und als Erfolg verkaufte Arbeitszeitsverkürzung auf 40 Wochenstunden hat sich als Fiktion herausgestellt, denn in Wirklichkeit arbeiten die Polen laut Umfragen über 45 Stunden pro Woche. Über die Hälfte der Arbeitgeber hält sich nicht an die Arbeitszeitvorschriften und zwei Drittel zahlen die Löhne nicht korrekt (vor allem zahlen sie nicht pünktlich). Insgesamt hat sich die Lage der ArbeiterInnen, die die Gewerkschaften eigentlich kompromisslos schützen müssten, verschlechtert.

ArbeiterInnenproteste 2002-03

2002-03 kam es zur größten Welle von Arbeiterprotesten seit 1989-91. Die unmittelbare Ursache dieser Bewegungen war die hohe Arbeitslosigkeit und die fatale Situation vieler von der Pleite bedrohter Industriebetriebe. Zusätzlich plante die Regierung unter dem Druck von EU und IWF viele tausend weitere Entlassungen im Stahlsektor und im Bergbau sowie Änderungen im Arbeitsrecht zu Lasten der ArbeiterInnen.

Das erste und vielleicht wichtigste Signal, dass die polnischen ArbeiterInnen mit ihrer Geduld am Ende waren, war der Protest der Szczeciner WerftarbeiterInnen. Sie organisierten sich außerhalb der Gewerkschaften und protestierten mehrere Monate lang zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze. Die Welle der Unzufriedenheit erfasste ganz Polen und viele Branchen. Mehrmals pro Woche gab es irgendwo Demonstrationen, Blockaden und Streiks. Auf die Straße gingen Bergleute, Stahlarbeiter, Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen, aus der Schwerindustrie und aus der Autoindustrie. Die Gewerkschaften bei der Eisenbahn und in Schlesien drohten mit Generalstreiks. Auf ein breites Echo stießen in Polen die Proteste bei *Wagon* in Ostrów, bei *Tonsil* in Września, bei *Bison-Bial* in Białystok und bei *Uniontex* in Łódź. Am 26. April 2002 protestierten in Warschau 70000 Solidarność-GewerkschafterInnen gegen die Änderungen im Arbeitsrecht. Am 25. April 2003 forderten über 20000 GewerkschafterInnen das Ende der Entlassungspolitik, die Wahrung der Arbeiterrechte, die pünktliche Auszahlung der Löhne und die Wiederherstellung der Arbeitslosenunterstützung und des Vorruhestandsgelds.

Am 11. September 2003 gab es einen gewaltsamen Protest von über 10000 Bergarbeitern in Warschau. Fast unmittelbar nach Beginn der Bergarbeiterdemo begannen auch schon die Zusammenstöße mit der Polizei. Zuerst wurde am Sitz der SLD protestiert, wo Steine gegen das Gebäude flogen. Dann zog die – inzwischen verbotene – Demo zum Wirtschaftsministerium, wo es zu Zusammenstößen mit der zum Schutz des Regierungsgebäudes aufgezogenen Polizei kam. Nach Medienbe-

richten setzten die Demonstranten Böller, Metallstöcke und Molotow-Cocktails und die Polizei Wasserwerfer und Tränengas ein. Die Fassade des Ministeriums wurde beschädigt. 40 Scheiben gingen zu Bruch. Bei den Auseinandersetzungen wurden 62 Polizisten verletzt, einige schwer. 22 Demonstranten wurden ärztlich behandelt, wenngleich die genaue Zahl der verletzten Demonstranten nicht bekannt ist.

Die größte Bedeutung für die öffentliche Meinung und die Eliten hatten aber die Ereignisse in Ożarów, wo im November 2002 nach über 200 Tage dauernden Protesten gegen die Schließung des dortigen Kabelwerks fünftägige Unruhen ausbrachen. Damals wurde klar, dass, wenn der Arbeitsmarkt sich selbst überlassen würde und noch weitere zigtausend Arbeitslose hinzukämen, die Situation außer Kontrolle geraten und Polen die argentinische Variante drohen würde.

Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik

Die Proteste führten zwar nur zu wenigen unmittelbaren Erfolgen, aber sie haben die Regierung zu einer wirtschaftspolitischen Kehrtwende bewegt und damit die Lage der ArbeiterInnen unterm Strich deutlich verbessert. Angesichts der Kritik und vor allem des Drucks der protestierenden ArbeiterInnen ließ sich die Behauptung, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts und die Schließung von angeblich unrentablen Branchen seien vorteilhaft, nicht aufrechterhalten. Daher beschloss die Regierung im Jahr 2003, doppelt so viele Mittel für die Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Betriebe zur Verfügung zu stellen wie in den Vorjahren. Der Staat zahlte den Betrieben 28 Milliarden Złoty und rettete damit hunderttausende von Arbeitsplätzen, zu deren Verteidigung die Protestierenden auf die Straße gegangen waren: 30000 bis 60000 nach unterschiedlichen Schätzungen allein in der Werftindustrie und 35000 Stellen im Bergbau. Auch die Stahlbranche, wo 30000 Beschäftigte entlassen werden sollten, erhielt bedeutende Beihilfen. Nicht nur große Firmen erhielten Hilfe vom Staat, sondern auch Kleinunternehmen mit insgesamt ca. 85000 Personen! »Ein Berg öffentlicher Gelder in Schlamm verwandelt« – klagte die Überschrift der *Gazeta Wyborcza* vom 24. November 2004. Die Beihilfen führten dazu, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt sich nicht weiter verschlechterte und 2004 sogar verbesserte. Dazu kam das Wachstum der Konjunktur vor allem in der Stahl- und Bergbaubranche, für die Neoliberalen Bastionen der wirtschaftlichen Rückständigkeit und Verschwendung. Heute wird in der Werftindustrie und im Bergbau nicht nur nicht entlassen, sondern eingestellt.

Gegenwärtig sind die sozialen Proteste abgeflaut, was man vor allem mit den staatlichen Hilfen und der sich stabilisierenden Situation in vielen Branchen in Verbindung bringen muss. Nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union aber werden staatliche Interventionen in dieser Größenordnung nicht mehr möglich sein. Auf dem EU-Gipfel in Stockholm vor einigen Jahren haben sich die Staaten der Gemeinschaft verpflichtet, öffentliche Hilfen auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen. In Polen haben sie 2003 aber 3 Prozent betragen! Die Anpassung an die EU-Bedingungen könnte zu den nächsten wirtschaftlich-sozialen Problemen und zur nächsten Welle von ArbeiterInnenprotesten führen, besonders wenn das Wirtschaftswachstum nicht zur Entstehung neuer Arbeitsplätze führt und der westeuropäische Arbeitsmarkt nicht den Großteil der polnischen Arbeitslosen absorbiert.

Politisches Erdbeben

Die steigende Unzufriedenheit der ArbeiterInnen führte auch zur größten politischen Krise seit 1989: Die beiden großen Regierungsparteien AWS und SLD werden bei den nächsten Wahlen wahrscheinlich nicht wieder ins Parlament einziehen. Die Eliten suchen jetzt ein neues politisches Programm, um die Legitimation des herrschenden Systems zu verlängern. Sowohl die neoliberale PO als auch die konservativen PiS und LPR bedienen sich revolutionärer Rhetorik. Die PO will einen grundlegenden politischen Wandel im Sinne Piłsudskis; Die PiS verspricht eine Regierung der harten Hand und will die 3. Republik durch eine 4. Republik ohne Korruption und Nomenklatur-Apparate ablösen; die LPR tritt noch autoritärer auf als die PiS und lässt zum ausdrücklichen Beweis die Schlägertrupps der Młodzież Wszechpolska aufmarschieren.

Natürlich berührt diese Rhetorik die ArbeiterInnen wenig und das Interesse an den diesjährigen Parlamentswahlen ist niedriger denn je in den letzten 15 Jahren (und es war noch nie allzu hoch). Wahlenthaltung lässt sich also auch als politische Antwort der Arbeiterklasse auf den Pomp der da oben verstehen. Wenn sich konkrete Veränderungen daran messen lassen, dass sie Arbeit und Lebensunterhalt garantieren, dann erwartet die Mehrheit der Polen vor allem eine Revolution in der Organisation des Wirtschaftssystems.

Jarosław Urbański

AWS: Akcja Wyborcza Solidarność – Wahlaktion Solidarność: aus der gleichnamigen Gewerkschaft hervorgegangenes Parteienbündnis, das von 1997 bis 2001 an der Regierung war.

SLD: Sojusz Lewicy Demokratycznej – Union der demokratischen Linken: Bündnis »linker« Parteien und der Gewerkschaft OPZZ, das sich 1999 zur Partei konstituierte und seit 2001 an der Regierung ist.

PO: Platforma Obywatelska Bürgerplattform.

LPR: Liga Polskich Rodzin Liga der polnischen Familien.

PiS: Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit, oder auch: Recht und Justiz.

Młodzież Wszechpolska – Allpolnische Jugend: Jugendorganisation der LPR.

Józef Piłsudski: Zunächst Sozialist, dann nach der Unabhängigkeit Polens 1919 Staatspräsident bis 1923, führte 1920 Krieg gegen die Sowjetunion, nach Staatsstreich 1926 bis zu seinem Tod 1935 »Marschall« in einer rechten, antisemitischen Diktatur.

Das Ende eines Modells?

Nachdem die großen Arbeiterrevolten 1980 besiegt waren und in den Fabriken die Umstrukturierung begann, kamen die Industriesoziologen mit einem neuen Unternehmensmodell: »Small ist beautiful« oder »schlanke Produktion« (Piore/Sabel). Man entdeckte die »Industriedistrikte«: Regionen, in denen seit langem auf der Basis kleiner und mittlerer Produktionsstätten bestimmte Produkte oder Halbfertigprodukte hergestellt und auf den Weltmarkt exportiert wurden. Grundlage der viel gelobten Produktivität war nicht eine besondere Schul- oder Ausbildung der Beschäftigten, sondern das gesamte Gefüge von generationenlanger Metall- oder Textilarbeit und gewachsenen, bei den ArbeiterInnen im gesamten Distrikt verbreiteten Spezialkenntnissen. Als Modellregionen wurden damals das Veneto (Modell Benetton) und die Emilia-Romagna herausgestellt. Auch die deutsche ehemals »alternative« Ökonomie stellte den italienischen Nordosten als Vorbild für produktive und gerechte, egalitärere und kooperativere Beziehungen zwischen Arbeitern und Kapital hin.

Die Autonomia Operaia [Arbeiterautonomie] im Veneto dagegen hatte schon Mitte der 70er Jahre diese »diffuse Fabrik« als strategische Antwort des Kapitals auf die Arbeiterkämpfe thematisiert: Die in den Tälern und Ebenen des Veneto verstreut liegenden Klitschen, in denen die Familie des Chefs mitarbeitete, sind ein schwer zu eroberndes Kampfterrain. Ein Problem sind auch ArbeiterInnen, die sich mit ihrer Abfindung selbständig machen und dann andere für sich arbeiten lassen. Auf zehn Einwohner kommt im Veneto ein Unternehmer. Kennzeichnend für diese Ökonomie waren arbeitsintensive Produktion mit nicht besonders neuer Technologie, lange Arbeitstage und Schwarzarbeit und der Einsatz von Subunternehmern und Scheinselbständigen. Ihre politische Vertretung fand sie in Bossi und seiner Lega Nord.

Das Veneto, von wo noch bis 1968 die Leute auf der Suche nach Arbeit abwanderten, erlebte in den 80er Jahren mit jährlich wachsenden Exportraten einen Aufschwung ohnegleichen, überstand die Krise Anfang der 90er Jahre glimpflich und hatte noch 2001 die niedrigste Arbeitslosenquote Europas und die höchsten Wachstumsraten Italiens. MigrantInnen aus Nordafrika und Osteuropa fanden hier Jobs außerhalb jeglicher Regulierung.

Seit Mitte der 90er Jahre aber werden massiv Produktionsschritte nach Osteuropa ausgelagert, vor allem nach Rumänien in die Gegend von Timisoara, die »achte Provinz des Veneto«, wo eine ähnliche Unternehmerstruktur besteht. Ein Büro des Unternehmerverbandes in Vicenza leistet Hilfestellung bei der Auslagerung nach Rumänien.

Eine SOFI-Studie von 2004 feiert das Modell Veneto nach wie vor ab; der folgende Artkel beschreibt hingegen die soziale Krise in der Provinz Vicenza, einst 'Italiens Lokomotive"

Die Regierung Berlusconi war vor vier Jahren mit dem Programm einer massiven Senkung der Sozialausgaben angetreten. Letztlich sollte nur noch die geleistete Arbeit und keine Lohnnebenkosten mehr bezahlt werden. Dieses Projekt der gesellschaftlichen Restrukturierung beginnt nun offensichtlich Früchte zu tragen. Die Krise – die eher eine gesellschaftliche als eine ökonomische ist – erscheint immer klarer als weitere Bereicherung des reichsten Bruchteils der italienischen Bevölkerung und als Verarmung aller anderen sozialen Schichten. Seit Mitte der 90er Jahre ist der Anteil der Einkommen aus abhängiger Arbeit am Nationaleinkommen um zehn Prozentpunkte gesunken und der Anteil des Einkommens aus (mobilem und immobilem) Eigentum um ebensoviel gestiegen. Auch die Einkommen der sogenannten Mittelschicht sind zunehmend verfallen. Darüber hinaus ist das Bruttoinlandsprodukt in den letzten beiden Quartalen um 0,5 Prozent gesunken, was offiziell den Beginn einer Rezession anzeigt. Die Arbeitslosigkeit liegt knapp über acht Prozent und zwar einzig deshalb, weil nun auch in Italien nach dem internationalen Standard gerechnet wird. Von den 22 Millionen »Beschäftigten« sind 2,5 Millionen unterbeschäftigt – dank Gesetz Nr. 30, das nunmehr 40 verschiedene Arten der prekären Beschäftigung vorsieht. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf zwei Millionen geschätzt, wobei Hunderttausende, die die Suche nach einer Beschäftigung enttäuscht aufgegeben haben, gar nicht mitgezählt werden. Die zunehmende Prekarisierung der Arbeit zeigt sich auch daran, dass immer mehr Migranten aufgrund des Bossi-Fini-Gesetzes in irregulären Verhältnissen landen: Von den Ende 2002 regulisierten ImmigrantInnen waren ein Jahr später gerade noch 40 Prozent regulär beschäftigt.

Typisch für die aktuelle Krise des Nordostens ist die Provinz Vicenza. Durch Produktionsauslagerungen ist die Kurzarbeit von 700.000 Stunden im Jahre 2000 auf 2,8 Millionen im Jahr 2004 gestiegen: das bedeutet einen Anstieg um 898 Prozent in der Metallverarbeitung, um 194 Prozent in der Textilbranche und um 363 Prozent in der Lederverarbeitung (Schuhe und Gerberei). Die Zahl der

Italiens Nordosten in der Krise

ArbeitslosengeldempfängerInnen ist von 2003 auf 2004 um acht Prozent gestiegen, die der ArbeiterInnen, die Mobilitätsgeld bekommen, nur um ein Prozent. Für die vielen in Klitschen Beschäftigten aber gibt es weder Arbeitslosen- noch Kurzarbeitergeld. In allen Provinzen des Veneto wurden 2004 mehr Betriebe geschlossen als neu eröffnet. Gleichzeitig nimmt die Beschäftigung in der Großindustrie in ganz Italien seit Jahrzehnten beständig ab.

Innnerhalb weniger Jahre ist das Wirtschaftswunder des Nordostens an der Endstation angelangt, nachdem es ungebremst über die Landschaft hergefallen ist und zuerst die ansässigen ArbeiterInnen und dann die ImmigrantInnen aus Süditalien und der ganzen Welt ausgepresst hat. Im Veneto lagen die Löhne immer unter dem italienischen Durchschnitt, besonders für Frauen, die immer als Dienstmädchen der erweiterten Familie betrachtet wurden. Nur die extreme Ausweitung des Arbeitstags machte es ein paar Jahre lang möglich, Löhne zu bekommen, die den gesellschaftlich bestimmten Lebensbedürfnissen entsprachen.

Das Ausmaß der Implosion in Vicenza, der Provinz mit der dritthöchsten Industrieproduktion Italiens, zeigt sich in Zahlen am Einbruch der Exporte (um 21 Prozent in 2004 gegenüber dem Vorjahr). Selbst die Zahl von 4.500 durch Betriebsschließungen unmittelbar bedrohten Arbeitsplätzen, kann nicht vermitteln, wie groß die Perspektivlosigkeit ist. Die Unternehmer von Vicenza hatten immer nur eins drauf, nämlich die Intensität der Arbeitsleistung auszubeuten, die sie ihren Beschäftigten abpressten. Sie haben daraus ein Modell gemacht (*piccolo è bello*), zuerst auf dem Rücken der örtlichen Arbeiterbauern, dann auf dem der ArbeitsmigrantInnen und schließlich durch die Auslagerung nach Osteuropa (vor allem Rumänien) und Nordafrika, die immer größere Löcher in den lokalen Arbeitsmarkt reißt.

Die Krise zeigt sich daran, dass die bekanntesten Firmen der Provinz Vicenza ins Wanken geraten: *Marzotto*, eine Textilfabrik mit langer Geschichte, lässt in Valdagno nur ein paar Büros und ein paar Produktionslinien stehen, während 80 Prozent der Produktion im Ausland gefertigt und der Verwaltungs- und Finanzsitz nach Mailand verlegt wird. *Fiamm*, ein berühmter Hersteller von Autobatterien, droht als Folge von erfolgreichen Auslagerungsprozessen mit der Schließung des Werks in Montecchio Maggiore. *Pedrazzoli*, ein Metallbetrieb mit langer Tradition in Bassano, hat fast die gesamte Fertigung in die Tschechische Republik verlagert. *IAR* in Bassano, ein Hersteller von Kühlschränken mittlerer Qualität, macht alle paar Wochen ein paar Wochen Kurzarbeit. Und unzählige Klitschen schließen, weil ihnen die Konkurrenz der sogenannten Schwellenländer mit ausgereiften Fertigungsprozessen und unter westeuropäischen Bedingungen unerreichbar niedrigen Arbeitskosten – bisher der größte Standortvorteil der hiesigen Unternehmer – auf den Fersen ist.

Wir erleben einen Prozess extremer Polarisierung der sozialen Verhältnisse, bei dem der Reichtum – vor allem das Geld, der schon erwähnte nationale Privatbesitz, etwa das Siebenfache des Bruttoinlandsprodukts – sich zunehmend in den Händen einer Klasse konzentriert, die in Grundrenten investiert: Autobahnen, Telefonnetze, Immobilien und alles, womit man Geld verdienen (und waschen) kann, ohne sich der internationalen Konkurrenz zu stellen. Gleichzeitig sinken die Einkommen der Mehrheit, nicht nur der abhängigen Beschäftigten, sondern auch der kleinen Gewerbetreibenden, Selbständigen usw. Monat für Monat.

Wo all das hinführen wird, ist unklar: die Dynamik der Globalisierungsprozesse, in deren Rahmen sich die Krise des Veneto vollzieht, geht über die geopolitischen Grenzen des Veneto und auch Italiens weit hinaus. Die Betroffenen erleben eine ganz neue Situation: Das Leiden und die Angst von immer mehr Menschen erwecken gleichermaßen Sorge und Staunen, und Junge wie Alte erwartet eine unsichere Zukunft. So nötig es wäre, die Frage nach der Klasse zu stellen, so schwierig und ungewiss erscheint dies im Moment. Aber das betrifft ein bisschen den ganzen Kontinent und wird an anderer Stelle und bei anderer Gelegenheit zu diskutieren sein. *m.*

2002 wurde in Vicenza erfolgreich ein großer **MigrantInnenstreik** organisiert. (siehe dazu: *Wildcat-Zirkular* 64, www.wildcat-www.de/zirkular/64/z64itami.htm).

Devi Sacchetto: *Il Nordest e il suo Oriente. Migranti, capitali e azioni umanitarie.* Verona 2004 (Ombre Corte)

M.J. Piore, C.F. Sabel: *Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft*, Berlin 1985 (Wagenbach)

SOFI-Studie: »Il caso italiano and Globalization«, in: Michael Faust, Ulrich Voskamp und Volker Wittke (eds.): *European Industrial Restructuring in a Global Economy: Fragmentation and Relocation of Value Chains.* Göttingen 2004

Arbeitslosengeld bekommen alle Entlassenen, die mindestens zwei Jahre lang sozialversichert beschäftigt waren, neun Monate lang in Höhe von 50 Prozent des bisherigen Lohns, aber maximal 1200 Euro pro Monat.

Mobilitätsgeld wird gezahlt an alle Entlassenen aus Betrieben in der Krise mit mehr als 15 Beschäftigten nach einer bestimmten Beratungsprozedur und Übereinkunft mit der Gewerkschaft. Die Zahlung beträgt ungefähr 1200 Euro pro Monat über eine Zeitdauer von ein bis drei Jahren ja nach Alter der Beschäftigten. Mobilitätsgeld und Arbeitslosengeld schließen sich gegenseitig aus.

Wer ***Kurzarbeitergeld*** bekommt, gilt noch als beschäftigt, die Beschäftigung ist nur unterbrochen.

Neoliberalismus am Ende...

... hatten wir unsere Thesen zu Lateinamerika in der Wildcat 73 überschrieben. Zu optimistisch? Die Entwicklung seither scheint uns recht zu geben: Das »Donnerrollen der Unzufriedenheit« hat sich in den letzten Monaten in vielen Ländern Lateinamerikas in breite Bewegungen und Kämpfe verwandelt. Die Landlosenbewegung MST in Brasilien lässt sich nicht länger mit leeren Versprechungen auf eine gerechtere Landverteilung hinhalten; Ende April musste der ecuadorianische Präsidenten ins Exil ausgeflogen werden. Mitte Juni hat die EZLN in Chiapas einen »Roten Alarm« ausgerufen, um einen neuen »Schritt im Kampf« zu beraten. Wie werden sie – vor dem Hintergrund der jahrelangen »Pattsituation« – das »Donnerrollen« aus dem Süden diskutieren?

In Argentinien kehrt in einer Phase der Stagnation der Bewegung der Arbeiterkampf zurück (siehe den Artikel). In Bolivien hat die Bewegung, die seit 2000 jeden Versuch der Einbindung oder Institutionalisierung untergräbt, an Entschlossenheit und Breite zugenommen. Forrest Hylton beschreibt im folgenden Artikel die Situation Mitte Juni und macht eine erste Einschätzung – deshalb hier ein kurzer Rückblick:

Im April hatte der Kongress ein Gesetz verabschiedet, das die Förderung von Gas mit 18 Prozent Abgaben und 32 Prozent Steuer belegte. Das ging den Freunden der transnationalen Gasmultis zu weit, der Linken war es zuwenig. Sie fordert eine 50 prozentige Abgabe, da diese zu gleichen Anteilen von den bolivianischen Landesteilen verwaltet werden, während die Steuern beim Staat landen. Aber seit Anfang Mai sprengten die Kämpfe den Rahmen dieser technischen Debatten. Die Demonstrationen, Straßenblockaden und auch Besetzungen von Erdgasraffinerien eskalierten Anfang Juni in einer weitgehenden Blockade des Landes. In der ersten Juniwoche trat der Präsident zurück.

Der »Krieg ums Wasser« im Frühjahr 2000 war der Auftakt gewesen für die zunehmende Radikalisierung und Ausweitung der Proteste. Im April 2000 konnte in Cochabamba, der drittgrößten Stadt Boliviens, der Verkauf der Wasserversorgung an den US-amerikanischen Bechtel-Konzern verhindert werden. Im Februar 2003 musste nach einer Welle von Protesten die Erhöhung der Energiesteuern zurückgenommen werden. Im Sommer 2003 wollte der damalige Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada die Gasreserven an British Gas, Exxon-Mobile und die spanische Repsol verkaufen. Dagegen entwickelte sich ab September 2003 ein neuer Aufstand, auf den die Regierung Lozada mit Polizei und Militär reagierte. Der »Oktoberaufstand« war vor allem von den indigenen Bauern und ArbeiterInnen aus El Alto, eine Stadt von fast einer Million Menschen über der Hauptstadt La Paz und dem Hochland von Bolivien getragen worden. Es gab um die 60 Tote und hunderte Verletzte, Präsident Lozada floh nach Miami ins Exil, der neue Präsident Carlos Mesa versprach ein Referendum über die Zukunft des Gases für den Sommer 2004 und die Ausrichtung einer »verfassungsgebenden Versammlung« für 2005 (siehe dazu Wildcat 72).

Nach der Einsetzung des neuen Präsidenten in der ersten Juniwoche 2005 kam es zu einer Art »Waffenstillstand«. Seitdem häufen sich die linken »Einschätzungen«, dass es mal wieder nicht gereicht hat, wirkliche Veränderungen durchzusetzen, da die Linke zu zerstritten sei. Solche Kommentare sagen mehr über die Vorstellungen der Kommentatoren als über die Bewegungen aus. Die Bewegung in Bolivien entwickelt sich mit den Erfahrungen aus den Kämpfen der letzten Jahre. Das geht nicht gradlinig auf eine stabsplanmäßige Machteroberung zu. Nach wochenlangen Protesten sucht die Bewegung nach anderen Wegen als neuen Abstimmungen oder Referenden. Es wird sich zeigen, ob sich die kollektiven Erfahrungen, die Stärke der öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen, Besetzungen und Blockaden in Neuwahlen kanalisieren lassen.

»Sie können mich nicht zwingen zurückzutreten.«
Hormando Vaca Díez, 9. Juni, 2005

»Damit die Geschichte sich nicht wiederholt, trete ich vom verfassungsmäßigen Nachfolgerecht zurück.«
Hormando Vaca Díez, 9. Juni, 2005

Verschobene Agonie?
Patt in Bolivien

I. Am 9. Juni – einem der ereignisreichsten Tage der letzten Zeit in Bolivien – erlitt die seit 1995 regierende neoliberale Rechte schon ihre zweite historische Niederlage seit dem Sturz des Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada im Oktober 2003. Indigene Bauerngewerkschafter und Bergleute aus Oruro, Potosí und Sucre kamen zu Fuß und in Kleinbussen und kreisten die Plaza 25 de Mayo in Sucre ein, um zu verhindern, dass der Senatsvorsitzende Hormando Vaca Díez die Präsidentschaft des Landes übernahm. In La Paz – wo die Mobilisierung weiterging, wenn auch nicht ganz so intensiv – drückten anonyme Graffiti ein verbreitetes Gefühl aus: »Hormando ni cagando.«*

Mit der altbewährten Taktik des Stimmenkaufs versuchte Vaca Díez, eine parlamentarische Mehrheit aus diskreditierten und von der US-Botschaft gestützten politischen Parteien (ADN, MNR, MIR, NFR) zu schmieden. Der politische Berater der US-Botschaft, Eduardo Sffeir, wurde in Sucre mit Sánchez de Lozadas Schwiegersohn und wichtigstem Innenpolitiker Mauricio Balcazar gesehen. Während eines Treffens mit US-Bürgern erklärte Botschafter Greenlee, die US-Regierung unterstütze die verfassungsgemäße Präsidentschafts-Nachfolge. Evo Morales und der MAS bezeichneten dies als parlamentarischen Coup mit faschistischen Tendenzen.

Aufgrund der starken Mobilisierungen war das Parlament, das zum ersten Mal seit dem Beginn des Bürgerkrieges 1898 wieder in Sucre zusammenkommen sollte, nicht in der Lage zu tagen. Gewerkschaftlich organisierte Avasa-Arbeiter streikten, so dass die Flughäfen geschlossen waren und Vaca Díez nicht zurück nach Santa Cruz fliegen konnte, wo seine Anhänger aufgerufen waren, die Blockade zu brechen. Wie die meisten Distrikthauptstädte (Trinidad, Tarija) war Santa Cruz von außen umzingelt.

Das US State Department warnte vor einem Bürgerkrieg – verstärkt durch die internationale Presse von rechts, links und aus der Mitte – und empfahl die Evakuierung allen Personals außer einer Notbesetzung. Die spanische Botschaft plante

Der Artikel ist eine Übersetzung von *Agony postponed* von Forrest Hylton; Forrest Hylton arbeitet in Bolivien zur Geschichte Boliviens und veröffentlicht immer wieder Artikel zur dortigen Situation. Diese Artikel findet ihr z.B. auf *www.counterpunch.org* oder teilweise auf deutsch auf *www.zmag.de*

* ungefähr: »Hormando – nicht mal beim Scheißen.«

die Evakuierung von 3.600 Leuten. Auch der IWF versuchte angesichts der Flucht der imperialen Macht seine Leute herauszuholen. Außer den Bergleuten und Bauern auf dem Weg zu den Protesten waren fast im ganzen Land weder Waren noch Menschen unterwegs. Die geplanten Evakuierungen mussten aber abgesagt werden und Vaca Díez hatte keine andere Wahl, als sich in seinem Hotel in Sucre zu verkriechen, wo er eine Pressekonferenz gab und Mesa und Morales beschuldigte, sie hätten den Aufstand angezettelt, der ihn zwang, an diesem Ort zu sein.

II. Obwohl Mesa zurückgetreten war, dominierten er und Morales weiter die offizielle Politik in Bolivien. Am 7. Juni, nur einen Tag nach seinem Rücktritt, hatte Präsident Mesa eine wichtige Ansprache im Radio gehalten und gefordert, Vaca Díez sollte auf das Recht verzichten, sein Nachfolger zu werden. Natürlich hatte das seltsame Paar Mesa/Morales keine Aufstände angezettelt. Dennoch wurden in weniger als 24 Stunden in sieben der neun Regierungsbezirke über 100 Hungerstreiks begonnen, angeführt von den Bürgermeistern der großen Städte. Die über 700 Teilnehmer, fast alle aus der Mittelklasse, forderten die Verstaatlichung der fossilen Energievorkommen, den Rücktritt von Vaca Díez und Neuwahlen. Weder kommandierte Morales die radikalen Proteste, noch leitete Mesa die Hungerstreiks, von denen die meisten in seiner Heimatstadt La Paz stattfanden. Wie im Oktober 2003 handelte ein progressiver Teil der Mittelklasse im Gefolge der radikalen Proteste von unten und ließ noch ein paar Tropfen ins übervolle neoliberale Fass fallen.

Der Prozess des Zusammenkommens, der den Oktober-Aufstand so besonders gemacht hatte, wurde nur ganz am Ende von Vaca Díez' kurzzeitigem Ringen um die Macht sichtbar; er hatte diesmal keine große Chance. Da der Staat keine größere Gewalt anwandte, waren die Bande zwischen den progressiven Gruppen aus den Mittelklassen und den radikalen Kräften dünner und spannungsbeladener als im Oktober 2003. Außerdem organisierten andere Teile der Mittelklasse »Selbstverteidigungskräfte« gegen einen eingebildeten Feind, der sie überhaupt nicht direkt bedrohte. Diese »Selbstverteidigungskräfte« waren anfangs kaum mehr als 1.000 Leute, bekamen aber am 8. und 9. Juni raschen Zulauf.

Während beim Sturz von Sánchez de Lozada StadtteilaktivistInnen aus El Alto an der Spitze standen und von Bauern und Bergleuten unterstützt wurden, spielten letztere im Mai/Juni 2005 die Hauptrolle bei der Belagerung von La Paz und Sucre, und die Alteños konzentrierten sich auf einen Generalstreik, den sie fast drei Wochen halten konnten. Der Streik legte die Hauptstadt praktisch lahm: das Benzin ging aus und es kam zu drastischen Preiserhöhungen und teilweiser Nahrungsmittelknappheit. In den vordersten Reihen der Demonstrationen zur Plaza Murillo standen die, die am wenigsten mit der »bürgerlichen Ordnung« der Hauptstadt zu schaffen hatten, und ihre Wut traf bei den gut betuchten Einwohnern von La Paz, denen teilweise als Akt symbolischer Kastration die Schlipse abgeschnitten wurden, einen empfindlichen Nerv.

Die Zahl der Straßenblockaden durch die indigene Bauernbevölkerung nahm von Tag zu Tag zu: am 6. Juni waren es 61, am 7. Juni über 90, am 8. Juni 106 und am 9. Juni schließlich 119, obwohl keine einzelne politische Kraft oder soziale Bewegung sie steuerte. Der Rat der Guarani-Bevölkerung und indigenen Siedler besetzte sieben Gasfelder, die Repsol YPF (Chaco) und BP (Andino) gehören, und Bauern aus dem Hochland schlossen die Ventile von Pump-Stationen in Sayari (Cochabamba) und Sica Sica (La Paz). Nach Angaben des Chefs der Überreste des staatlichen Energieunternehmens YPFB drückten die Besetzungen in Los Penocos, Sirari, Vibora und Yapacani am 6. und 7. Juni die Ölförderung um 3.000 Barrel pro Tag. Der Börsenkurs von Repsol, einem spanisch-argentinisch-US-amerikanischen Konsortium mit einem Anlagevermögen von 1,2 Mrd. US-Dollar und einem Fördergebiet von 2.000 und einem Explorationsgebiet von 10.000 Quadratkilometern fiel um 1,4%.** Die Produktion von Zement und Bier, zwei der wenigen verbliebenen einheimischen Industrien, kam wegen der Besetzungen und Blockaden zum Stillstand.

Der gewaltlose aber kämpferische Protest hatte sich als ernsthafte Bedrohung der Reproduktion des Kapitals erwiesen. Die Rebellion war größer und stand auf einer breiteren Basis als jede andere seit dem Oktober 2003. Aber trotz des Zusammengehörigkeitsgefühls der indigenen Bauern und Bergleute gab es weder einen politischen Schwerpunkt noch eine Strategie für die Selbstverwaltung. Am 9. Juni stellte der radikal-populäre Block aus Bergarbeitergewerkschaft (FSTMB), regionalem Gewerkschaftsdachverband (COR), Bund der Nachbarschaftskommitees (FEJUVE), indigener Bauerngewerkschaft (CSUTCB-Túpac Katari) und nationaler Gewerkschaftsorganisation (COB) ein Fünf-Punkte-Programm auf. Auf einer Massenversammlung in den Räumen der FEJUVE wurde beschlossen, dass 1. El Alto zur »allgemeinen Kaserne der bolivianischen Revolution des 21. Jahrhunderts« erklärt wird; 2. als Instrument der nationalen Macht eine von den erwähnten Organisationen geleitete indigene Volksversammlung einberufen wird; 3. Selbstversorgungs-, Selbstverteidigungs-, Medien- und politische Komitees gegründet werden; 4. der Kampf für die Nationalisierung und Industrialisierung des Erdgases mit aller Kraft weiter geführt wird; 5. Volksversammlungen auf Regierungsbezirksebene unter Führung der regionalen Gewerkschaftsorganisationen (COR) einberufen werden; 6. Wahlen oder eine verfassungsgemäße Präsidentschaftsnachfolge abgelehnt werden.

Mit der Zeit wurde das politische Profil der radikalen Kräfte klarer, aber wie immer in Bolivien übertraf die Rhetorik das Handeln. Bei der Beratung über das Abschlussdokument waren weder der Chef der COR noch der Führer der FEJUVE anwesend; sobald sich Präsident Rodríguez am 12. Juni in El Alto mit Führern der Bewegungen getroffen hatte, waren außer den Aymara-Bauern alle damit einverstanden, die Mobilisierungen abzublasen. Das wichtigste an dem ASPO-Treffen und seinem Abschlussdokument war aber vielleicht, dass es die Tendenz hin zu einer größeren organischen Einheit zwischen Bergarbeitern, Alteños und Aymara-Bauern aus den Provinzen von La Paz ausdrückte, die an der Spitze des Kampfs gestanden hatten, der zum Sturz Sánchez de Lozadas im Oktober 2003 geführt hatte. Weniger klar war, ob es gelingen würde, klassen- und ethnienübergreifende Bündnisse auf der Basis von Maximalprogrammen zu schmieden, oder das revolutionäre Moment aufrechtzuerhalten.

Ohne den Druck durch diese Maximalforderungen hätte es wahrscheinlich aber nicht mal bescheidene Veränderungen gegeben. Mit einer verhüllten Drohung an den von Vaca Díez repräsentierten reaktionären Block erklärte der Chef der Streitkräfte, Admiral Luis Aranda, am Nachmittag des 9. Juni, »die Gesellschaft fordert tiefgreifende Veränderungen«. Die Erklärung des Militärs gab den Ausschlag gegen die Machtübernahme durch Vaca Díez, denn die aufständischen Bewegungen hätten sich nicht ohne Ausnahmezustand, das heißt ohne Unterstützung des Militärs »befrieden« lassen. Am gleichen Tag war Carlos Coro Mayta, ein 52jähriger Bergarbeiter-Anführer und Vater von vier Kindern in Salancachi, Chuquisaca bei einer Auseinandersetzung der Bergleute mit Polizei und Militär erschossen worden. Der ehemalige Präsident Carlos Mesa, der sich einen Platz in den Geschichtsbüchern sicherte, indem er es ablehnte, zur Aufrechterhaltung einer neoliberalen Ordnung, der er zutiefst ergeben war, staatliche Gewalt zu benutzen, hatte die Anwendung tödlicher Gewalt nicht genehmigt. Nach seinem Rücktritt mit dem Töten anzufangen, hatte wenig Sinn.

Vaca Díez gab zwar Mesa und Morales die Schuld an Coro Maytas Tod, aber Juan del Granado, der Bürgermeister von La Paz, machte Vaca Díez und seine »Todesmaschinerie« verantwortlich, und dasselbe sagten auch Morales, die Bergleute und die anderen sozialen Bewegungen in Bolivien. Die politische Polarisierung in einem sich ausbreitenden Vakuum und die zusätzliche staatliche Gewalt schwächten nur die rechten Kräfte des Südostens, die letztlich nicht in der Lage waren, ihren kollektiven Willen der Mehrheit aufzuzwingen, die ihr das Recht zu regieren absprach. Spät in der Nacht des 9.Juni versammelten sich Tausende von Bauern und Bergleuten auf der Plaza San Francis-

** In einem früheren Artikel habe ich gesagt, dass *Repsol YPF* seine Investitionen in Bolivien aussetze. Diese Entscheidung wurde korrigiert: am 8. Juni »untersuchte *Repsol* Investitionsmöglichkeiten«. Der Artikel beschrieb *Repsol* als eine von US-Aktionären dominierte Firma. Ihre Website gibt an, dass 27,1% der Anteile in Spanien liegen, 21,7% in den USA und 24,1% Investoren im Rest der Welt (v.a. Argentinien) gehören. Das führt zu der Frage: wem gehören die restlichen Anteile?

Quellen:
BBC Mundo, Bolpress, Canal Universitario, CNN en Español, privater Austausch mit Linda Farthing, The Financial Times, The Guardian (GB), Indymedia Bolivia, privater Austausch mit Tom Kruse, La Prensa, Narco News, The New York Times, Página 12, PAT, Radio Erbol, RPT, The Scotsman, Telepaís.

co in La Paz und der Plaza 25 de Mayo in Sucre und sahen ihrem Sieg entgegen. Viel mehr als die progressiven Teile der Mittelklasse hatten sie das politische Kräftegleichgewicht bestimmt, das Vaca Díez zwang, seine Worte zurückzunehmen. Als Vaca Díez am 9. Juni um 23.30 Uhr die Macht endgültig an Eduardo Rodríguez, den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes übergab, gab er sich keine Mühe, seine Wut zu verbergen. Zum Erstaunen aller schimpfte er aber auch auf die internationalen Finanzinstitutionen, die er als die Schuldigen an Boliviens Misere bezeichnete.

III. Die Möglichkeit einer neoliberalen Restauration in dem Land mit dem höchsten indigenen Bevölkerungsanteil Amerikas bestand weniger als eine Woche, denn kämpferische direkte Aktionen – Märsche, Blockaden, Besetzungen und Streiks – haben verhindert, dass sie Wirklichkeit werden konnte. Das Ausmaß der Mobilisierungen zwang das Militär, sich zu entscheiden, ob es die Proteste unterdrücken wollte, und da es das nicht wollte, hatte Vaca Díez keine Chance, Präsident zu werden. Der Interessenblock aus Santa Cruz, der auf eine Restauration aus war, hat seine materielle Basis im Soja-Anbau, Holz, Rindern und in geringerem Maße in der von multinationalen Konzernen kontrollierten Öl- und Gasförderung. Politisch unterstützten MIR, ADN, die mit Sánchez de Lozada verbundene MNR-Fraktion, das 'Bürgerkomitee' von Santa Cruz, Unternehmerverbände und die Multis Parlamentarier aus Santa Cruz, die mit allen Mitteln versuchten, die Diskussion der Oktober-Agenda [Verstaatlichung der Gasvorkommen, Asamblea Constituyente] zu behindern, um die Januar-Agenda [regionale Autonomie – Sezession] durchzudrücken.

Washington Consensus: Der Washington Consensus war eine Initiative für neoliberale Politik in Lateinamerika, die 1990 bei einer Konferenz in Washington, DC beschlossen wurde.

Die neoliberale Rechte aus dem Südosten des Landes war in zweifacher Hinsicht reaktionär: Erstens war die Januar-Agenda eine Antwort auf den radikal-populären Protest und die Organisierung in El Alto gegen den französischen Wasser-Multi Suez. Zweitens verteidigte sie einen rassistischen, nicht repräsentativen Status Quo zum Vorteil einer kleinen weißen Minderheit und zu Lasten der indigenen Mehrheit. Die Januar-Agenda, d.h. regionale Autonomie für die Region Santa Cruz (und damit auch Tarija), würde dafür sorgen, dass potenzielle Gewinne aus der Ausbeutung des Erdgases in den Händen der Multis und der Kompradoren-Oligarchie bleiben und nicht wie etwa in Venezuela in Infrastruktur, eine Landreform, Gesundheitsversorgung, Bildung und andere öffentliche Aufgaben (Wasser, Elektrizität, Gas, Abwasser) investiert werden. Es stellt eine bittere Ironie dar, dass die Eliten von Santa Cruz von den 50ern bis in die 70er Jahre hinein massive staatliche Subventionen für die Agrarindustrie kassiert, danach von den neoliberalen Reformen der 80er und 90er Jahre und seit 1999 von den großen Haushaltdefiziten und der steigenden Auslandsverschuldung profitiert haben. Eine unerwartete, aber vollständig absehbare Folge der neoliberalen Reformen war der Drogenboom, von dem die Eliten aus dem Tiefland viel mehr profitiert haben als die Coca-Bauern. Noch im Juni 2005 halluzierte Sánchez de Lozada, kolumbianische Drogenhändler, die nach Bolivien zurückkehren wollten, seien schuld an den regionalen, ethnischen und sozialen Spaltungen im Land.

Mehr als jede andere Partei symbolisierte der MIR mit seinen beständigen Verbindungen zum Drogenhandel (den narcovínculos) die »alte Korruption« der 80er und 90er Jahre. Einen besseren (und schlechteren) als Hormando Vaca Díez konnte die untergehende neoliberale Ordnung nicht finden. Obwohl die US-Botschaft die verfassungsgemäße Präsidentschaftsnachfolge wie gesagt unterstützte, war ihr möglicherweise klar, dass sie damit auf ein totes Pferd setzte. Die US-Regierung möchte ein »stabiles Investitionsklima« für das Ölkapital schaffen, und aufstrebende Herrscher wie Vaca Díez müssen beweisen, dass sie die nötigen Garantien schaffen können. Wenn nicht, entzieht das Imperium ihnen seine Unterstützung im Handumdrehen. Vaca Díez hatte sich stark überschätzt, aber vielleicht kann er noch seine Drohungen wahrmachen, die parlamentarischen Vorstöße zur Verstaatlichung und zur Asamblea Constituyente zu behindern. Er könnte sich also immer noch als nützlich für die Erhaltung des verschlissenen politischen Systems erweisen.

Vaca Díez' Rücktritt zeigte, wie sehr radikale, außerparlamentarische Mobilisierungen von unten, teilweise in Abstimmung mit der parlamentarischen Opposition, den Machenschaften der Eliten Grenzen setzen konnten. In diesem Sinne markierte er einen klaren Sieg für den radikal-populären Block, den wichtigsten nach dem Sturz von Sánchez de Lozada. Über Mesas Rücktritt kann man das nicht so sagen. Zwar wurde im Mai und Juni seine Regierungsunfähigkeit offensichtlich, aber es gibt keinen Grund, anzunehmen, dass die Wahlen im Dezember eine Lösung für die scheinbare Unmöglichkeit bringen, die gegensätzlichen Agenden vom Januar und vom Oktober zusammenzubringen. Die Koalition, für die Vaca Díez stand, hatte schon öfter Mesas Rücktritt gefordert und sah Neuwahlen als Möglichkeit, die Oktober-Agenda zu kippen.

IV. Seit Montag, dem 13. Juni waren die Proteste, Blockaden, Besetzungen und Märsche zwar vorerst ausgesetzt worden, aber die Forderungen nach Verstaatlichung der Erdgas- und -ölreserven und nach einer verfassungsgebenden Versammlung waren

nach wie vor nicht angegangen worden, und nichts deutete darauf hin, dass dies durch Wahlen geschehen würde. Falls die radikale Kreativität von unten sich durch Neuwahlen kanalisieren lässt, dann würde der MAS davon profitieren – auf Kosten der aufständischen sozialen Bewegungen, deren strategische Einheit wahrscheinlich auf der Ebene einer diffusen Sehnsucht ohne ein Programm für die Selbstverwaltung bestehen bleiben würde. Radikaldemokratische Energien ließen sich leicht in liberal-demokratische Bahnen lenken (mit dem Versprechen, dass sich unter Führung des MAS die liberale Demokratie eines Tages in eine radikale Demokratie verwandle). Aber das wäre wahrscheinlich nur vorübergehend, denn bislang hat sich das Parlament unfähig gezeigt, Verstaatlichung oder die Asamblea Constituyente voranzubringen.

Das Parlament könnte zum abwesenden Zentrum werden, um das sich die Massenpolitik der Linken und der Rechten dreht. Die Exekutive wird ziemlich sicher noch schwächer sein als unter Mesa. Die neoliberale Rechte redet davon, in Santa Cruz ihr eigenes Autonomie-Referendum abzuhalten, wenn die Zentralregierung es nicht tut, und die indigen dominierte Linke des westlichen Hochlandes droht damit, ihre eigene Volksversammlung einzuberufen, wenn im Parlament keine größere, repräsentative Versammlung zustande kommt. Es könnten leicht alternative Pole von Souveränität entstehen, die die jetzt schon zerbrechliche Macht des Staates über die Zivilgesellschaft weiter schwächen. Wenn die Rechte bei ihrer Blockadetaktik bleibt, die sie in jüngster Zeit im Parlament angewendet hat, könnten radikale Kräfte von unten den Präsidenten dazu drängen, mit Verordnungen zu regieren. Präsident Rodríguez hat allerdings bereits erklärt, dass er in diesen Fragen nicht aktiv werden will und kein anderes Programm als die Abhaltung von Wahlen im Dezember hat. Das könnte zu wenig sein, um die Dynamik der politischen Polarisierung zu stoppen. Eher wird es die quälende Pattsituation verlängern, vor allem da auch der Kongress bereits erklärt hat, er werde sich weder mit der Januar- noch mit der Oktober-Agenda befassen.

Diese Situation erinnert an die UDP-Zeit, als Massenproteste gegen General García Meza, den letzten und kriminellsten der bolivianischen Militärdiktatoren eine Mitte-Links-Koalition an die Macht brachten. Die UDP startete mit einem national-populären Sieg, aber die Koalition zersplitterte schnell, Präsident Hernando Siles stand den zunehmenden Streiks isoliert und machtlos gegenüber.

Auf der Linken streikten Bergleute, Studenten und indigene Bauern und auf der Rechten das Bürgerkomitee von Santa Cruz und Unternehmerverbände. Unter dem Druck einer jährlichen Inflation von 24.000 Prozent war Siles gezwungen, vorzeitige Neuwahlen auszurufen, und Victor Paz Estenssoro, der »Vater« der nationalen Revolution von 1952, kam mit seiner Fraktion des zersplitterten MNR an die Macht. Paz Estenssoro einte die Eliten im ganzen Land und holte die Mittelklasse – darunter auch einen Großteil ihrer Progressiven – mit ins Boot. Er unterdrückte die Bergleute und vertraute die Ausarbeitung eines neoliberalen Entwurfes einem jungen, in den USA ausgebildeten Technokraten an: Gonzalo Sánchez de Lozada.

Die Parallelen sind so offensichtlich, dass man sie nicht hervorheben muss. Die Veränderungen sind nicht ganz so sichtbar, aber vielleicht umso bemerkenswerter. Als Paz Estenssoro Präsident wurde, hatte er ein enormes politisches Profil, ein Gott unter Sterblichen, und die MNR war, trotz ihrer internen Spaltungen, immer noch eine Partei mit einer gut geölten klientelistischen Maschinerie. Die Eliten waren vereint statt gespalten und es gab einen Reform-Entwurf, der Bolivien näher an den *Washington Consensus* brachte. Aufgrund der von der Santa-Cruz-Fraktion nur noch verschärften Zersplitterung der Eliten gibt es keinen mehrheitsfähigen Plan. Da aus den Bewegungen der Indígenas und Bauern die Caudillo-Politik kaum verschwinden wird, werden horizontale Bündnisse zwischen den Bewegungen sich gegen personenzentrierte Projekte durchsetzen müssen, wenn sie aus der Uneinigkeit der Eliten Nutzen ziehen wollen. Es gibt heute keine COB (die Gewerkschaft gleichen Namens ist nur ein Schatten ihres früheren Selbst), die die Differenzen zwischen den verschiedenen Sektoren, Regionen, Ethnien und Klassen innerhalb des radikal-populären Blocks entschärfen könnte. Die Bildung einer indigenen Volksversammlung wäre eine Entwicklung, die hoffen ließe, aber die Organisierungsanstrengungen, die nötig wären, um sie zu einem Erfolg werden zu lassen, könnten durch die Wahlen ins Leere laufen.

Die Protestpolitik in Bolivien ist zwar effektiver und – vor allem an der Basis – besser organisiert als sonst irgendwo in Lateinamerika, aber in einer Region, in der 220 Millionen Menschen in Armut leben, taugt sie kaum als Modell sozialer Veränderung. Trotzdem: in Lateinamerika zeigen sich im Moment die weltweit stärksten Tendenzen hin zu einem grundlegenden sozialen Wandel, und insofern werden die Ergebnisse in Bolivien uns eine bessere Vorstellung davon vermitteln, welche Erfolgschancen Volksaufstände in diesem Zeitalter permanenten weltweiten Krieges haben. Die Bedeutung der Kämpfe in Bolivien geht deshalb über ihre nationalen oder regionalen Schauplätze hinaus, sie ist global.

Forrest Hylton, 14. Juni 2005

Von Forrest Hylton erscheint demnächst bei *Verso* das Buch
An Evil Hour: Colombia in Historical Context.
Er ist auch Mitherausgeber von *Ya es otro tiempo el presente: Cuatro momentos de insurgencia indígena*, von dem demnächst die zweite Auflage ***Muela del Diablo*** erscheint.
Er ist per E-Mail unter forresthylton@hotmail.com erreichbar.

Argentinien

Die Rückkehr des *Arbeiter*kampfs

Ende 2001 jagte eine breite Bewegung in Argentinien mehrfach die Regierung aus ihrem Palast. Die Spaltung zwischen der Arbeitslosenbewegung der *piqueteros* und den sogenannten Mittelschichten wurde auf der Straße überwunden, und es entstanden neue Bewegungsformen: überall Versammlungen, die die Gesellschaftsordnung in Frage stellten, über ein anderes Leben diskutierten, und es von unten her aufbauen wollten.

Diese Bewegung stieß jedoch auf zwei schwerwiegende Grenzen: Zum einen traten die ArbeiterInnen nicht als Arbeiterklasse in den Kampf ein. Sie waren auf der Straße, bei den Demos und in den Stadtteilversammlungen zwar dabei – aber nach Feierabend. In den Betrieben rührte sich kaum etwas. An den prekären Rändern der Klasse gab es ein paar interessante neue Organisierungsversuche (wie z.B. bei den PraktikantInnen der Telefónica oder den Motorradkurieren mit ihrer unabhängigen Gewerkschaft SIMeCa). Betriebsbesetzungen breiteten sich als neue Form des Arbeiterkampfs aus, und ihr radikaler Flügel (»Brukman und Zanon unter Arbeiterkontrolle«) unternahm den Versuch, die Arbeiterbewegung von der Basis her zu erneuern, mit Koordinationstreffen und der Arbeiterzeitung *Nuestra Lucha*. Aber die ArbeiterInnen der Großbetriebe und die Masse der Lohnarbeitenden blieben diesen Versuchen fern. Die Kontrolle der peronistischen Staatsgewerkschaften über die ArbeiterInnen schien den Aufstand unbeschadet zu überstehen.

Zum anderen blieb der Aufstand in den Jahren 2002 und 2003 in den Nationalgrenzen gefangen – entgegen aller Hoffungen (und Sorgen der Kapitalisten), er könne sich wie ein Flächenbrand auf andere Länder in Lateinamerika ausbreiten. Hierzu haben verschiedene Faktoren beigetragen: die Politik des IWF, der mit neuen Krediten einen ähnlichen Kriseneinbruch in Uruguay und Brasilien verhinderte, die Pseudokonjunktur des Weltmarkts, die geschickte antiimperialistische Rhetorik Kirchners, dem es in relativ kurzer Zeit gelang, dem Staat und der politischen Elite wieder zu einem gewissen Ansehen zu verhelfen.

Die Bewegungen in Argentinien mit ihrer Parole »Que se vayan todos!« (Sie sollen alle abhauen) waren weltweit als Hoffnungsträger einer neuen sozialrevolutionären Antistaatlichkeit gesehen worden, aber nun schien wieder der Staat am Zug zu sein. Auf den Straßen wurde weniger demonstriert, viele Piquetero-Organisationen verhandelten mit der Regierung oder ließen sich von ihr instrumentalisieren, wie im Shell- und Esso-Boykott (s.u.). In den meisten besetzten Betrieben wurde kaum noch diskutiert und umsomehr gearbeitet, nachdem der Staat mit (vorübergehenden) Legalisierungsangeboten den Konflikt entschärft hatte. Kirchner konnte schon bald nach seinem Amtsantritt im Mai 2003 große Popularitätswerte und für 2003 und 2004 ein Wirtschaftswachstum von jeweils mehr als acht Prozent verbuchen.

Um so überraschender sind folgende Zahlen: 2004 wurden mit 226 Arbeitskonflikten doppelt so viele gezählt wie 2003. Allein im März 2005 wurden 88 Arbeitskonflikte registriert, eines der höchsten Niveaus von Konfliktualität seit der Rückkehr zur Demokratie (übertroffen nur von den Streiks gegen ein IWF-Sparprogramm 1988 und gegen

Zu den Organisierungsansätzen der prekären »PraktikantInnen« und der Motorradkuriere siehe die Artikel auf der Webseite im ***Dossier zu Lateinamerika,*** wo auch verschiedene Artikel zu Zanon, Brukman und besetzten Betrieben allgemein zu finden sind:

* *Studentinnen sind Praktikantinnen sind Arbeiterinnen – der Kampf bei Telefónica*
(aus Wildcat 66, Juli 2003)

* *Sofortige Festeinstellung von PraktikantInnen und Leiharbeitern!*
Interview zum Kampf der Prekären in den Call Centern des spanischen Multis Telefónica in Buenos Aires

* *Motorradkuriere in Buenos Aires – Die unabhängige Gewerkschaft SIMeCa*
Mitschrift einer Veranstaltung mit Gabriel von SIMeCa, Köln, September 2002
und ein weiterer Artikel zu SIMeCa aus der ILA 279, Oktober 2004
www.ila-web.de/artikel/ila279/gewerkschaften_arg.htm

die Hyperinflation 1990). Nach zwei Jahren von simuliertem Aufschwung und neoperonistischer Regierungspolitik meldet sich die Arbeiterklasse mit Lohnforderungen zurück.

Auf kontinentaler Ebene geht der Aufstand ebenfalls weiter: das in Argentinien erprobte Wegjagen von Regierungen wurde im April in Ecuador fortgesetzt, in den Straßen von Quito erschallte das »Que se vayan todos«. Der Präsident Nicaraguas konnte sich angesichts von heftigen Straßenprotesten und Rücktrittsforderungen nur knapp halten. In Bolivien wurde darüber diskutiert, dass anstelle der Rettung der parlamentarischen Demokratie jetzt der Aufbau von Selbstversorgungs- und Selbstverteidigungsstrukturen anstünde, der Präsident Mesa gab im Juni auf... Das ist noch keine revolutionäre Situation – aber Anzeichen dafür, dass die Beschränkungen der argentinischen »Que se vayan todos«-Bewegung von den proletarischen Bewegungen auf kontinentaler Ebene überschritten werden.

Bei Aufschwung: Streik!

Die Erfolgszahlen aus dem Wirtschaftsteil können nicht über die desolate Lage in Argentinien hinwegtäuschen. Die ArbeiterInnen und Arbeitslosen haben von dem ganzen Aufschwung allenfalls ein paar Krümel abbekommen. Nach offiziellen Angaben leben vierzig Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze; die Hälfte der ArbeiterInnen arbeitet schwarz, mit Löhnen, die kaum zum Überleben reichen (370 Pesos im Durchschnitt). Zwei Millionen Arbeitslose müssen weiterhin mit 150 Pesos aus den »Planes«, den staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen auskommen. Der Durchschnittslohn liegt bei 650 Pesos, noch unterhalb der offiziellen Armutsgrenze von 750 Pesos – in den neunziger Jahren lag er noch ein Viertel darüber. Die Abwertung des Peso 2002 führte zu großen Reallohnverlusten, besonders für die Staatsangestellten, deren Kaufkraft im Vergleich zum Dezember 2001 um fast dreißig Prozent gefallen ist.

Während die Kosten der Arbeitskraft sanken, sind die Unternehmergewinne unter der Regierung Kirchner um durchschnittlich zwanzig Prozent gestiegen. Die Großbetriebe konnten um ein Vielfaches höhere Gewinne einstreichen. Die Produktion wird hochgefahren, im Automobilsektor stieg sie in den ersten fünf Monaten des Jahres um 29 Prozent. Aber von der Million Arbeitsplätze, die 2003/2004 entstanden sind, sind mehr als vier Fünftel prekäre Beschäftigungen mit Niedriglohn.

In dieser Situation heißt es jetzt »ya basta« – es entsteht ein explosiver Lohndruck. Den Anfang machten die ArbeiterInnen der *Subte*, der U-Bahn von Buenos Aires, die ab November für 53 Prozent mehr Lohn gekämpft haben und im Februar schließlich 44 Prozent durchsetzen konnten. Große Mobilisierungen fanden quer durch die Provinzen im Öffentlichen Dienst statt. LehrerInnen fordern Lohnerhöhungen, Festeinstellung der Prekären und mehr Mittel für die Bildung. Im März kam es in der Provinz Salta beim Streik der Lehrer zu heftigen Auseinandersetzungen; Anfang Juni fanden in elf der 23 Provinzen Lehrerstreiks und Mobilisierungen statt. Im Gesundheitssektor geht es

Ein Interview mit Beto Pianelli, Delegierter der Subte-ArbeiterInnen, über die U-Bahn-Streiks, ihre Vorgeschichte und Organisierung sowie über den Versuch, über eine allgemeine Kampagne für den 6-Stunden-Tag eine neue kämpferische Arbeiterbewegung aufzubauen, hat nicht mehr ins Heft gepasst und ist nachzulesen auf www.wildcat-www.de

um ähnliche Forderungen. Die öffentlichen Krankenhäuser in Neuquén befinden sich seit neun Monaten im Konflikt und haben fünfzig Tage gestreikt. Im bekannten Kinderkrankenhaus Garrahan in Buenos Aires streikten die Beschäftigten im April für siebzig Prozent mehr Lohn. Auch städtische Angestellte, Bankangestellte und UnidozentInnen gehen vielerorts auf die Straße.

Und diesmal kommt die Bewegung auch in der Industrie an. Die ArbeiterInnen der Fisch-Industrie setzen im Mai nach 38 Tagen Streik eine Lohnerhöhung von dreißig Prozent durch. In vielen kleineren Fabriken kommt es ebenfalls zu Lohnkonflikten, von denen viele von der Presse verschwiegen werden. Im Mai streiken die ArbeiterInnen bei Ford, VW und DC im Großraum Buenos Aires für 2000 Pesos Grundlohn, eine Erhöhung zwischen 25 und 40 Prozent. Die Auto-Gewerkschaft *Smata* hatte seit 15 Jahren zu keinem Streik mehr aufgerufen. Nachdem sie bereits bei GM eine ähnliche Lohnerhöhung durchgesetzt hat, kündigt sie an, demnächst bei Renault und Toyota weiterzumachen. Im Juni erreicht die Streikwelle Córdoba (VW, Fiat, Iveco und Zulieferer). Córdoba ist das Zentrum der argentinischen Autoindustrie und war 1969 Schauplatz des *Cordobazo*, des Aufstands von ArbeiterInnen und StudentInnen, der als die lateinamerikanische Variante des Pariser Mai gilt und Auftakt für eine Welle von wilden Streiks und Fabrikbesetzungen war.

»eine Versammlungskultur, die schwer zu lenken ist«

Bedeutsam ist nicht nur die Anzahl und Breite der Konflikte, sondern vor allem die neue Qualität, die sich darin zeigt. Wo es zu offenen Kämpfen kommt, wird sofort die Brüchigkeit der alten Gewerkschaftsstrukturen sichtbar. Von unten entstehen neue Strukturen, die sich teils offen gegen die bürokratischen Apparate stellen und stattdessen auf Basisdemokratie setzen. Die neuen horizontalen Organisationsformen, die in der Bewegung von 2002 entstanden sind, wie Versammlungen, in denen offen diskutiert und entschieden wird, werden jetzt in den Betrieben und Behörden aufgegriffen. Spezialisten, Gewerkschaftsfunktionäre und Parteikader sind nicht mehr gerne gesehen. Stattdessen sind Selbstorganisierung und Eigenaktivität angesagt. Die neuen Delegierten handeln auf Anweisung und Mandat der Basisversammlungen. Staatliche Zwangsschlichtungen werden nicht beachtet, und die Gewerkschaftsführung kann sich kein Gehör mehr verschaffen. So erging es der Transportarbeitergewerkschaft UTA, die beim Streik der *Subte*-ArbeiterInnen das Ergebnis ausgehandelt hatte. Die ArbeiterInnen akzeptierten das Ergebnis – nicht aber, dass die Gewerkschaft an ihrer Stelle das Ende des Streiks verkünden wollte. Erst 18 Stunden später, nachdem in allen Bereichen die Versammlungen zugestimmt hatten, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Dieser Kontrollverlust der Gewerkschaften erschreckt (nicht nur) bürgerliche Kommentatoren. In der Tageszeitung *Clarín* war am 20. Mai im Editorial zu lesen: »Noch etwas hat sich geändert. Konflikte finden außerhalb der Gewerkschaften statt. Andere explodieren innerhalb des Gewerkschaftsrahmens, aber ohne auf die Führung zu hören. So entsteht eine Versammlungskultur, die schwer zu lenken ist. Die Gewerkschaft ist aber gerade entstanden, um der Versammlung den Garaus zu machen, um den Protest zu disziplinieren. Beim *asambleismo* gibt es keine Disziplin.« Das Gespenst des *asambleismo* geht um und weckt – je nach Standpunkt gute oder schlechte – Erinnerungen an die siebziger Jahre. Damals hatten ArbeiterInnen in einer Welle von Aufständen und Kämpfen Versammlungen und Basisdemokratie gegen den Gewerkschaftsapparat durchgesetzt. Die Militärdiktatur beendete diese Bewegung. Heute beschimpft Wirtschaftsminister Lavagna die neuen ArbeiteraktivistInnen als »Siebziger-Jahre-Populisten«. Die Bewegung bezieht sich dagegen positiv auf ihre kämpferischen Vorfahren. Gerade ist in Argentinien das Buch *Straßenkampf – Klassenkampf* von 1971 neu aufgelegt worden, in dem der *Cordobazo* untersucht wird. Die bekannte Rockgruppe *Attaque 77* hat das Stück *Setentistas* (Die aus den Siebzigern) auf ihrer letzten Platte den ArbeiterInnen von Zanon gewidmet.

Diese hatten als erste versucht, wieder eine antibürokratische Arbeiterbewegung zusammenzubringen. Sie haben nicht nur jede Menge Solidarität erfahren, sondern sich auch selbst überall solidarisch gezeigt, wo andere ArbeiterInnen oder Arbeitslose den Kampf aufgenommen haben. Diese gegenseitige Unterstützung hat sich mit dem *Subte*-Streik ausgeweitet und gefestigt. Bei dem 24-Stunden-Streik, mit dem der Konflikt gewonnen wurde, waren in den Momenten der Spannung, als die Geschäftsleitung (erfolglos) versuchte, trotz Streik eine U-Bahn auf den Weg zu bringen, *compañer@s* aus verschiedensten Sektoren vor Ort: von mehreren Krankenhäusern, Zanon, Eisenbahner, Justizangestellte, LehrerInnen – eine symbolische Unterstützung von großem Wert. Diese ArbeiterInnen besuchen sich gegenseitig auf ihren Versammlungen und organisieren Koordinationstreffen. Im April stand die U-Bahn wieder – nach einem Polizeieinsatz mit Verletzten und Festnahmen gegen die Beschäftigten der Luftfahrtlinie *Lafsa*, die gegen Privatisierung und Arbeitsplatzabbau

Mit Ausnahme weniger Betriebe, in denen neue Delegierte am Werk sind, blieben die Kämpfe in der Autoindustrie noch unter der Kontrolle der Gewerkschaft SMATA. Deren Vorsitzender José Rodríguez bedauert in einem Interview mit *Nuestra Lucha*, dass es nach 15 Jahren Verhandeln ohne Streik nun wieder zu einem solchen Kräftemessen kommen musste. (siehe www.nuestralucha.org)
Rodríguez ist seit Anfang der siebziger Jahre Vorsitzender von SMATA und war Zweiter Vorsitzender des Internationalen Metallarbeiterbundes IMB. In der Diktatur soll er gemeinsame Sache mit Militärs und Unternehmern gemacht haben, um oppositionelle Betriebsräte zum Schweigen zu bringen.
Ehemalige Arbeiter von Mercedes Benz Argentinien und Familienangehörige von 15 »verschwundenen« Betriebsräten werfen ihm vor, an deren Ermordung beteiligt gewesen zu sein. Trotz dieser Vorwürfe konnte er sich bis 2003 an der Spitze des IMB halten, protegiert vom damaligen IMB- und IGM-Vorsitzenden Klaus Zwickel.

Informationen zu den Verschwundenen von Mercedes Benz und dem Fall Rodríguez: www.labournet.de/branchen/auto/dc/ar/index.html

kämpfen, und aus Solidarität mit den Streikenden im Hospital Garrahan.

Mit den Lohnkämpfen haben ArbeiterInnen die Straße zurückerobert und greifen zu den Methoden der *piqueteros*: Am 1. Juni blockierten 4000 Autoarbeiter von Ford und VW im Rahmen ihres Streiks die Panamericana. In den Provinzen Neuquén, La Rioja, Chaco und Santa Cruz machten streikende Staatsangestellte die Straßen dicht. Auch die *piqueteros* machen wieder mehr Blockaden. Am 6. und 19. April fanden landesweite Protesttage statt, bei denen sich die Einheit zwischen *piqueter@s* und kämpferischen ArbeiterInnen bei gemeinsamen Blockaden und Forderungen ausdrückte. Am 12. Mai, dem dritten landesweiten Protesttag, waren 50000 Arbeitslose unterwegs, mit 60 Blockaden in 15 Provinzen. Sie fordern Arbeitslosenunterstützung für alle, Erhöhung auf 350 Pesos, Arbeitsplätze statt Beschäftigungsmaßnahmen und allgemeine Lohnerhöhung.

Regierung Kirchner: Rhetorik – Spaltung – Repression

Als Shell und Esso im März die Benzinpreise um vier Prozent erhöhten, griff Kirchner wieder zu radikaler nationaler Rhetorik. Er rief »das Volk« zum »nationalen Boykott« der Multis auf. Gruppen von *piqueter@s* postierten sich auftragsgemäß vor Tankstellen, deren Umsatz um bis zu 70 Prozent zurückging. Die Konzerne nahmen schließlich die Preiserhöhung zurück. »Das ist ein klarer Sieg für das argentinische Volk«, kommentierte Kirchner. Tatsächlich handelte es sich wohl eher um einen Sieg für den Präsidenten: staatlich vermittelte Preiskontrolle gegen die drohende Inflation, und nationale Mobilisierung statt drohendem Klassenkampf. In anderen Fällen verhandelte die Regierung direkt mit der Industrie, um die Preise im Griff zu behalten – mit den Unternehmerverbänden der Rindfleisch-, Milch- und Käse-Industrie.

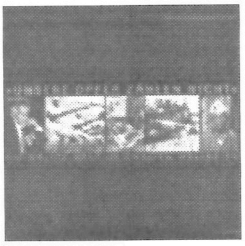
Nachdem die Forderung nach einer Erhöhung des Mindestlohns laut geworden war, wurde er im Juni von 450 auf 630 Pesos angehoben. Damit liegt er immer noch unter der Armutsgrenze, und begünstigt sind nur die Niedriglohnverdiener im formellen Sektor, etwa eine Million ArbeiterInnen, nicht aber die Masse der SchwarzarbeiterInnen. Die Kluft wird sich weiter verschärfen. Die Mittelschichten konnten durch Steuererleichterungen und billige Kredite ihren Konsum wieder ausweiten; der Autoabsatz ist im ersten Quartal 2005 im Vergleich zum Vorjahr um vierzig Prozent gestiegen. Kirchner betreibt auf allen Ebenen eine geschickte Spaltungspolitik: »harte« und »weiche« *piqueter@s*, Mittelschichten, die ein wenig am Aufschwung teilhaben dürfen und die Masse der VerliererInnen, die mit Repression ruhig gehalten werden sollen.

Die Knäste in Argentinien sind überfüllt: saßen 1990 noch 83 pro 100000 EinwohnerInnen im Knast – in etwa europäischer Durchschnitt – so sind es inzwischen fast 200. 62 Prozent der Gefangenen sitzen ohne Urteil. Im letzten Jahr wurden fast vierzig Menschen nach Demonstrationen eingeknastet; sechzehn von ihnen sitzen immer noch. Viertausend AktivistInnen haben Strafverfahren laufen, bei denen es ebenfalls um viele Jahre Knast geht. Zanon ist als einziger besetzter Betrieb immer noch nicht legalisiert und somit weiterhin von Räumung bedroht. Gegen die Lohnforderungen werden immer wieder Polizei, Gummigeschosse und Tränengas eingesetzt, wie im März in der Provinz Salta oder Ende Mai gegen LehrerInnen und GesundheitsarbeiterInnen in Neuquén. Ob es der Regierung mit solchen Methoden gelingen wird, die Lohnforderungen zum Schweigen zu bringen, ist allerdings fraglich. Am Tag nach der Repression gingen in Neuquén 8000 Leute auf die Straße, so viele wie im ganzen Jahr noch nicht. Und in diesem und dem nächsten Jahr werden etwa 120 Tarifverträge auslaufen. ■

Siehe den Artikel *Die Gefangenen des Herrn K.* in der ILA 286, Juni 2005 oder auf *www.wildcat-www.de*

»Unsere Opfer zählen nicht«

Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg



Rheinisches JournalistInnenbüro
»Unsere Opfer zählen nicht« – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg.
Hrg. von Recherche International e.V.

Berlin, März 2005
(Assoziation A)
ISBN 3-935936-26-5
444 Seiten mit 400 Fotos und 10 Karten
29.50 Euro

»Wir brauchen hier wesentlich mehr als Repression«

So die hilflose Antwort des Chefs der französischen Kolonialpolizei 1931 in Indochina auf die – trotz massiver Niederschlagung von Streiks, Aufständen und Unruhen – wachsende antikoloniale Organisierung. Erst als das mit dem faschistischen Deutschland kollaborierende Regime von Vichy neun Jahre später das Kommando übernahm, gab es für die Kolonialherren wieder militärische Sicherheiten und wirtschaftliche Perspektiven.

Anfang der 30er Jahre hatte sich die Situation in vielen Kolonien ähnlich zugespitzt. Die koloniale Weltordnung der imperialistischen Mächte (an der Spitze das British Empire) wurde von ihren sozialen Widersprüchen auch in der Peripherie bedroht, die lokalen sozialen Konflikte waren nicht mehr lokal zu beherrschen. Es bestand die Notwendigkeit, diese in einem größeren, aufgesetzten, diktierten Krieg ersticken zu lassen. Antikoloniale Bewegungen befanden sich jetzt nicht mehr im Kampf gegen die jeweilige Herrschaft vor Ort, sondern mitten im Weltkriegsgeschehen. Der Krieg zwischen den europäischen Kolonialmächten wurde auf die ganze Welt übertragen. Rohstoffe, Rüstungsprodukte, Soldaten und die Sicherung vor Ort traten in den Mittelpunkt. Der Zweite Weltkrieg: eine Antwort auf die internationalen Arbeiterkämpfe, die kommunistische Entwicklung, die antikolonialen Bewegungen.

65 Jahre später erscheint zum Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus *»Unsere Opfer zählen nicht – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«*. Das Buch ist eine umfassende, weltweite historische Ausarbeitung, ein detailliertes Nachschlagewerk mit nie gehörten Geschichten und einer Vielzahl von Fotos. Vor dem Hintergrund dieser aufwändigen Recherche wird der Kampf um die hegemoniale Vormachtstellung im zwanzigsten Jahrhundert begreifbar. Das weltweit immer wiederkehrende Muster des Ausdifferenzierens der unterschiedlichen Ethnien, Religionen oder politischen Gruppierungen, der Militarisierung und Industrialisierung, verbunden mit dem Abschlachten von Rekruten, ZwangsarbeiterInnen, Zwangsprostituierten und Kindern beschreibt die Kriegsführung nach unten – die gewaltvolle Zerstörung des Sozialen nach dem Versuch im Ersten Weltkrieg, die Befreiungsbewegungen zu nationalisieren.

Der Titel und die Einleitung des Buchs irritieren angesichts der Thematik, da Gedenken, Entschädigung und Opferanerkennung im Mittelpunkt stehen. Nach jahrzehntelanger systematischer Nichtbeachtung ist dieser Schwerpunkt allerdings verständlich. Zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen beleuchten diese verdrängten Seiten des Zweiten Weltkriegs.

Weltweite Kämpfe – Weltweiter Krieg

Mitte der 30er Jahre: mit ihren Kolonialplänen versuchen Nazis und Faschisten, an den bröckelnden kolonialen Strukturen festzuhalten. Gleichzeitig vernetzen sich weltweit ArbeiterInnen in den internationalen Brigaden im Kampf gegen die Franquisten. Sie kämpfen in Spanien und den spanischen Kolonien, und während aus dem Bild »Kolonialherren unterdrücken Kolonialisierte« ein Klassenbild erwächst, entwickeln sich die Kolonien zum Menschen- und Rohstofflieferanten im globalen Kapitalismus.

Italien überfällt 1935 Äthopien, und die Briten lassen einen Giftgaskrieg zu, um das bislang nicht kolonialisierte Land kontrollierbar zu machen. Die Nazis entwickeln neue Pläne für Europa und Afrika. Nachdem 1939 das Vichy-Regime kollaboriert, steht ein Teil der französischen Kolonien auf der Seite der Deutschen, und Afrika wird zum Schauplatz neuer faschistischer Großmachtträume und alter französisch-britischer Kolonialsicherungen. Im Mittelpunkt stehen die LandarbeiterInnen, die auf die vergleichsweise hohen Löhne als Kolonialsoldaten angewiesen sind.

Die Pläne der Nazis und die faschistische Ideologie können dort greifen, wo sie sich mit antikolonialer Organisierung decken. Das ist nicht überall der Fall – teilweise kämpfen die antikolonialen Gruppen im Untergrund weiter oder verbünden sich wieder mit den alten Mächten. Das Afrika-

Kapitel ist das umfassendste, und durch die zahlreichen Interviews gibt es einen guten Blick auf die Widerstände und Verweigerungen der AfrikanerInnen, sowie auf deren Erlebnisse in Europa.

Südamerika erlebt den Spanischen Bürgerkrieg einerseits als Schlüsselereignis, da er deutlich macht, dass es in der einstigen Kolonialmacht Spanien ebenfalls Unterdrückte und Ausgebeutete gibt, viele SüdamerikanerInnen schließen sich den *Internationalen Brigaden* an. Andererseits war Nazideutschland in den 30er Jahren der wichtigste Handelspartner vieler südamerikanischer Staaten, und die USA konkurrierten um Einfluss und den ersten Platz als Handelspartner. Das nationalpopulistische Brasilien mit guten Beziehungen zu Nazideutschland tritt im Handel mit Baumwolle direkt in Konkurrenz zu den USA. Angewiesen auf ein Bündnis mit den lateinamerikanischen Staaten geraten die USA so unter Druck, dass sie 1938 amerikanische Ölkonzerne im Stich lassen, als die Linksregierung in Mexiko das Öl verstaatlicht.

Das breite Blickfeld fehlt beim Abschnitt über den Nahen Osten. Der weltpolitische Kontext der JüdInnen und Juden und der Gründung des Staates Israel wird genauer betrachtet, aber es bleibt bei einer Sichtweise von oben.

Die Dimension der faschistischen Ideologie wird erst durch das Bündnis der Achsenmächte (Deutschland, Italien, Vichy-Frankreich, Japan) und den japanischen Feldzug in Asien deutlich. Japan war erst Ende des 18. Jahrhunderts durch Druck der USA für den Weltmarkt geöffnet worden und auch hier kam es in den zwanziger Jahren zu einem kurzzeitigen Anwachsen der Arbeiterparteien und Bauernbewegungen. In der Weltwirtschaftskrise erstarken jedoch die faschistischen und chauvinistischen Kräfte. 1936 besiegeln Deutschland, Italien und Japan ein Bündnis gegen die Sowjetunion, 1937 überfällt Japan China. Die Kommunisten in China sind damals nur auf dem Land vertreten, da sie auf die Landarbeiter anstelle des Proletariats setzen. Die Japaner überfallen China ohne Gegenwehr der reaktionären Regierung. Durch unvorstellbare Zahlen wie 21 Mio. Tote allein in China und 200000 Zwangsprostituierte in der japanischen Armee wird klar, wie die faschistischen Militärführungen mit Massenexekutionen, -vergewaltigungen und -rekrutierungen der Logik des Kapitals nicht widersprachen.

Das Kapitel »Philippinischer Widerstand« ist besonders hervorzuheben. Der Kampf der antijapanischen Guerilla, der von der Bevölkerung offen unterstützt wird, die gewaltige Zerstörung und Opferzahl und die Einbindung der USA zeichnen ein genaues Bild, wie es auf den Inseln im Indischen Ozean und dem Pazifik zugeht. Einige Stunden nach dem japanischen Angriff auf die US-Pazifikflotte Pearl Harbor beginnen auch die Angriffe auf die Phillipinen und damit vier Kriegsjahre zwischen zwei Militärmächten, an deren Ende 1945 Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fallen.

In allen von Japan eroberten asiatischen Ländern beginnt nach 1945 die Auseinandersetzung um die Nachkriegsordnung. Die alten kolonialen Strukturen können nicht gehalten werden und so werden als Puffer gegen Unabhängigkeitsforderungen alte japanfreundliche Kollaborateure in Ämter gehievt, Länder nach Religionen aufgeteilt (Indien – Pakistan), Stadtstaaten als Umschlagplatz für den Welthandel gebildet. Die USA schaffen es im Verlauf des Krieges, ein Monopol für Uran aufzubauen, was die Grundlage für ihre hegemoniale Vormachtstellung der neuen Atommacht wird. Es wird aber bis zum Verfall dieser Hegemonie dauern, bis die militärische Sicherung gerade im Pazifik abgeschlossen ist.

»Nach dem Krieg ist vor dem Krieg«.

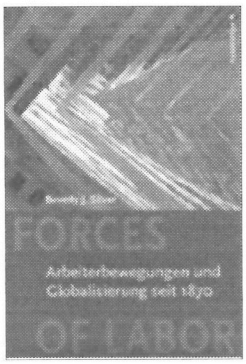
Der Krieg konnte zwar die antikoloniale Bewegung zunächst schwächen, entfesselte aber eine Dekolonisationswelle, in der die sozialen Forderungen in bürgerlichen Befreiungsbewegungen endeten. Unter den Soldaten kam es schon während des Kriegs immer wieder zu Streiks und Übergriffen auf Vorgesetzte. Es waren vorrangig die Kolonialsoldaten an den weltweit unterschiedlichsten Fronten, die die antikoloniale Stimmung schürten. Sie verstanden den Krieg als Gleichmacher zwischen »schwarzen« und »weißen« Soldaten und untereinander. Die vermeintliche Freiheit, verbunden mit der europäischen Erfahrung, widersprach der kolonialen Ideologie von Ober- und Untermenschen, und so konnten die kolonialen Strukturen ebenso wenig wie die Hegemonie des British Empire gehalten werden.

Das Buch geht sehr in die Tiefe, allerdings ist unklar, was für Fragestellungen im Mittelpunkt stehen. Es kommt zu keinem Resümee und somit fehlt auch die politische Positionierung oder der Versuch, diese aufwändige Recherche noch einmal auf den Punkt zu bringen. Im Gegensatz zu anderer Literatur, die es ermöglicht, den Krieg aus Sicht der sozialen Kämpfe zu sehen, bleibt es bei Informationen, die nebeneinander stehen. Das Buch lädt mit seinen vielen schön und übersichtlich präsentierten Details dazu ein, immer wieder in die Hand genommen zu werden. Die letzte Seite schreit aber nach einem zweiten Band und einer Positionierung, damit am Mythos vom »guten Krieg« nicht immer nur gerüttelt wird.

jot

Arbeiterunruhe im Weltsystem

Zwischenstand einer beginnenden Debatte



Beverly J. Silver
Forces of Labor – Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870.

Berlin – Hamburg 2005
(Assoziation A)
ISBN 3-935936-32-X
284 Seiten, 18 Euro

Nachdem im April das Buch *Forces of Labor* von Beverly J. Silver (siehe Besprechung in *Wildcat* 67) auf Deutsch erschienen ist, kam die Autorin Anfang Juni für eine Woche nach Deutschland, um ihr Buch vorzustellen und darüber zu diskutieren.

ArbeiterInnen auf der Suche – die »Entdeckung« von Macht

In den Veranstaltungen tauchte immer wieder die hier in der Linken stark diskutierte Frage der Prekarisierung auf: Können sich neue Kämpfe mit einem neuen Subjekt entwickeln, die die Grenzen der traditionellen Vergewerkschaftlichung sprengen, oder – so die »Postfordismus«-These – sind die neuen Arbeitsstrukturen und Beschäftigungsformen derart zersplittert, dass sie das endgültige Ende von Klassenbewegungen bedeuten? Silver hält es nicht für möglich, von heute aus solche Vorhersagen zu treffen. Sie wies aber auf eine Parallele hin: Auch zu Beginn der »fordistischen« Produktionsweise waren Linke und Sozialwissenschaftler überzeugt, dass das Fließband mit seinen multinational zusammengewürfelten Belegschaften den ArbeiterInnen jegliche Machtbasis entziehen und das endgültige Ende ihrer Bewegungen bedeuten würde. Erst *nachdem* die ArbeiterInnen in den Sit-Down-Streiks der 30er Jahre »entdeckt« hatten, dass sie mit dem Fließband als »kollektiver Gesamtarbeiter« über eine viel größere Macht dem Kapital gegenüber verfügten, weil es durch die arbeitsteilige Verkettung der Produktionsschritte ungleich verwundbarer durch kleinste Arbeiteraktionen geworden war, begannen auch die Linken und die Sozialwissenschaftler ihre Ideen über die neue Produktionsweise zu ändern. »Warum sollten wir in den nächsten Jahren nicht einen ähnlichen Perspektivenwechsel erleben, der dann auch die gesamte Einschätzung der Prekarisierung ändern würde?« Im Buch versucht sie, das mögliche Machtpotential der ArbeiterInnen in einigen ausgewählten Sektoren abzuschätzen. Bei genauerer Analyse stecke hinter dem oberflächlichen Anschein von Zersplitterung in vielen Fällen ein höherer Grad von Zentralisation des Kapitals. Auf den Veranstaltungen wies Silver auf die Grenzen theoretischer Vorhersagen hin. Letztlich komme es darauf an, ob und wie die ArbeiterInnen selber die Grundlagen ihrer Macht entdeckten: »Das ist ein Prozess des Experimentierens, des Ausprobierens.«

Kritik des Triumphalismus

Silver hält die *strukturelle* Macht der ArbeiterInnen aufgrund ihrer Stellung in der Produktion für geschichtsmächtiger als ihre auf Organisierung, Politisierung oder einem bestimmten Bewusstsein beruhende Macht (da sei ihre Sichtweise stark von Piven und Cloward geprägt). Aber trotz des optimistischen Grundtons, den viele in ihrem Buch entdecken, ist sie mit Vorhersagen über die gradlinige Weiterentwicklung dieser vom 19. zum 20. Jahrhundert definitiv gewachsenen Arbeitermacht vorsichtig geworden. 1984 hatte sie zusammen mit Giovanni Arrighi in dem Artikel *Labor Movements and Capital Migration* den Grundgedanken vom Anwachsen der weltweiten strukturellen Arbeitermacht entwickelt: Kapitalverlagerungen schwächen die Arbeiterklasse nicht als ganze, sondern nur lokal, und tragen durch die Verbreitung der neuen Produktionsweise dazu bei, dass die Arbeitermacht im kapitalistischen Weltsystem insgesamt zunimmt. Diese optimistische Einschätzung habe sich mit der schweren Krise der globalen Arbeiterbewegungen in den 90er Jahren nicht mehr halten lassen. Die Betonung der gegenläufigen, schwächenden Tendenzen, z.B. durch Spaltungen und Grenzziehungen, die gleichermaßen von oben wie aus der Arbeiterklasse selber kommen, sei eine selbstkritische Weiterentwicklung.

»Der finanzielle fix ist etwas völlig anderes ...«

Den Hauptgrund für die globale Schwäche der Arbeiterbewegungen sieht Silver aber in der Finanzialisierung des Kapitals seit den 80er Jahren (der »finanzielle fix«). Sie stellte das auf den Veranstaltungen besonders heraus, weil ihr schon nach den ersten Gesprächen aufgefallen war, dass die Darstellung im Buch dies nicht deutlich genug macht. Das vierte Kapitel, das ursprünglich etwa die Hälfte des ganzen Buches ausmachen sollte, sei zu konzent-

riert geworden. Sie kann aber auf das 1999 von ihr und Arrighi veröffentlichte Buch *Chaos and Governance in the Modern World System* verweisen, in dem die Bedeutung und Theorie der Finanzialisierung des Kapitals anhand von drei hegemonialen Übergangsphasen herausgearbeitet wird.

Im Gegensatz zu den anderen drei *fixes* (räumliche Verlagerungen, technologisch-organisatorische Umstrukturierungen und Wechsel des Kapitals in neue Industriesektoren), die als permanente Prozesse liefen, trete der finanzielle fix nur in den Umbruchphasen der globalen Hegemonie auf. Das Kapital ziehe sich dann teilweise aus Produktion und Handel zurück und könne – für einen begrenzten Zeitraum – »Gewinn« aus Finanzspekulationen und Vermittlungstätigkeiten erzielen. Die bereits absteigende hegemoniale Macht, also heute die USA, könne dadurch eine »Renaissance« ihrer dominierenden Stellung im Weltsystem bewirken, ihren endgültigen Niedergang aber nur hinausschieben, nicht verhindern. Während die ersten drei fixes die Arbeitermacht auf Systemebene nicht schwächten, sondern sogar zur Ausweitung der strukturellen Machtbasis der ArbeiterInnen führten, sei der finanzielle fix mit einer globalen Schwächung verbunden. Den Sozialwissenschaftlern, die deshalb das endgültige Ende der Arbeiterklasse als soziales Subjekt verkünden, hält Silver allerdings entgegen, dass der finanzielle fix temporär sei. Er könne zwanzig oder dreißig Jahre andauern, den Niedergang der Welthegemonie und die damit einsetzende Phase systemischen Chaos' aber nicht ewig hinausschieben. Heute sei es angesichts der riesigen Zahlungsbilanzdefizite der USA eigentlich schwieriger, zu erklären, warum die US-Wirtschaft und mit ihr die Weltwirtschaft noch *nicht* zusammengebrochen sei, als diesen Zusammenbruch zu prognostizieren.

Überraschende Ergebnisse

Auf Nachfrage berichtete Silver, ihre Datensammlung seit 1870 habe nicht nur ihre Annahmen bestätigt, sondern habe etwas Überraschendes und Erklärungsbedürftiges ergeben. Ihre Thesen zur tendenziellen Stärkung der Arbeitermacht durch räumliche Verlagerung und technische Umstrukturierung seien durch die Datensammlung im wesentlichen bestätigt worden. In der Kurve der weltweiten Arbeiterunruhe habe es aber zwei Spitzen gegeben: direkt nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg. Besonders die nach dem Zweiten Weltkrieg sei – vor allem in der Peripherie – höher und länger als erwartet gewesen. Daran sei ihnen klar geworden, wie wichtig der Zusammenhang zwischen Klassenkämpfen und Krieg ist. Dies sei der Anstoß gewesen, die Kämpfe der ArbeiterInnen nicht nur mit »ökonomischen« Entwicklungen, sondern auch mit den großen welt*politischen* Zyklen in Zusammenhang zu bringen.

Beverly Silver kam daher immer wieder auf die neue Kriegspolitik der USA zu sprechen. Sie verfolgt sehr genau die Entwicklungen im Irak und die Probleme, mit denen die USA dort konfrontiert sind. Vor allem gelinge es ihnen nicht mehr, genügend »Freiwillige« für ihre Berufsarmee zu finden. Und nun habe der verstärkte Einsatz von Werbeoffizieren an den Schulen dazu geführt, dass Eltern eine Kampagne von Gegenwerbern entwickelt hätten, die sich offensiv den Anwerbeversuchen entgegenstellten.

Die Veranstaltungstour

Einige grundlegende Fragen standen im Raum, blieben in den Veranstaltungen aber undiskutiert: etwa die Frage nach einem als spröde empfundenen Materialismus, der die Frage von politischer Organisierung oder Klassenbewusstsein scheinbar völlig ausklammert, oder die Frage, ob und wann der »historische Kapitalismus« möglicherweise auf sein historisches Ende als Gesellschaftsform stößt – was Beverly Silver als eine Möglichkeit andeutete, über die sich aber schwer spekulieren lasse.

Einige LeserInnen hatten sich irritiert geäußert, dass aus dem *Wildcat*-Umfeld ein eher akademisches Buch herausgegeben und beworben wird, in dem kein Wort von Revolution steht und das politisch extrem zurückhaltend ist. Auch das Herangehen an die Weltpolitik und die Weltgeschichte von einem »operaistischen« Ansatz, der die lokalen, oft kaum sichtbaren Arbeiterkämpfe mit den langfristigen Tendenzen auf weltpolitischer Ebene zusammenbringt, wirkt ungewohnt und sperrig. Die Diskussion um diesen Ansatz hat hier allerdings gerade erst begonnen.

Forces of Labor enthält viele Anregungen, wo theoretisch und in praktischer Untersuchung weiterzumachen ist. Diese Einschätzung hat sich in Silvers Vorträgen und Diskussionsbeiträgen bestätigt – sie hat Schwerpunkte verschoben, auf Probleme im Buch hingewiesen und ihre neue Beschäftigung mit China betont. Und vor allem hat sie immer wieder hervorgehoben, wie sehr die »Erkenntnisfortschritte« der Sozialwissenschaften auf der Entwicklung der Klassenkämpfe selber beruhen.

In den Veranstaltungen sprach die Autorin auch freimütig über Mängel der Darstellung und die Entwicklung ihrer Ideen in einem Prozess der »ständigen Selbstkritik« (schade, dass darauf im Buch kaum eingegangen wird, denn das hätte einige der zentralen Gedanken verständlicher gemacht).

c+r

Frances Fox Piven, Richard Cloward, *Aufstand der Armen,* Frankfurt 1986.

Piven und Cloward haben an vier sozialen Bewegungen der USA herausgearbeitet, dass Organisationen im Gegensatz zur Behauptung vieler Linker nicht die Voraussetzung von Kämpfen sind, sondern nur das Erbe oder die Versteinerungen von sozialen Aufständen und Bewegungen.

Giovanni Arrighi hat in der *New Left Review Nr. 32/33* einen neuen Artikel *»Hegemony Unravelling«* über den Niedergang der amerikanischen Hegemonie veröffentlicht, in dem es auch um das Andauern des »Vietnam-Syndroms« geht.

Beverly J. Silver, *Arbeiterbewegung, Krieg und Weltpolitik: Die gegenwärtige Dynamik aus welthistorischer Perspektive,* Vortrag in Linz, September 2003

Arbeitsprozess und operaistische Theoriebildung

Steve Wright
Den Himmel stürmen. Eine Theoriegeschichte des Operaismus

Hamburg – Berlin 2005
(Assoziation A)
SBN 3-935936-24-9
280 Seiten, 18 Euro

Im Mai 2005 ist mit *Den Himmel stürmen* von Steve Wright die erste umfassende Darstellung der operaistischen Theoriebildung auf Deutsch erschienen. Neun Kapitel spannen den Bogen von den Anfängen der Arbeiteruntersuchung in Italien Ende der 50er Jahre bis zum »Niedergang des Operaismus« Ende der 70er, ein kurzes »Schluss«kapitel und ein Nachwort für die deutsche Ausgabe resümieren Stärken und Schwächen des Operaismus.

Steve Wright behandelt die operaistische Theorie des Klassenkampfs anhand ihrer Texte. Mit großer Übersicht stellt er Erkenntnisse und Durchbrüche des Operaismus spannend dar:

+ ***Planstaat*** (S. 55-57)

Im Gefolge der deutschen Sozialdemokratie hatte Lenin eine Lesart des »Marxismus« vorherrschend gemacht, wonach Kapital und Plan sich ausschließen und der Sozialismus als wissenschaftlich organisierter Arbeitsprozess (wie Lenin ihn im Taylorismus verwirklicht sah) plus gesellschaftlicher Planung (Überwindung der »Anarchie des Marktes«) vorgestellt und propagiert wurde. Panzieri zeigte, dass die Fünfjahrespläne aus der Sowjetunion keine »sozialistische« Gesellschaft machten, in Wirklichkeit sei sie kapitalistisch und ihr »Marxismus« zu einem »apologetischen Denken« verkommen. Planung und Kapitalismus schließen sich keineswegs aus.

+ ***Maschinerie*** (S. 52-54; auf S. 54 auch wichtige Kritiken an Panzieri)

Bereits zuvor hatte Panzieri das damals unter den meisten Marxisten vorherrschende Verständnis kritisiert, die kapitalistische Technologie sei etwas Neutrales. Was die Parteimarxisten und Gewerkschafter als »technologische Rationalität« anzuerkennen bereit waren, demaskierte Panzieri als »kapitalistischen Despotismus«, Kriegsmittel zur Niederschlagung von Arbeiteraufständen und zur Unterwerfung der lebendigen Arbeit. Der »technologische Angriff« konsolidiere die politische Macht des Kapitals, gleichzeitig stärke er aber auch die potentielle Macht des Gesamtarbeiters. Erst mit diesem theoretischen Durchbruch überwanden die *Quaderni Rossi* (trotzkistische) Vorstellungen wie »Arbeiterkontrolle« der Fabriken usw. Der qualitative Sprung wird deutlich, wenn man die Untersuchung bei Fiat mit der Untersuchung bei Olivetti vergleicht. [»Organische Zusammensetzung des Kapitals und Arbeitskraft bei Olivetti«; siehe http://www.wildcat-www.de/thekla/05/t05_oliv.pdf] Indem die Untersuchung den Antagonismus im Arbeitsprozess bis in seine Verästelungen verfolgt, erfasst sie die technische Zusammensetzung der Arbeiterklasse in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit: die ArbeiterInnen sind gleichzeitig Subjekte und gefangen in ihrer Atomisierung.

+ ***die Klasse ist Teil des Kapitals*** (S. 56-70)

Bei Fiat (»Die neuen Kräfte bei Fiat«) hatte Alquati noch nach der kollektiven Arbeiterintelligenz gesucht, welche die Produktion selber leiten kann. Erst bei der Olivetti-Untersuchung hatte er die Begrifflichkeit der »technischen Zusammensetzung der Arbeiterklasse« zur Verfügung und untersuchte nun die Verhaltensweisen der ArbeiterInnen, die offizielle Vorschriften übertreten (müssen), um den Arbeitsprozess überhaupt bewältigen zu können. Anhand dieses Widerspruchs ging er der Frage nach, wie die ArbeiterInnen die ihnen vom Kapital aufgezwungene produktive Kooperation umdrehen und als ihre eigene, kollektive Macht erkennen können.

+ ***Arbeiteruntersuchung***

Den Begriff Klassenzusammensetzung macht Steve Wright zum roten Faden des Buchs. Leider hat Negri seit den 70er Jahren diesen Begriff als eine Art Dietrich bekannt gemacht, mit dem die

Intellektuellen gleichsam magischerweise befähigt wären, aus der technischen eine politische (Neu-) Zusammensetzung »herzustellen«. Der größte Fehler des Operaismus ist sicherlich in dieser Avantgarde-Konzeption zu suchen, die zur »bewaffneten Partei« verlängert wurde. Sergio Bologna kritisierte 1979, dass »der primäre Bezugspunkt von ... Potere Operaio immer die bewaffnete Partei war und weniger die Zusammensetzung der Klasse« (im Buch zitiert S. 158).

Steve Wright tendiert aber dazu, diesen Fehler zu entschuldigen und als »offensichtlichen Mangel« des Operaismus dessen »zu engen Blickwinkel auf den ›unmittelbaren Produktionsprozess‹ (Marx) als entscheidendes Terrain der Erfahrungen und Kämpfe der Klasse« hervorzuheben. Das hängt damit zusammen, dass er die politischen Erklärungen für bare Münze nimmt – und auf die Untersuchung des Arbeitsprozesses gar nicht eingeht. Er führt die beiden Untersuchungstexte von Alquati auf 13 Seiten kenntnisreich ein (S. 57-70), behandelt aber lediglich ihre theoretischen Implikationen und Grenzen. Logisch in einem Buch, das die Theoriegeschichte des Operaismus behandelt. Damit bleibt der Begriff Klassenzusammensetzung nebulös, und bei seinem Versuch, ihn für die heutige Praxis zu aktualisieren, bohrt Steve Wright die Begriffe theoretisch so weit auf, dass sie ihren Gehalt verlieren (etwa die Behauptung, Mehrwert könne auch außerhalb der Produktion erzeugt werden – S. 147).

Zur Analyse von Arbeitsprozessen ist der Ansatz »Klassenzusammensetzung« nach wie vor unübertroffen (nicht nur von Fabrikarbeitsprozessen, die OperaistInnenen haben sich schon Anfang der 70er mit Angestelltenarbeit, Technikerarbeit, Tertiarisierung und Hausarbeit beschäftigt!). Das möglich gewordene neue Verhältnis zwischen Theorie und Praxis ist der wichtigste Bruch des Operaismus mit der offiziellen Arbeiterbewegung, die sich die Beziehung zwischen den die Theorie verkörpernden Intellektuellen und der Arbeiterklasse nur auf der Ebene des Apparats oder der Ebene des Bewusstseins vorstellen kann. Aber es war immer umstritten, wie sich diese *Möglichkeit* in revolutionäre »Politik« umsetzen lässt. *Quaderni Rossi* selber zerfiel diesbezüglich schnell in mehrere Fraktionen; einige gingen in die (1) KP zurück, andere arbeiten (bis heute!) für die (2) Gewerkschaften, wieder andere sehen die eigene Rolle als (3) »Briefträger für die ArbeiterInnen«. *Potere Operaio*, laut Steve Wright »buchstäblich die Verkörperung des klassischen Operaismus« (S. 144), verkehrte wesentliche »operaistische« Erkenntnisse ins Gegenteil und ging als (4) ultra-leninistische Organisation völlig an den Kampfformen und Bedürfnissen der damaligen Klassenzusammensetzung vorbei. Im Buch wird auch mit (5) Negris Abenteurertum in den 70er Jahren abgerechnet, der im Kostüm von Klassenzusammensetzung (»gesellschaftlicher Arbeiter«) seine Träume als Wirklichkeit ausgab.

1), 2), 4), 5), die vielen Parteiaufbauer der 70er Jahre und die heutigen »widerstandsebenenübergreifenden Netzwerke« haben mindestens einen Punkt gemeinsam: sie stellen sich die Emanzipation der Menschheit als das kontinuierliche Anwachsen der eigenen Organisation vor. Helmut Höge formulierte in der *jungen Welt* vom 3. März 2005: »ein Klein-Werden schaffen! Mit dieser französischen Formel war einmal zweierlei gemeint: Zum einen sollten die Aktivistengruppen nicht ständig danach trachten, größer zu werden, und zum anderen sich bemühen, ihre sozialen Zusammenhänge dergestalt zu erweitern, dass sie darin aufgehen, um tendenziell sogar zu ›verschwinden‹, d. h. sich schließlich mit nahezu jedem identifizieren zu können.« Mit dem Instrumentarium der »Klassenzusammensetzung« ließe sich diese »französische Formel« als revolutionäre Klassenpolitik buchstabieren – »Politik« im traditionellen Sinn aber wahrscheinlich gar nicht machen; und das ist auch gut so!

Die Grundgedanken des Operaismus: Kritik der kapitalistischen Maschinerie; solange es Ausbeutung gibt, liegt der wesentliche Antagonismus im Arbeitsprozess; militante Untersuchung der Klassenzusammensetzung; Kritik aller Institutionen ... gehörten zum Handgepäck aller revolutionären Generationen seither. Und diese haben jede Menge Erfahrungen dazu beigetragen, wie sich das etwas beamtenmäßige von 3) ebenfalls kritisieren und überwinden lässt.

Von einigen Übersetzungsfehlern abgesehen, haben die HerausgeberInnen der deutschen Ausgabe gute Arbeit geleistet, unter anderem haben sie ein kleines Glossar angefügt und erklären die wichtigsten Begriffe und Zusammenhänge in Fußnoten. Sie verweisen nicht nur auf die bereits auf Deutsch vorliegenden Texte, sondern haben hin und wieder die damalige Übersetzung auch zu »überarbeiten« versucht (es gibt viel mehr operaistische Texte auf Deutsch als auf Englisch; sie wurden allerdings zu Beginn der 70er meist sehr hastig und schematisch übersetzt, deshalb ist dieser Versuch sinnvoll).

Steve Wright widerspricht explizit einer Interpretation seines Buchs ›militante Untersuchung war zu Zeiten des Massenarbeiters richtig, funktioniert aber heute nicht mehr‹. Genau das Gegenteil habe er sagen wollen. Darüber hatten wir bereits in der *Wildcat* 70 diskutiert (»Storming Heaven Part I«). – und an diesem Punkt wollen wir im nächsten Heft in den zweiten Teil des Interviews einsteigen. Bis dahin solltet Ihr alle das Buch lesen. Anfuttern könnt Ihr hier: *jaa*

www.wildcat-www.de/dossiers/operaismus/Wright_Himmel_07.pdf

und hier

http://www.wildcat-www.de/dossiers/operaismus/operaismus_dossier.htm

findet Ihr weitere Texte zum Thema.

aus *Karlsruher StadtZeitung* / *Wildcat* Nr. 33 (1984) und Nr. 34 (1985)

Best-of-reloaded bezieht sich diesmal direkt auf zwei Artikel in diesem Heft: Die Besprechung des Buchs von Steve Wright (»Arbeitsprozess und operaistische Theoriebildung«) und auf die Geschichte und das Interview zum Hausgerätewerk in Berlin (eine der soziologischen Untersuchungen, von der im folgenden die Rede ist, wurde im Hausgerätewerk gemacht!). Der zugrundeliegende Artikel ist über zwanzig Jahre alt und verströmt in vieler Hinsicht die Luft aus der ersten Hälfte der 80er Jahre: kein großes I, ein stark insistierender, fast belehrender Ton ...

Wir mussten uns damals mit der kapitalistischen Propaganda der »menschenleeren Fabrik« auseinandersetzen, die z.B. von der Zeitschrift Autonomie Neue Folge geglaubt wurde. Unmittelbarer Anlass war das damals erschienene Buch Arbeiter und Arbeitswssenschaft von A. Ebbinghaus, das die ArbeiterInnen als entfremdete Anhängsel des Taylorsystems darstellt. Wir hatten gerade einen Text des Wobbly-»Theoretikers« Lewis übersetzt), der bereits 80 Jahre zuvor über die zukünftige Macht des entstehenden »Maschinenproletariat« geschrieben hatte. Außerdem hatten wir frühe operaistische Texte zur Fiat übersetzt und veröffentlicht. Diese Debatten sowie unsere damaligen Versuche in Metall- und Elektronikfabriken flossen in den langen, zweiteiligen Artikel ein. Wir haben ihn auf ein Viertel gekürzt und hoffen, dass er als Appetitanreger funktioniert; wer sich damit beschäftigen will, sollte auf jeden Fall die Langfassung im Internet lesen.

Taylors Alpträume

Die Fetischformen des Kapitals als Basis der Arbeitswissenschaft

Austin Lewis
Das militante Proletariat.
Chicago 1911, Übers. 1984
(Die Wobblies, Band II)

Taylors Alpträume –
Die Fetischformen des Kapitals als Basis der Arbeitswissenschaft
Karlsruher Stadtzeitung 33, September 1984

Taylors Alpträume Teil II –
»Humanisierung der Arbeit« als Zersetzung und Neuzusammensetzung
Karlsruher Stadtzeitung 34, Januar 1985

Alle Texte im Archiv auf www.wildcat-www.de

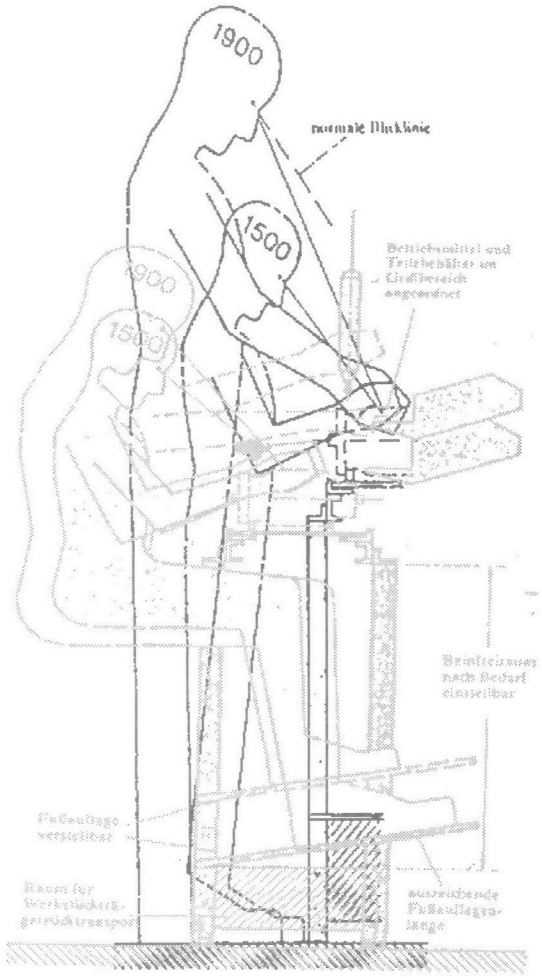
Vom Arbeiterstandpunkt aus sind die Arbeitswissenschaften nur eine Bemäntelung und Verschleierung der kapitalistischen Herrschaft im Produktionsprozess, hinter ihrer Wissenschaftlichkeit steckt der Ausbeutungsdrang des Kapitals. Diese ideologiekritische Feststellung reicht aber nicht aus. Wie und warum gelingt es den Arbeitswissenschaften, die Ausbeutung der Arbeiter zu intensivieren und diese in das Kapitalverhältniss zu integrieren? Durch welches Arbeiterverhalten wird ihre Wirksamkeit durchbrochen? Um darauf Antworten zu finden, müssen wir vom grundlegenden Widerspruch des Kapitalverhältnisses ausgehen, der *in der Arbeit* selbst liegt. Sie wird einerseits vom Kapital als gesellschaftliche Arbeit entwickelt, andererseits muss es die Arbeit als Grundlage der Kapitalverwertung politisch atomisieren, als vereinzelte Arbeit fixieren.[1]

Diesen Widerspruch bringen die Arbeiter in ihren Kämpfen ganz praktisch zum Ausdruck. Die Gesellschaftlichkeit der Arbeit, die zunächst vom Kapital entwickelt wird, begreifen sie als ihren eigenen Zusammenhang, als eine Gesellschaftlichkeit, die nicht unabhängig von ihnen existieren kann, sondern täglich durch sie und ihr Verhalten hergestellt wird. An der ganzen Geschichte des Klassenkampfes ließe sich nachzeichnen, wie die Arbeiter sich immer wieder aufs Neue diesen Zusammenhang und die Gesellschaftlichkeit der Arbeit als ihre eigene Kampfstärke angeeignet haben.

Das Kapital kann nur auf die Potenzen der *gesellschaftlichen Arbeit* zurückgreifen, es besitzt und entwickelt keine eigenen. Das Märchen, Maschinen würden Mehrwert produzieren, das Kapital könne sich letzten Endes von den Arbeitern frei machen, findet in jeder Phase verstärkter Rationalisierung immer wieder neue Anhänger. Darin verschwindet die Einsicht, dass das Kapital ein gesellschaftliches Verhältnis ist, auf Ausbeutung beruht. Nur wenn das Kapital als Ding oder Sache vorgestellt wird, kann dieser Schein entstehen, es sei selbst produktiv – und eben diesen Schein versucht die Arbeitswissenschaft zu verstärken.

Der Doppelcharakter der produktiven Kooperation

Begrifflich hebt Marx stets hervor, dass das Kapital keine eigene, selbständige Produktivität besitzt, sondern nur die der *gesellschaftlichen Arbeit* ausbeutet. Aber der Moment des Umschlags dieses gesellschaftlichen Charakters in Klassenkampf ist bei ihm allenfalls angedeutet. Er begreift zwar die permanente Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital als Triebfeder des Prozesses der »reellen Subsumtion«, aber wie sich die Arbeiter die zunächst vom Kapital gesetzte Gesellschaftlichkeit aneignen, fällt aus seiner systematischen Analyse heraus. Genau hier setzen die italienischen Operaisten an, die operaistische Untersuchung fragt da-



nach, wie die Arbeiter ihre produktive Kooperation umdrehen. können.

Der Arbeiter verkauft dem Kapitalisten seine individuelle Arbeitskraft. Erst durch diesen Verkauf tritt er in den Produktionsprozess und damit in eine Kooperation mit anderen Arbeitern (historisch besaßen die Arbeiter schon immer Zusammenhänge außerhalb der Fabrik, sei es in ihrer dörflichen Gemeinschaft, Wohnviertel ... und ihre Kampfstärke zehrte aus diesen Zusammenhängen. Deshalb sucht das Kapital auch in der ganzen historischen Entwicklung, diese Zusammenhänge auszulöschen, die Arbeiter außerhalb der Produktion faktisch so einzeln zu setzen, wie es die Fiktion des isolierten Arbeitskraftbesitzers will.). »Als unabhängige Personen sind die Arbeiter vereinzelte, die in ein Verhältnis zu dem selben Kapital, aber nicht zueinander treten. Ihre Kooperation beginnt im Arbeitsprozess, aber im Arbeitsprozess haben sie bereits aufgehört, sich selbst zu gehören. ... Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist daher Produktivkraft des Kapitals.« (*Kapital*, Bd. 1, S.352)

Aber das Kapital muss auch ständig dafür sorgen, dass diese Schizophrenie »vereinzelter Arbeitskraftbesitzer – kollektiver Arbeiter als Eigentum des Kapitals« nicht durchbrochen wird. Es versucht dies zum einen durch eine Organisation der Arbeit und eine technische Gestaltung der Produktion, die dem Arbeiter den Zusammenhang seiner Tätigkeiten als ihm äußerlich und fremd gegenüberstellt. Zum zweiten durch die Weiterentwicklung des Lohnfetischs, der den Unterschied zwischen verkaufter Arbeitskraft und realisierter Arbeit verschwinden lässt. Der Mythos von der Produktivität des Kapitals und der Lohnfetisch haben ihre reale Grundlage in der kapitalistischen Produktion. Die Arbeitswissenschaft kann unmittelbar an diesen Fetischisierungen ansetzen, um die Atomisierung des Gesamtarbeiters im unmittelbaren Produktionsprozess wissenschaftlich zu organisieren. Alquati nennt »die *politische Isolierung* der Arbeiter die wahre Seele der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit.« (*TheKla* 5, S.110)

Arbeit und Subjektivität - der Mythos der Dequalifizierung

Durch die Taylorismusdebatte der Linken zieht sich ein Kritikmuster, das den Taylorismus als Zerstörung von Subjektivität, von menschlicher Arbeit und als Enteignung der Arbeiter geißelt. Dabei wird eine bestimmte historische Form als »Subjektivität« schlechthin unterschoben: das handwerkliche/kleinbürgerliche Ideal der individuellen Autonomie, einer Arbeit, die auf eigenem Wissen, Geschick und Fähigkeit beruht, die privatisierbar sind. An dieser »Subjektivität« – sei sie handwerklichen oder akademischen Ursprungs! – ist in revolutionärer Perspektive nichts zu verteidigen. Marx dazu: »Daher ging aber auch jeder mittelalterliche Handwerker ganz in seiner Arbeit auf, hatte ein gemütliches Knechtschaftsverhältnis zu ihr und war viel mehr als der moderne Arbeiter, dem seine Arbeit gleichgültig ist, unter sie subsumiert.« *(Deutsche Ideologie)*

Was die Kämpfe der Handwerker und Facharbeiter auslöste, war gerade, dass sie der Besitz einer individuellen Qualifikation vor dem Verkauf der nackten Arbeitskraft bewahrte, sie hatten noch mehr zu verkaufen! Einerseits bildet diese individuelle und privatisierbare Qualifikation eine Schranke für die Unterordnung des Produktionsprozesses unter das Kapital, andererseits versperrt sie gerade die Perspektive des Kampfes als Klasse. Im Unterschied zu den Handwerkern und Facharbeitern sind dem Massenarbeiter alle privaten Perspektiven, alle Illusionen individueller Subjektivität verbaut (die Unterscheidung Facharbeiter - Massenarbeiter ist so zu schematisch, wir machen sie hier nur der Deutlichkeit halber). Er findet sich im Produktionsprozess als kombinierter Gesamtarbeiter, der als solcher, also kollektiv »den Laden am Laufen hält«. Auf seine individuelle Qualifikation kommt es nicht mehr an.(2)

Deshalb kann das Maschinenproletariat in sei-

[1] Den Widerspruch in der Arbeit selbst zu sehen und von daher den Klassenkampf als Kampf gegen die Arbeit zu begreifen, ist der zentrale Ausgangspunkt revolutionärer Theorie. Darin unterscheidet sie sich von den diversen Bemängelungen der kapitalistischen Gesellschaft. Die reformistischen Theoreme lamentieren über die ungerechten Verteilungsverhältnisse- entweder des Reichtums oder wie stets zu Zeiten von Arbeitslosigkeit, der Arbeit. Eine andere Variante ist die Empörung über die Monotonie und Stupidität der Arbeit im Kapitalismus, die Klage über die Zerstörung von Subjektivität und Persönlichkeit. Dem wird das Abziehbild einer humanen und sinnvollen Arbeit gegenübergestellt. Während der Reformismus so für Verteilungsgerechtigkeit streitet, um die Produktionsweise und den Arbeitszwang des Kapitals um so besser zu legitimieren, durchsetzen zu können, führt die zweite Position zum »Kampf um die Arbeitsfreude« oder - wie's heute heißt - zur »Humanisierung des Arbeit«. Obwohl hier zunächst auch eine Kritik an der Arbeit geführt wird, schlägt diese Kritik in Motivationsstrategien des Kapitals um, mit denen die Arbeiter zu gesteigerter Beteiligung an ihrer eigenen Ausbeutung getrieben werden sollen.

nen Kämpfen nur an kollektivem Wissen, Fähigkeiten usw., so verstreut sich diese zunächst auch darstellen mögen, anknüpfen. Die kollektive Subjektivität, die sich die Klasse so erobert, ist aber stets eine antagonistische! Die Arbeiter schaffen sich ihre Autonomie gegen das Kapital nur darin, dass sie in ihrem Kampf das einlösen, was Vergesellschaftung der Arbeit ihrem Inhalt nach heißt: Zurückdrängung der Arbeit als gesellschaftliches regulierendes Prinzip, Überwindung der Arbeit! Es gibt keine Klassensubjektivität ohne den Kampf gegen die Arbeit.

Taylors Anfänge: Arbeiterverhalten und Arbeitswissenschaft

Das eigentliche Problem, dem sich der Taylorismus stellen muss, besteht darin, bei wachsender und fürs Kapital immer wichtigerer Kooperation der Arbeiter im Produktionsprozess sie zugleich politisch zu atomisieren. Der Taylorismus kann daher den Arbeitern nicht als gänzlich fremde Macht und nackter Zwang gegenübertreten, sondern will erreichen, dass die Arbeiter für ihre eigene Ausbeutung immer mehr Verantwortung tragen, ihre produktiven Fähigkeiten für das Kapital einbringen. Und dazu ist er gezwungen, das konfliktorische Arbeiterverhalten zu berücksichtigen und umzulenken, indem er einzelne Elemente des Antagonismus zu isolieren versucht und sich dieser bedient.

Den Ausgangspunkt nehmen Taylor und die anderen Begründer der Arbeitswissenschaften bei der »Bummelei« der Arbeiter, ihrer Verweigerung und kollektiven Organisierung am Arbeitsplatz. In den großen Fabriken wendeten die Arbeiter ihre produktive Kooperation gegen die Meister (das ist es, was Taylor als systematische Bummelei, im Unterschied zur natürlichen, bezeichnet). An der Willkür und dem Terror dieser Meisterherrschaft entzündeten sich Streikbewegungen wie 1894 bei Pullmann oder 1919 bei U.S.Steel. Die »scientific manager« nehmen diese Disfunktionalität des Werkstattmeistersystems genau wahr und kritisieren die in den Fabriken herrschende militärische Ordnung, die eigenständige Macht der Meister. Diese personelle Autorität wird von den Arbeitern nicht mehr »anerkannt«, und die Verhandlung über Lohn und Akkord funktioniert nicht mehr als Fetisch des »gerechten Tauschs« sondern wird zur permanenten Konfliktualität. Da die Willkür der Meister, was Arbeit und Lohn betrifft, als Willkür und Herrschaft des Kapitals deutlich werden, entwickeln Taylor und Co. eine neue Form der Willkür des Kapitals, die eine allgemeine und objektive Gestalt annimmt: die wissenschaftliche Bestimmung der Tätigkeiten und der davon abgeleiteten Löhne. Indem die Arbeitstätigkeiten scheinbar ganz vom Kapital zusammengesetzt und bestimmt werden, ohne jeden Rückgriff auf überlieferte Erfahrung und Geschick, scheint diese Produktivität allein dem Kapital zu gehören, die Arbeiter müssen sich dessen »Anweisungen« ja nur unterwerfen und anpassen. Dieser Kapitalfetisch lässt verschwinden, dass die »Anpassung«, d.h. die Fähigkeit, die vorgegebenen Tätigkeiten auszuführen, die Zeiten zu erfüllen oder mit den Maschinen zurecht zu kommen, die neue Kreativität und Qualifikation darstellt, auf die das Kapital angewiesen ist.

Unmittelbar scheiterten diese Experimente; die konkrete, von Taylor entwickelte Managementpraxis setzte sich in den USA nicht durch. Zum einen, weil die Arbeitsanweisungen des Kapitals noch keine dingliche, fixe Gestalt annahmen (wie später im Fließband – und das Kapital konnte nicht neben jeden Arbeiter einen kleinen Taylor stellen, der Anweisungen gab, wie Taylor es mit seinem Musterarbeiter Schmidt gemacht hatte!), zum anderen, weil sie selbst noch als Meister auftraten, die den Arbeitern ein neues System aufzwingen wollten. Obwohl sie ständig die Wichtigkeit des Konsens, die Bedeutung der Mitwirkung der Arbeiter betonten, schufen sie selbst neue Konfliktpunkte und führten damit ihre Versuche ad absurdum. Aber im weiteren Prozess nutzte das Kapital diese ersten Versuche; in dem Maße, wie die Produktionsmaschinerie durch eine bürokratische Maschinerie, die detaillierte und objektivierte Reglementierung der Herrschaftsstruktur ergänzt wurde und die Gewerkschaften in Akkordkommissionen usw. am »scientific management« beteiligt wurden, konnten die Taylor'schen Überlegungen ihre Wirksamkeit entfalten.

70er Jahre: »Humanisierung« als neue Einverleibung der lebendigen Arbeit

In den Fabrikkämpfen Anfang der 70er Jahre hatte die Arbeiterklasse begonnen, sich über rassistische Spaltungslinien hinwegzusetzen, und die geplante Rotation der Arbeitsimigranten brach seit Ende der 60er Jahre zusammen, weil die ausländischen Arbeiter ihr Bedürfnis nach Leben hier durch Nachzug der Familie, Auszug aus den Arbeiterwohnheimen etc. einlösten. Die technische Zusammensetzung der Arbeiterklasse, vor allem in den Montagezentren, wo das Kapital zehntausende von Arbeitern zusammenballte und einer gleichförmigen Arbeitsorganisation unterwarf, war die Basis der Fabrikrevolte und eines rigiden, gegen die Ausbeutung gerichteten Arbeiterverhaltens geworden. Die einzelnen Umstrukturierungen in der Arbeitsorganisation – die sich unter dem Titel »Humanisierung« öffentlich wirksam darstellen ließen – waren *Experimente*, um herauszufinden, wie sich die verschiedenen Formen von Arbeiterkritik auf-

[2] Wir wollen damit nicht in das alte Missverständnis abgleiten, in der Fabrik entstehe bereits die kollektive Subjektivität, wachse gewissermaßen automatisch die Basis kommunistischer Gesellschaft heran. Das Bestreben, unmittelbar und positiv an der Vergesellschaftungsform des Kapitals anzuknüpfen, beherrscht die gesamte II. und III. Internationale, die damit einer revolutionären Umwälzung der Produktionsverhältnisse im Wege stand: »So wie heute in einem großen industriellen Unternehmen Produktion und Lohnauszahlung wohl überdacht und planmäßig geordnet sind, so wird dies auch in einer sozialistischen Gesellschaft der Fall sein müssen, sie ist nichts als ein einziger, riesiger industrieller Betrieb.« (Kautsky)

[3] Die Bosch-Studie ist abgedruckt in: »Menschengerechte Arbeit - Erfahrungsaustausch zwischen Forschung und betrieblicher Praxis«, herausgegeben 1976 vom Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft; dort finden sich auch eine Reihe weiterer Beispiele, auf die wir Bezug nehmen. [Anmerkung 2005: u.a. Radicke, F. / Rohne, H. / Schmid, R. / Wexlberger, L.: Arbeitssysteme mit neuer Arbeitsstrukturierung, Wexlberger war damals Leiter der Arbeitswirtschaft im HWB, und wurde 1981 Leiter des Hauptreferats Arbeitsgestaltung bei Siemens – siehe auch Dörken, Wilhelm: Integration motivationaler Prozesse in der Arbeitsgestaltung und Organisation – eine Diss. an der TU, Berlin 1975, die ebenfalls von Wexlberger angeregt und ermöglicht wurde; siehe Artikel und Interview zum Hausgerätewerk in Berlin!]

spalten und integrieren ließen. Zuweilen sind diese Experimente auch gescheitert, weil sie einem proletarischen Gebrauch anheim fielen. Wie genau die kapitalistischen Planer den Zusammenhang von Arbeitsgestaltung und Klassenzusammensetzung im Blick hatten, wollen wir an einer Studie zu neuen Arbeitsstrukturen bei Bosch aufzeigen, die sich auf die Untersuchung von Betrieben in einem industriellen Ballungsraum stützt.[3] Die Arbeit in der Industrie war »unattraktiv« geworden. In dem untersuchten Zeitraum 1964 bis 1974 gelingt es den Industriebetrieben kaum noch, »männliche gewerbliche Arbeitnehmer« zur »Regenerierung des Mitarbeiterstamms« dauerhaft zu rekrutieren. Aber auch die in die Industriebetriebe reingedrückten Arbeitsimmigranten versuchen, sich im Zusammenhang mit ihrer Integration der industriellen Arbeit zu entziehen.[4]

Die *Klassenzusammensetzung* soll durch die Aufspaltung der Arbeitsstrukturen im Produktionsprozess umgewälzt werden, um die Konfliktualität und die Arbeitsverweigerungshaltung des Massenarbeiters ins Leere laufen zu lassen. Gleichzeitig sollen die produktiven Fähigkeiten der Arbeiter stärker ausgenutzt und ihnen die Verantwortung und Organisation ihrer Ausbeutung aufgehalst werden. Von der Umstrukturierung der Produktion ausgehend werden dann verschiedenen Arbeitsstrukturen und Produktionsabschnitten so genannte »Zielgruppen auf dem Arbeitsmarkt« zugewiesen. (Sabine Müller ist nicht von Natur aus Hausfrau, die auf dem Arbeitsmarkt als Teilzeitkraft oder Heimarbeiterin erscheint, sondern wird von der Ausbeutungspolitik des Kapitals dazu gemacht!)[5]

80er Jahre: Die neuen Arbeitsstrukturen - Qualifikation und die Zerstückelung der Arbeit

Die neuen Arbeitsstrukturen in den Montagezentren sind zunächst *Puffer*, um die einzelnen Montageschritte im zeitlichen Ablauf voneinander unabhängig zu machen. Statt dem klassischen Fließband werden *Umlaufsysteme* eingerichtet, einzelne Montage- oder Fertigungsabschnitte werden von kleinen Arbeitsgruppen ausgeführt – diese Struktur wird auch als Montageinsel oder Montagenest bezeichnet. Dazu führen die Bosch-Wissenschaftler aus: Mit den neuen Strukturen wird der Einfluss von Fluktuation und Absentismus auf die Profitabilität eingeschränkt, denn »der Betrieb wird unabhängiger von der Anwesenheit der Arbeitskräfte. Beim herkömmlichen Fließband verursacht schon die Abwesenheit einer Arbeitskraft Schwierigkeiten. Beim Umlaufsystem ‚behindern' sich die Arbeitskräfte durch Abwesenheit nicht. Wer anwesend ist, kann (und muss d.V.) arbeiten.« Und die Kampfformen, bei denen ausgehend von Streiks, Sabotage etc. in einzelnen Abteilungen das gesamte Betriebssystem lahmgelegt wurde, verlieren ihre Wirksamkeit: »Die technisch-organisatorische Auslegung der Arbeitssysteme wird so flexibel, dass sich Unterbrechungen im Ablauf (Störungen) nicht fortpflanzen, sondern verebben bzw. eliminiert werden.« Zudem ermöglichen diese Arbeitssysteme es nun dem Kapital, seinerseits flexibel mit den Arbeitskräften umzugehen: »Entsprechend der Liefersituation bei einzelnen Erzeugnissen kann am Umlaufsystem die personelle Kapazität variiert werden... Die personelle Kapazität kann entsprechend den Auftragsbeständen schrittweise auf- beziehungsweise abgebaut werden.« [6]

Ausschaltung von Kampfmöglichkeiten, Isolierung der Arbeiter gegeneinander, Zersetzung bisheriger Kampfstrukturen. Aber an die Seite dieser Repression muss das Kapital auch neue Formen der Integration, der Anerkennung des Kapitalverhältnisses durch die Arbeiter setzen. Zersetzung heißt immer Neu-Zusammen-Setzung und zwar soziale Neuzusammensetzung[7] der Klasse. Das Kapital zielt nicht auf die Zerschlagung von sozialen Zusammenhängen unter den Arbeitern schlechthin, sondern auf eine produktive Kooperation der Arbeiter, die für den Verwertungsprozess funktioniert. Dazu muss erstens die Bindung der Ausgebeuteten an die Arbeit - in differenzierter Weise – neu befestigt werden und zweitens die produktive Kooperation in vom Kapital kontrollierten Formen neu aufgebaut werden.

1. Die subjektive Anbindung an die Arbeit erörtern die Bosch-Wissenschaftler, indem sie eine »personelle« von einer »technischen Produktivität der Arbeitskraft« abgrenzen und die Entwicklung der ersteren eigenständig betrachten. Schon unter den Bedingungen der Fließbandproduktion waren den Arbeitern immer mehr Funktionen der Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses und damit für die Organisation ihrer eigenen Ausbeutung übertragen worden. Um diese weiteren Funktionen erfüllen zu können, sind sie gezwungen, über die einzelne, ihnen als Maschinenanhängsel zugewiesene Arbeit hinauszugehen und Dinge zu tun, zu denen sie nicht verpflichtet sind. Diese Widersprüchlichkeit zwischen der den Arbeitern faktisch übertragenen Verantwortung und ihrer gleichzeitigen Atomisierung, ihrer starren Ankettung an den Maschinentakt, versuchen die Arbeitswissenschaftler nach den Massenarbeiterrevolten bewusst aufzugreifen. Zur Entwicklung der personellen Produktivität fordern sie eine »Entkopplung« der Arbeit vom technischen Produktionszusammenhang, um das Beteiligungspotenzial bei den Arbeitern auszuloten. Diese spezifische Entkopplung vom Fließband als technischem Zusammenhang

[4] In der gesamten Studie wird die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit als Nachfrage-Angebots- Verhältnis auf dem Arbeitsmarkt dargestellt, obwohl den Autoren nicht entgangen sein dürfte, dass die Arbeiter in kollektiven Aktionen gegen das Kapital ankämpften, sich also gerade nicht marktförmig verhielten. Aber auf diese Art und Weise wird die hier entwickelte Strategie des Kapitals von vornherein *entpolitisiert*; der politische Konflikt zwischen Kapital und Arbeit darf an keiner Stelle auftauchen. Die Arbeitswissenschaftler unterstellen in ihrer Theorie immer schon das, was Ziel ihrer praktischen Anstrengungen ist: die politische Atomisierung der Klasse!

[5] Der Arbeitsmarkt spiegelt die neuen Zusammensetzungen der Klasse im Arbeitsprozeß nur wider. Er ist nicht Ausgangspunkt der Umstrukturierung, wie es die bürgerlichen Segmentierungsanalysen behaupten und damit die wirklichen Zusammenhänge auf den Kopf stellen.

[6] Anhand der Bosch-Studie stellen wir hier die Vorschläge der Arbeitswissenschaftler zur Dezentralisierung der großen Produktionslinien im Innern der Fabrik dar. Dies ist aber nur ein Moment der Aufsplitterung der Produktionszyklen auf allen Ebenen: Verteilung der Produktion einzelner Komponenten über die ganze Erde; Zerlegung der Großfabriken in kleinere Einheiten; Auslagerung bestimmter Arbeitsgänge in Subunternehmen und Klitschen; die neue Heimarbeit, die informationstechnologisch an die Produktionszentralen angekoppelt wird.
Dass diese Strategien der Dezentralisierung eine direkte Antwort des Kapitals auf das aufsässige Arbeiterverhalten sind, belegt ein Artikel über die Verkleinerung der Betriebsgrößen in den USA, der kürzlich in *Business Week* erschien (*Small is beautifull now in*

der Fabrik enthält zugleich eine neue »Zerstückelung« der Arbeit – allerdings eine ganz andere als die von der üblichen Taylorismuskritik angesprochene. Zerstückelt wird hier der produktive Gesamtarbeiter, der *seine* Kooperation gerade entlang der Linie des Fließbandes erkannt hatte. Er hatte die Mystifizierung durchbrochen, nach der erst durch den technischen Zusammenhang die Detailtätigkeiten der atomisierten Arbeiter zusammengebracht werden. An die Stelle der großen, zusammenhängenden Produktionslinien sollen daher nun »Inseln«, »Nester« oder Gruppen treten, die in sich einen geschlossenen Produktionsgang durchführen und deren Verbindung zu den anderen Produktionsabschnitten in neuer Weise als »Wunder der Technik« verdeckt wird.

2. Produktionsinseln bilden nur die technische Voraussetzung, um die solchermaßen isolierten Arbeiter zu neuen, besser kontrollierbaren Formen der Kooperation zu zwingen. Die Bosch-Studie appelliert an die Arbeitswissenschaftler, in ihre Planungen arbeitsorganisatorischer Maßnahmen miteinzubeziehen, dass dadurch »Sozialsysteme beeinflusst, wenn nicht erst geschaffen werden«. Sie schlagen die Bildung »kleiner, überschaubarer Systeme« vor, wie sie sich bei Gruppenarbeit oder »Partnerarbeitsplätzen« ergeben: »Dort wo z.B. durch die räumliche Anordnung ›Blickkontakt‹ unter den ›Gliedern der Gruppe‹ (d.h. eine permanente wechselseitige Überwachung d.V.) möglich wird, liegen besonders günstige Voraussetzungen für Kommunikation und damit für Interaktion vor, die auch das Entstehen einer entsprechenden (d.h. antreibenden, d.V.) Arbeitsatmosphäre fördern.« (Bosch-Studie). In einem anderen Bericht über ein Gruppenexperiment in dem RKW-Band heißt es: »Hier wird eine *Selbststeuerung* der Gruppe angestrebt, indem die Verantwortung für die eigene Tätigkeit und deren Organisation auf die Beschäftigten verlagert wird«.

... und wieder die alte Mystifizierung: Technik

Die neuen Technologien entwickeln in gleichem Maße die Gesellschaftlichkeit der Arbeit, wie sie diese Gesellschaftlichkeit als »technische Intelligenz«, »technische Kommunikation« etc. fetischisieren. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die die Arbeiter jeden Tag im Umgang mit diesen Technologien eingehen und damit selbst produzieren, treten ihnen als die fertige Gestalt der »automatisierten« Produktion des Kapitals gegenüber. Dies ist allgemein die Bedeutung der Maschinerie, der toten Arbeit im Kapitalismus: »In der Manufaktur ist die Gliederung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses rein subjektiv, Kombination von Detailarbeiten; im Maschinensystem besitzt die große Industrie einen ganz objektiven Produktionsorganismus, den der Arbeiter als fertige materielle Produktionsbedingung vorfindet. In der einfachen und selbst in der durch Teilung der Arbeit spezifizierten Kooperation erscheint die Verdrängung des vereinzelten Arbeiters durch den vergesellschafteten immer noch mehr oder minder zufällig. Die Maschinerie ...funktioniert nur in der Hand unmittelbar vergesellschafteter oder gemeinsamer Arbeit. Der *kooperative Charakter des Arbeitsprozesses wird jetzt also durch die Natur des Arbeitsmittels selbst diktierte technische Notwendigkeit.*« (Marx, Kapital I, S. 407)

Mit seinen Utopien der »menschenleeren Fabrik« proklamiert das Kapital die Überflüssigkeit der Arbeiter für seinen Verwertungsprozess. Bezeichnend der zweiteilige Artikel über die »Fabrik der Zukunft« in der *Wirtschaftswoche* (Nr. 42 und 43/1984). Wird im ersten Teil lapidar erklärt: »Der Mensch ist überflüssig«, so besinnt er sich im zweiten Teil auf die realen Probleme: »Der Mensch wird zum Restfaktor, freilich zu einem nicht zu vernachlässigenden, immerhin hängt die Qualität der Produktion auch in einem flexiblen Fertigungssystem noch immer vom Mann an der Maschine ab. Er muss auf Besonderheiten des Fertigungsmaterials achten, um bei Bedarf in den Prozess eingreifen. Er muss jede Störung des Ablaufes erkennen und ausschalten. Kommt er diesen Aufgaben nicht nach, sinkt die Nutzungszeit – und damit die Wirtschaftlichkeit des Systems. Je automatisierter – und damit teurer – also die Fertigung, desto höher die Bedeutung des Menschen.« Entsprechend wird in den einschlägigen Management-Zeitschriften auch seit einigen Jahren die Personalpolitik als der entscheidende Engpass bei der weiteren Rationalisierung diskutiert.

Unsere Aufgabe kann es nicht sein, in die allgemeine Jammerei über die Überflüssigkeit der Arbeiter einzustimmen. Indem das Kapital immer mehr Arbeiter seinem technologisch revolutioniertem Produktionsprozess unterwirft, zwingt es sie zur produktiven Kooperation, obwohl es die sozialen Zusammenhänge zugleich und zur Zeit erfolgreich in die Automatisierungsinseln, Klitschen und Heimarbeit einzusperren sucht. Nur von dieser Widersprüchlichkeit aus werden die Arbeiter ein Bewusstsein ihrer antagonistischen Macht wiedergewinnen können. Untersuchungen, die vom Arbeiterstandpunkt her die Tätigkeit und die Kooperation der Arbeiter in den automatisierten Produktionszyklen untersuchen, gibt es nicht. Sie müssen ein zentraler Bestandteil unseres Projektes »militante Untersuchung« sein. ■

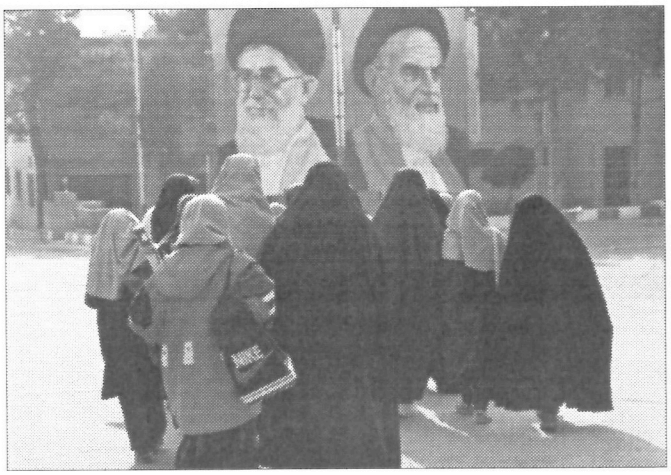
manufacturing, BW 22.10.1984). Dort wird der Vize-Präsident von Hewlett-Packard dafür angeführt, dass die Probleme mit der Arbeitskraft (*people related factors*) der Hauptgrund für den Übergang zu kleineren Fabriken waren. In den USA und Großbritannien sei der Verlust an Arbeitstagen durch Streiks und Absentismus praktisch parallel zum Wachstum der Fabrikgrößen angestiegen. Nach neueren Untersuchungen zeige sich, dass die Produktivität in Fabriken unter 600 Arbeitern um bis zu 50 Prozent höher sei als in denen über 4500. »Große Organisationen haben keinen großen Erfolg damit, *die latenten Fähigkeiten aus den Leuten herauszusaugen und zu benutzen.*«
Bei FIAT in Italien wurde der Dezentralisierungsprozess unmittelbar nach der Massenarbeiterevolte eingeleitet. Das Kapital hatte die Produktivität der kleinen, überschaubareren und vernetzten Strukturen entdeckt und für seine Mehrwertabpressung nutzbar gemacht, lange bevor diese als Ideologie der Alternativen in der »Linken« salonfähig wurden!

[7] Die Vorstellung, das Kapital könne auf die sozialen Zusammenhänge vollständig verzichten und eine »totale« zersetzte Gesellschaftlichkeit mit Computern und Informationstechnologie rein von oben synthetisieren – »Welt am Draht«!– sitzt eben dem Mythos der Technik auf, den das Kapital in seinem Angriff auf die bestehende Zusammensetzung der Klasse einsetzt. (Nur soviel zu der These von der »Verdopplung der Welt« in der *Autonomie NF* Nr. 13)

Iran

Geschlossen gegen das soziale Erdbeben

Die Abwahl von Rafsandjani und der Wahlsieg von Ahmadinedschad mag für den außenstehenden Beobachter überraschend sein, weil er die wachsende wirtschaftliche und soziale Misere im Land nicht wahrgenommen oder diese nur als Folge der Politik der »Mullahs« und deren ökonomischer Abschottung gegenüber dem Westen betrachtet hatte. Im Iran selber wird die soziale Lage wesentlich explosiver eingeschätzt, sogar von konservativen Intellektuellen. Im Wahlkampf gegen den Milliardär Rafsandjani versprach Ahmadinedschad, die Armen am Ölreichtum teilhaben zu lassen. Will er tatsächlich die Ölrente umverteilen, ein »sozialer Aktionismus wie unter Chavez in Venezuela«? Die höchste Autorität im Iran bleibt allerdings der oberste Führer Ajatollah Ali Chamenei. Rafsandjani, der Favorit des Westens, behält als Vorsitzender des mächtigen »Rates zur Feststellung der Staatsräson« weiterhin großen politischen Einfluss. Aber mit Ahmadinedschad haben die Machthaber im Iran jetzt einen ergebenen Angestellten als Präsidenten. So wird das Regieren effektiver funktionieren und »auch für den Westen wohl eher berechenbar sein als die ewig blockierte Republik der letzten Jahre«, wie ein ARD-Korrespondent nach der Wahl zu berichten wusste.



Great Game

Die US-Strategie im Nahen und Mittleren Osten zielt auf einen Regimewechsel im Iran, ob mit einem Krieg oder irgendeiner farbigen Revolution. Le Monde diplomatique (vom 14.1.2005) hat das treffend mit »Umwerben, Einkreisen, Isolieren« beschrieben. Für die Herrschenden im Iran gibt es keinen Zweifel daran, dass der Iran ohne Atomwaffen keine regionale Hegemonialmacht ist und der Bedrohung durch die USA und Israel nichts entgegenzusetzen hat. Die Frage ist nur, welcher Preis dafür gezahlt werden muss (US-Embargo, Krieg). Aber auch wirtschaftliche und geostrategische Zwänge (die USA haben in fast allen Nachbarstaaten Truppen stationiert) zeigen, dass die Islamische Republik auf Dauer ohne die politische Anerkennung der USA nicht als regionaler Hegemon fungieren kann. Sowohl im Afghanistan- wie im Irak-Krieg vermied der Iran eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten; in der Atompolitik setzt er auf Kooperation mit Europa.

Die EU, Russland, China und Indien sind wichtige Akteure in diesem Spiel. Die EU ist der größte Handelspartner Irans. 40 Prozent der iranischen Importe kommen aus EU-Ländern (allein die Importe aus der BRD sollen in diesem Jahr ein Volumen von vier Milliarden US-Dollar überschreiten) und 35 Prozent der Exporte (davon 80 Prozent Öl) gehen in die EU.

Nach Verhandlungen mit Deutschland, Frankreich und England unterzeichnete die iranische Regierung am 21. Oktober 2003 das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag. Eine Woche danach beschloss der französische Renault-Konzern, 700 Millionen Euro in eine Autofabrik zu investieren – das erste große Engagement eines ausländischen Konzerns seit 1979. Auch VW stieg im Juli 2004 in den stark wachsenden iranischen Markt ein. In der Sonderwirtschaftszone Arg-e-Jadid nahe der (immer noch in Ruinen liegenden) Stadt Bam im Südosten Irans sollen zunächst 20.000 Fahrzeuge im Jahr montiert werden.

In der Frage der Atomenergie positioniert sich das Dreieck China, Russland und Iran gegen die USA. China und Russland liefern Anlagen und know how, und China bezieht bereits heute 13,6 Prozent seiner Ölimporte aus dem Iran. Eine chi-

nesische Ölgesellschaft hat im März 2004 einen Vertrag über die Einfuhr von 110 Millionen Tonnen iranischem Erdgas abgeschlossen. Auch Indien hat Gespräche über langfristige Erdgaslieferungen mit dem Iran geführt. Beide Länder wollen in die Erschließung iranischer Ölfelder investieren – trotz Sanktionsdrohungen der USA, die auch den Bau einer 2600 Kilometer langen Erdgasleitung von Iran über Pakistan nach Indien verhindern wollen.

Der Boom und seine sozialen Schattenseiten

Im Ergebnis des Irak-Kriegs hat der Iran nicht nur einen sehr großen Einfluß im Irak gewonnen. Der Krieg bescherte der Regierung mit der Ölpreisentwicklung auch höhere staatliche Einnahmen. 2004 lag das Wirtschaftswachstum bei über sieben Prozent; davon sind aber 90 Prozent den gestiegenen Ölpreisen geschuldet. Die Petrodollars geben dem Regime wie gehabt die Möglichkeit, die Mittelschicht zu beruhigen. »Arbeitslosigkeit, Straßenkinder, Drogenmissbrauch« beschrieb Die Zeit vom 1.6. 2005 als die »sozialen Schattenseiten« dieses Booms. Die Reallöhne sinken seit 1988 (auf zur Zeit nominell etwa 110 Euro im Monat). Das 5. Parlament schaffte die Arbeitsgesetze für Betriebe mit weniger als fünf Beschäftigten ab. Das 6. Parlament beschloss 2002 das Gleiche für die 300 000 TeppichknüpferInnen. Mit dem Gesetz zur »Anpassung der Arbeitskraft« konnten die Textilbetriebe etwa 100 000 ArbeiterInnen einfach entlassen. Jetzt will das 7. Parlament alle ArbeiterInnen mit befristeten Verträgen – die Hälfte aller ArbeiterInnen! – aus dem Geltungsbereich der Arbeitsgesetze streichen.

1996 waren nach amtlichen Statistiken 1,4 Millionen arbeitslos, heute 3,2 Millionen (unabhängige Stellen rechnen mit 4,3 Millionen Arbeitslosen); d.h einem Bevölkerungswachstum von 18 Prozent steht ein Anstieg der Arbeitslosigkeit von 130 Prozent gegenüber.

Pragmatismus statt Reformen

Sowohl außenpolitische Konflikte wie Spannungen im Land werden oft als Kampf zwischen Konservativen und Reformern, »Tradition gegen Moderne« dargestellt. Dahinter steckt die unterschiedliche Herangehensweise der herrschenden Klasse an die Frage der Sicherung der Ausbeutungsverhältnisse. Die Losung von Chatamie: »politische Entwicklung vor wirtschaftlicher« war der Versuch, mit der Beteiligung weiterer Schichten der Bourgeoisie die Intensität der Ausbeutung zu verschärfen und zu regeln. Im Iran werden alle möglichen NGOs geduldet und unterstützt. 15 000 Gruppen soll es inzwischen geben. Sie werden dringend gebraucht (etwa im Drogenmilieu).

Die Reformbewegung wurde sozusagen teilweise verstaatlicht, die radikalen Bewegungen wurden isoliert und niedergeschlagen. Während des »Machtkampfs zwischen Konservativen und Reformern« entstand eine Agenda der pragmatischen Zusammenarbeit der Herrschenden miteinander, mit den Bürgern und mit dem Ausland. Frauen- und Studentenbewegung sind in die Sackgasse der Reformbewegung geraten. Ihre Hoffnungen auf staatliche Zugeständnisse sind enttäuscht und ihre Wortführerinnen desillusioniert.

Die Herrschenden können und wollen gar nicht die vielen kleinen Freiheiten verbieten. Heute kann im Iran »frei geredet« werden. Allerdings schlägt der Staat unbarmherzig zu, wenn sich Leute aktiv gegen das System betätigen. Erst neulich wurden Aufstände der in tiefer Armut lebenden und diskriminierten arabischen Bevölkerung brutal niedergeschlagen, es gab über 50 Tote – unter den Augen und dem Schweigen der staatstragenden überwiegend persischen MenschenrechtlerInnen. Seit Reza Shah und dem Beginn der Ölförderung in dieser Region besteht die Politik der Herrschenden in Umsiedlung, Rückständighaltung und Ausrottung der arabischen Bevölkerung. Die Araber blieben meist arme Bauern und ungelernte Saisonarbeiter und leben hauptsächlich in Dörfern und Slums.

Gewerkschaftsbewegung

Seit Jahren bemüht sich der Iran um eine gute Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeits-Organisation (ILO). Die ILO bietet technische und beratende Hilfe besonders zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und versucht, das iranische Arbeitsrecht dem internationalen Standard anzupassen. Im Juni 2002 hat der iranische Arbeitsminister in der 90. Sitzung der ILO gefordert, dass mit Hilfe dieser Organisation die Hindernisse bei der Aufnahme in die WTO beseitigt werden. Am 26 Mai 2005, einen Tag nach den neuen Verhandlungen über das Atomwaffenprogramm zwischen dem Iran und drei europäischen Ländern, akzeptierten die USA dann, nach jahrelangem Veto, den WTO-Beitritt Irans. Im Gespräch sind unter anderem auch die Lieferung von Ersatzteilen für iranische Flugzeuge.

WTO: Am 26 Mai 2005, einen Tag nach den neuen Verhandlungen über das Atomwaffenprogramm zwischen dem Iran und drei europäischen Ländern, akzeptierten die USA, nach jahrelangem Veto den WTO-Beitritt Irans. Im Gespräch sind neben WTO-Beitrittsgesprächen unter anderem auch die Lieferung von Ersatzteilen für iranische Flugzeuge.

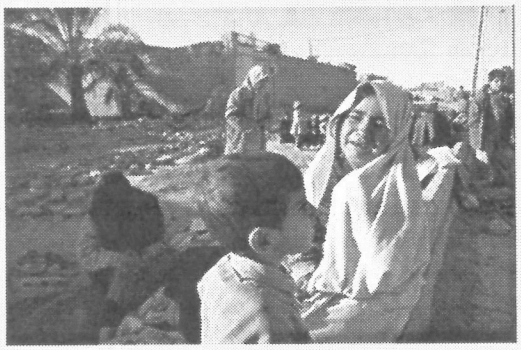
Die ILO fordert u.a. die freie Wahl der Arbeitervertreter, erkennt aber nach wie vor die Islamischen Arbeiterräte und das »Haus der Arbeit« (so etwas wie eine islamische Arbeiterpartei) als legitime Vertreter der iranischen Arbeiter an. Im Juli 2003 erklärten die ILO und das iranische Arbeitsministerium, dass die Unabhängigkeit und freie

Aktivität von Gewerkschaften garantiert werden soll – was bei den Islamischen Räten und dem »Haus der Arbeit« heftige Proteste auslöste. Die ILO will demnächst ihre seit 24 Jahren geschlossene Zweigstelle in Teheran wieder eröffnen.

Seit der Zerschlagung der Arbeiterräte, die 1978 aus den Streikkomitees der Revolutionszeit entstanden waren, hatten die Arbeiteraktivisten und Linken über die »richtige« Arbeiterorganisation gestritten. Da die Gewerkschaften unter dem Schah-Regime Handlanger des Staats waren und von den ArbeiterInnen der Großbetriebe auch so wahrgenommen wurden, sprach man nicht über die Gründung von Gewerkschaften, sondern über unabhängige Arbeiterorganisationen. Aber praktisch war jegliche Organisierung der Arbeiter ohnehin verboten.

Die Gewerkschaftsbewegung appelliert an die »freien Arbeiter« der Welt bzw. den Internationalen Bund freier Gewerkschaften (ICFTU), um die fehlende Solidarität im Innern mit der Hilfe von Außen wett zu machen. Aber auch diejenigen, die gegen Gewerkschaften und für Räte (faktisch Betriebsräte) sind, setzen auf den politischen Einfluss des ICFTU und den Schutz durch die ILO. Viele Parteilinke und Arbeiteraktivisten sehen aktuell eine historische Chance, freie Arbeiterorganisationen zu gründen – nicht nur wegen des Drucks von außen und die Akzeptanz der Gewerkschaften durch den Staat und Teile der Bourgeoisie, sondern auch aufgrund des Machtverfalls der Islamischen Arbeitsräte und des »Haus der Arbeit«, der am diesjährigen 1. Mai deutlich wurde. Die mit viel Propaganda organisierte Mai-Kundgebung mit 12.000 Arbeitern in Teheran wurde zu einer Blamage. Als die Veranstalter Wahlwerbung für Rafsandjani machten, protestierten die ArbeiterInnen laut, riefen Parolen gegen Rafsandjani und die Wahlen, und verließen die Kundgebung. Rafsandjani konnte nicht als Redner auftreten und sagte später, er würde auf einer Veranstaltung, bei der Parolen gegen den Staat gerufen werden, nicht reden. Er gilt unter den ArbeiterInnen als der Gottvater der »Liberalisierung« und der Entlassungswelle in seiner Präsidentschaftszeit.

Bam, eine verlassene Stadt?



In Bam kamen bei einem Erdbeben 40 000 Menschen ums Leben. In Gegenden, wo die Menschen sehr arm waren und viele protestierten, haben die staatlichen Stellen den Menschen nicht geholfen. Das wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnis sind hier Datteln. Viele Menschen sind in der Dattelverarbeitung beschäftigt. Die Verpackungs-ArbeiterInnen kriegen täglich 2000 Toman. Das wird jährlich vom Gouverneur festgesetzt, obwohl der offizielle Mindestlohn doppelt so hoch ist. *»... in Poshtrood, einer Gegend von Bam, wo Ziegelbrennereien liegen, und wo viele Saison- oder nicht einheimische ArbeiterInnen arbeiten, haben die staatlichen Stellen die Menschen viel unterdrückt, unter den Vorwand sie seien keine Einheimischen und sollen den Ort verlassen....«* (von einem Interview , Nagd Now, Nr. 2)

»10 Monate nach dem Erdbeben reise ich ... nach Bam... 2-3 Kilometer vor der Stadt sehe ich aus dem Bus eine Reihe schwarze Blöcke. 'Was ist das, frage ich einen Mitreisenden, Häuser für die Opfer?' Voller Staunen gucke ich wieder in jene Richtung. Die aus Beton gebauten Baracken sehen eher wie Eulennester aus und nicht wie Wohnplätze für Menschen. In der Stadt suchen meine Augen, voller Tränen nach einem intaktgebliebenen, oder einem neugebauten Haus; vergeblich.« (Farah Gadernia, Nagd Now, Nr.3, S.70)

Komitees

Im Februar 2005 entstand das Komitee für die Gründung freier Arbeiterorganisationen. In einem von mehr als 2371 ArbeiterInnen unterzeichneten Brief an das Arbeits- und Sozialministerium, »Arbeiterorganisationen der Welt« und die ILO forderten sie die Anerkennung des Rechts auf Bildung unabhängiger Arbeiterorganisationen und die Beseitigung der bestehenden Hindernisse bei ihrer Gründung. Ein zweites Komitee mit dem Namen Koordinierungskomitee zum Aufbau einer Arbeiterorganisation rief Ende April 2005 die ArbeiterInnen auf, eine Arbeiterorganisation aus eigener Kraft zu bilden. Die ILO habe »die Verpflichtung, den Vollzug dieser Übereinkommen zu überwachen und durchzusetzen«, und die Islamische Republik Iran müsse die Sicherheit der Arbeiteraktivisten garantieren. Kopien der 3029 Unterschriften gingen auch an den ICFTU und an die ILO.

Iran. Stillstand oder Aufbruch, Fotografie: Ulla Kimmig, Text: Katajun Amirpur, Edition Braus, 2005, 35 Euro

Das Thema der Bilder von Ulla Kimmig ist »staatliche Ideologie und repressiver Apparat«. Sie stellt »die Menschen im Widerspruch zum Staat in den Vordergrund«. Die Menschen, die an ihrer »Entfaltung gehindert« werden, »mit Konsequenzen, die unendlich modern sind«. Diskriminierung von Liebe und Lebensfreude, Frauengefängnisse, abgehauene Mädchen, Drogen usw.. Ihre Fotografien zeigen aber zugleich, dass sich der Staat dieser Probleme bewusst ist. Diese Herangehensweise, die auf die Kontraste zwischen Tadition und Moderne (und den erhofften Aufbruch durch Reformer, siehe Vorwort von Amirpur) fokussiert, blendet viele Widersprüche im Iran aus. Und so fehlen unter allen »dargestellten gesellschaftlichen Gruppen« die »in passend gewählten Aussagen zu Wort kommen«, die Menschen, die als Lohnabhängige arbeiten, die durch Arbeitsunfälle und Arbeitshetze umkommen, die einfach entlassen werden, die keine Arbeit mehr finden, die den Selbstmord als einzigen Ausweg sehen, und die gegen diese gesellschaftlichen Verhältnisse kämpfen. Von den üblichen Darstellungen hebt sich der Bildband allerdings stark ab, weil die Intensität der Bilder oft die Realität hinter dem Bild zu erkennen geben. Durch die kurzen Kommentare zu den 90 farbigen Abbildungen am Ende des Buches erfährt man etwas mehr über jene modisch gekleideten Frauen und jungen Männer: reiche Jugend, beliebte Treffpunkte, reiche Villengegend, Frauengefängnis...

Viele alte Gewerkschaftler und ein politisches Spektrum von der Tudehpartei bis zur AKPI (Arbeiterkommunistische Partei) unterstützten das erste Komitee, das letztlich eine Einheitsgewerkschaft à la BRD gründen will. Andere sehen dagegen im zweiten Komitee eine Kraft, die weiter links steht und gegen Lohnarbeit ist, mit dem Ziel, eine linke Richtungsgewerkschaft oder sogar Arbeiterräte zu gründen.

In der Theorie mögen sich beide Komitees, besonders ihre politischen Wortführer und Unterstützer, stark voneinander unterscheiden. Aber in der Praxis sieht man bisher wenig Unterschiede. Beide betreiben die Organisierung von oben, machen Unterschriftensammlungen, hoffen auf die Hilfe von Gewerkschaften im Ausland, usw. Beide haben recht bescheidene Forderungen und greifen zu symbolischen Aktionen wie 1.Mai-Veranstaltungen, deren Ablauf bezeichnend ist. Im Vorfeld des ersten Mai 2005 hatte sich der Vertreter des Koordinierungskomitees, Mohmood Salehi, an den ICFTU-Präsidenten gewandt. Dann ließ der ICFTU verlauten, dass er die Ereignisse im Iran bzw. das Handeln der Regierung bei den Mai-Demonstrationen beobachten werde. Im Gegensatz zum Vorjahr verliefen dieses Jahr alle Veranstaltungen und Demos in Teheran und anderen Städten ohne Zwischenfälle – trotz roter Fahnen und Absingen der Internationale. Aber nicht nur der Staat handelte vorsichtig, auch die Arbeitervertreter machten mit. Die Gewerkschaft der Bäcker in Sagges mit Salehi als Wortführer nahm an einer Veranstaltung mit dem »Haus der Arbeit« von Sagges teil, bei der erst der Gouverneur der Stadt, dann der Chef des Arbeitsamts und danach Salehi zu den 1500 Arbeiterinnen und ihren Familien sprachen. Je öffentlicher diese Aktivisten mit der Regierung verhandeln, desto mehr wird von selbständigen Aktionen und radikalen Auseinandersetzungen abgesehen.

Die erste legale Gewerkschaft

Die Busfahrer haben schlechte Löhne und schwere Arbeitsbedingungen. Neben dem Fahren müssen sie die Fahrscheine kontrollieren und für die die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Geschlechtertrennung in den Sitzreihen sorgen. 1970 gab es schon einmal eine Gewerkschaft der Fahrer, sie wurde aber fünf Jahre nach der Islamischen Revolution aufgelöst. Seit langem versuchen die Gewerkschaftler, diese Gewerkschaft neu zu gründen. Als sie sich zu diesem Zweck am 9. Mai 2005 versammelten, wurden sie vom islamischen Rat, der Geschäftsleitung und Sicherheitskräften angegriffen, einige Gewerkschaftler wurden verletzt. Auch der zweite Versuch einer Betriebsversammlung scheiterte am 13. Mai durch den Eingriff von Geheimpolizei, Sicherheitskräften und eines Teils des »Haus des Arbeit«. Noch am selben Tag versammelten sich 3000 ArbeiterInnen und forderten die Auflösung der Islamischen Räte. Am 3. Juni gab es wieder einen Aufruf zur Abhaltung einer Betriebsversammlung. Diesmal hinderten die Sicherheitskräfte die ArbeiterInnen, den Versammlungsort zu erreichen. Gegen Mittag versammelten sich ca. 500 ArbeiterInnen mit Transparenten.Daraufhin erhielt die Polizei den Befehl, sich zurückzuziehen. Dann wurde in einer Betriebsversammlung die Gewerkschaft der ArbeiterInnen des Öffentlichen Nahverkehrs Teheran gegründet; es sollen 5000 (von insgesamt 14000) ArbeiterInnen an der Gründung dieser ersten legalen Gewerkschaft beteiligt gewesen sein..

Die ArbeiterInnen bewegen sich

1997 hatten 2000 Ölarbeiter in Teheran vor dem Ölministerium demonstriert. Die Bewegung war vom Regime niedergeschlagen worden, mehr als 100 Arbeiter waren verhaftet und viele Arbeiteraktivisten entlassen worden. Aber seitdem reißen die Streiks und spontanen Demos nicht mehr ab. Besonders die TextilarbeiterInnen kämpfen für Arbeitsplätze und die Auszahlung ausstehender Löhne. Mehr als 80.000 ArbeiterInnen in etwa 1400 Fabriken beteiligten sich an Streiks, Hungerstreiks in der Fabrik, Straßenblockaden, spontanen Demos vor den Verwaltungen und dem Parlament, bis zu Revolten in den Städten, die meist durch den Einsatz der Staatsgewalt beendet und niedergeschlagen werden.

Ein Beispiel: Shahr Babak

Im Januar 2004 hatten die Arbeiter der Kupferminen und -Verarbeitung von Khatoon-abad in der Provinz Kerman gegen ihre Entlassung protestiert und tagelang mit ihren Familien vor den Minen Sitzstreiks organisiert. Die Spezialkräfte greifen an und schießen. Einige Arbeiter und Familienangehörige werden verwundet und festgenommen. Gegen diesen Angriff entsteht in der Stadt Shahr Babak, wo viele Arbeiter aus den Kupferminen wohnen, eine große Protest- und Soldarisierungswelle. Die Einwohner demonstrieren auf den Straßen und werfen Steine auf Banken und Verwaltungen. Auch aus Hubschraubern wird das Feuer auf sie eröffnet. Mindestens vier Arbeiter werden getötet, und viele verwundet und verhaftet.

Es gibt auch neue Formen Arbeiterwiderstand: einzelne Arbeiter töten ihre Betriebschefs mit der Waffe, Sabotage in der Fabrik usw..

Bei der Vertragsunterzeichnungmit BAMCO im Arg-e-Jadid nahe der Stadt Bam, sagte Wittig vom VW-Vorstand, dass das Wachstum des Automobilmarkts im Iran mit 150% in den letzten 5 Jahren noch schneller ist als in China.

Das Detroit des Mittleren Ostens

Seit Mitte der neunziger Jahre wächst der iranische Automarkt um rund 30 Prozent jährlich und damit schneller als der chinesische. Der Ausstoß von PKWs wird in diesem Jahr auf etwa 1 Mio gesteigert. Die Produktion des ersten nationalen PKWs - des berüchtigten Peykan - wurde jetzt nach 38 Jahren eingestellt. Nach dem Joint-Venture mit Renault sollen ab 2006 in den Fabriken von Iran Khodro und Saipa insgesamt 300.000 Logan vom Band rollen. Der Vizechef von Iran Khodro, der größten Autofabrik des Landes, sagt, Iran werde »das Detroit des Mittleren Ostens«. Aber die Produktionsprozesse gelten im internationalen Vergleich noch als veraltet und unproduktiv. Der Boom wird aus den Knochen der Arbeiter herausgeholt. Sie bezeichnen Iran Khodro in Teheran als Schlachthof. Im letzten Jahr sind dort mindestens acht Arbeiter durch Arbeitshetze und Arbeitsunfälle ums Leben gekommen. Die Firma ist der größte Fahrzeughersteller im Mittleren Osten und mit mehr als 30.000 Beschäftigten der größte Betrieb im Iran. Seit 1997 wurden keine Arbeiter mehr fest eingestellt, es werden nur befristete Arbeitsverträge geschlossen. Die Subunternehmen und Dienstleistungsbetriebe, die für die Firma arbeiten, zahlen sehr niedrige Löhne. Die Firma nötigt die Arbeiter zu Arbeitstagen von mehr als zehn Stunden und streicht die Feiertage. Immer mehr Arbeiter werden durch Unfälle, die schwere Arbeit und Überstunden getötet. Daraufhin gab es Arbeiterproteste und begrenzte Arbeitsniederlegungen, obwohl Versammlungen und Streiks verboten sind.

Zu Neujahr (21. März 2005) hat die Firmenleitung alle ArbeiterInnen aufgefordert, während der Ferien und am Wochenende am Arbeitsplatz zu erscheinen, um ihre Kündigung zu verhindern. Die Jahresprämie wurde gestrichen. Die Beschäftigten der Montagelinie 1 wurden wegen der Stilllegung der Produktion des Peykan gekündigt.

Die ArbeiterInnen griffen zu Protesten und Streiks. Am 12. April wurde der Strom in den Montage- Abteilungen 1 und 3 abgeschaltet und die Produktion für einige Stunden unterbrochen. Ein Montagearbeiter (Parviz Salarwand, der an den Protesten beteiligt war) wurde entführt und im Keller der Fabrik durch den Harasat (Werkschutz) verhört, später an einen unbekannten Ort verschleppt. Er wird beschuldigt, gegen die niedrigen Löhne der Zeitarbeiter protestiert zu haben. Nach drei Wochen wurde bekannt, dass gegen den geständigen Parviz Salarvand wegen »vorsätzlicher Abschaltung der Elektrizität und Sabotage« Haftbefehl erlassen wurde. Das Koordinierungskomitee unterstützte ihn in einer Mitteilung vom 18. Mai 2005, lehnte aber Sabotageaktionen ab als »abenteuerliche Methoden gegen die Interessen der ArbeiterInnen«.

Laut Mitteilung einer Gruppe ArbeiterInnen von Iran Khodro wurde er nach 40 Tagen in Folge der Proteste seiner KollegInnen und der Bemühungen ausländischer Institutionen frei gelassen.

Aufgrund der Arbeiterproteste mußte die Firmenleitung dieses Jahr den 1. Mai zum arbeitsfreien Tag erklären. ■

was bisher geschah

Diese Rubrik haben wir für Korrekturen und LeserInnenbriefe eingerichtet. Außerdem benutzen wir sie für Updates, um an Themen, zu denen wir schon mal was Ausführliches geschrieben haben, dran zu bleiben und die Sachen im Gedächtnis aufzufrischen (wie z.B. Knäste). Mit der Zeit ist das ausgeufert, die Texte wurden zu lang, bestimmte Fortsetzungen waren fast interne running gags (Busfahrer, Stromausfälle), und die Rubrik kriegte immer mehr den Charakter einer »Vermischtes«-Seite. Obwohl wir eine große Begeisterung für interne Witze haben (siehe Titelbild!), erscheint »WBG« diesmal abgespeckt mit drei Themen (Knast, Sudan, Blackout), zwei Leserbriefen und zwei Buchhinweisen.

Berlin: Überbelegung führt zu Konflikten

Der Leiter der Justizvollzugsanstalt Tegel hat gestern im Rechtsausschuß des Abgeordnetenhauses ein Horrorszenario gezeichnet. So schaffe die Überbelegung in seinem Gefängnis fast schon argentinische Verhältnisse: »Die permanente Enge schürt Konflikte. Es kann aufgrund der Überbelegung zu gewalttätigen Eruptionen führen. Bislang ist es dem klugen Agieren der Bediensteten zu verdanken, daß es keine Zunahme der Gewalttaten gibt«. Das Schlimme sei, daß man für immer mehr Inhaftierte immer weniger Personal zur Verfügung habe. Das reduziere natürlich die Einflußnahme der Vollzugsbeamten auf die Gefangenen. Zur Zeit seien in Tegel 1693 Gefangene untergebracht (berlinweit 5474 Insassen) – eine völlige Überbelegung in Deutschlands größter Haftanstalt. 73 Inhaftierte seien rechts- und 45 verfassungswidrig untergebracht, weil sie in Doppel- und Mehrfachbelegung inhaftiert seien. Justizsenatorin Karin Schubert (SPD) sieht dagegen nur einen Ausweg: den Bau der Haftanstalt in Großbeeren mit 650 Haftplätzen für 80 Millionen Euro. (...)

(FR, 11. März 2005)

Die in dem Artikel angesprochenen »argentinischen Verhältnisse« waren auch Thema in der Wildcat 73 (Was bisher geschah, S.60). Inzwischen kommt es dort immer wieder zu Aufständen in den Knästen:

Trotz wachsender Zahl von Gefängnisrevolten ignoriert Regierung dramatische Haftbedingungen

In Argentinien nimmt die Gewalt in Gefängnissen beständig zu. Menschenrechtler fordern, dass sich die zuständigen Stellen des seit langem bekannten Problems annehmen und gegen Korruption und die desolaten Haftbedingungen in den völlig überfüllten Anstalten vorgehen. In diesen Faktoren sehen sie die eigentlichen Ursachen, den Zündstoff, der schon kleine Konflikte eskalieren lässt. Sie halten die oft als Auslöser der Zwischenfälle herangezogenen Bandenkämpfe allenfalls für den unmittelbaren Anlaß der Gewaltausbrüche. »Die Regierung läßt es bei dieser Erklärung, um über ihre eigene Mitverantwortung hinwegzutäuschen«, sagte Gustavo Palmieri vom Zentrum für Rechts- und Sozialstudien (CELS), einer lokalen Menschenrechtsgruppe. Die Aktivisten nennen in ihrem letzten Jahresbericht vom Dezember 2004 Überfüllung, unzumutbare Haftbedingungen und Korruption als die eigentlichen Katalysatoren der Gewalt.

(Junge Welt 20. April 2005)

Ölfund in Darfur heizt Krieg weiter an

Sudans Regierung verkündet Aufnahme von Probebohrungen im umkämpften Nord-Darfur mit Schweizer Beteiligung. Die beiden größten Rebellengruppen in Sudans westlicher Kriegsregion Darfur haben die Regierung aufgerufen, Erdölbohrungen unverzüglich einzustellen. Die betreffende Region liegt außerhalb der bestehenden Ölfelder des Sudan. Das Land exportiert derzeit 300.000 Barrel Öl täglich und will das bis August auf 500.000 steigern. Betreiber der neuen Ölfelder in Darfur ist nach Regierungsangaben ein Konsortium namens ABCO unter Einschluss sudanesischer Firmen, in dem das Schweizer Unternehmen Cliveden mit 37 Prozent den größten Anteil hält. Die Kontrolle von Ölfeldern ist in Sudan ein zentraler politischer Streitpunkt. Im inzwischen beendeten Krieg in Südsudan waren Massenvertreibungen der Zivilbevölkerung durch die Regierungsarmee in Ölgebieten gang und gäbe. Südsudan wird jetzt unter Rebellenführung autonom, die neuen Machthaber dort suchen eigene Partner im Ölgeschäft. Das verleitet Sudans Zentralregierung dazu, neue Fördergebiete zu suchen.

(taz, 21. April 2005)

...und die Bundeswehr rüstet im Sudan auf:

Der Deutsche Bundestag hat am 22. April die Entsendung von Bundeswehreinheiten in den Südsudan beschlossen. Der Militäreinsatz ist grundsätzlich auf »das gesamte Territorium Sudans« mandatiert und ist »planerisch« auf eine Dauer von sechseinhalb Jahren angelegt. Berlin, das im Rahmen der UN-Mission United Nations Mission in Sudan das größte nationale Kontingent an Militärbeobachtern stellt, sichert sich damit bevorzugte Kontrollmöglichkeiten bis zur Abhaltung eines Sezessionsreferendums im Jahr 2011. Die Bevölkerung der südlichen Landesteile, in denen reiche Rohstoffbestände nachgewiesen sind, soll dann über die Gründung eines eigenen Staates entscheiden. An Separatisten im Südsudan leitet die Bundesregierung umfangreiche Finanzmittel (»Entwicklungshilfe«) und umgeht die Zentralregierung in Khartum. Mit Umsetzung des jetzigen Sudan-Beschlusses werden fast 7000 deutsche Soldaten auf drei Kontinenten im Auslandseinsatz sein.

(www.german-foreign-policy.com/de/news/)

Zum Blackout in New York hatten wir in der Wildcat 68 ein Titelbild gemacht und ein Genosse, der in der Branche arbeitet, hatte damals einen Hintergrundbericht geschrieben. Er meint diesmal:

next black out

»Letzte Woche war ich zum Lehrgang, dort war auch ein Kollege von Vattenfall, einem der großen vier Netzbetreiber in der BRD. Die betreiben das Höchstspannungsnetz (380/220kV) - und was der so aus dem Nähkästchen berichtet hat, lässt auf eine schwarze Zukunft hoffen. »Nach unbestätigten Gerüchten« sei das Höchstspannungsnetz im letzten Jahr viermal kurz vorm Blackout gestanden – was vermutlich zu ähnlichen Folgereaktionen wie bei den damaligen Ausfällen in USA, Italien, England... führen würde. Die Schuld gab er hauptsächlich den inzwischen kaum noch beherrschbaren Netzschwankungen infolge des immens angewachsenen Anteils an Windenergie im Netz. (Wenn durch unverhoffte Flauten kurzfristig ein Großteil der Mühlen stehenbleibt, können die nicht so schnell ihre Kraftwerke anfahren, wodurch es zu Netzzusammenbrüchen kommen kann.) Hinzu kommt aber auch der drastische Personalabbau, wodurch systematische Prüfungen und Wartungsarbeiten kaum noch möglich sind. Außerdem beschwerte er sich über Vorstellungen in der Chefetage, dass das Schaltpersonal künftig auch von zu Hause über Internetverbindungen Schalthandlungen im Höchstspannungsnetz durchführen solle – um Zeit und Personal zu sparen. Das würde voraussetzen, dass die bisher weitgehend abgeschirmten internen Kommunikationsnetze sich zum Internet hin öffnen müssten – ein Gedanke, bei dem ihm offensichtlich gruselte. (In den USA würden sie seit dem Blackout den umgekehrten Weg gehen).«

Am 25. Mai ging folgende Meldung durch die Nachrichtensendungen:

Ein schwerer Stromausfall sorgte in Moskau (11 Mio. EinwohnerInnen) über Stunden für Chaos. Der Verkehr brach komplett zusammen, Zehntausende Menschen steckten in U-Bahn-Zügen fest, mehr als 1500 in Aufzügen. Im Innenministerium funktionierten über Stunden weder Telefone noch Computer. In den Kühlregalen der riesigen Einkaufszentren am Stadtrand drohten Tonnen von Lebensmitteln zu verderben.

Und gerade wollten wir schreiben, dass wir euch in Zukunft mit Meldungen über Blackouts verschonen wollen, da sind die Züge in der Schweiz stehen geblieben: am 22. Juni gab es einen zweieinhalbstündigen Stillstand im Schweizer Bahnverkehr aufgrund einer »Strompanne«.

Leserbriefe:
Verstrickungen und sozialdemokratische Verbalisierungen

Erschütternde Befunde...!?

(Leserbrief zur Besprechung des Bandes »Sie warn die (Anti)deutschesten der Deutschen Linken« in der Wildcat 73)

Mit einigem Interesse und großem Erstaunen habe ich die Rezension des von mir herausgegebenen Sammelbandes »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken« in der letzten Wildcat gelesen. Der Rezensent schreibt, sein erster »Befund« sei »erschütternd« gewesen. Das tut mir natürlich leid, wobei mir die Begründung der Erschütterung nicht ganz einleuchten kann. Man hat den Eindruck, dass der Rezensent jaa in seiner »Kritik« von etwas getrieben wird, was jenseits der von ihm gelieferten Begründungen und des Gegenstandes selbst liegt. jaa kritisiert das Buch als »weitere Umdrehung in der zirkulären Beschäftigung der Linken mit sich selbst«. Dennoch ist seine Hauptkritik, dass niemand der AutorInnen »ehrliche Worte über die eigene Vergangenheit« verlieren würde, also die zirkuläre Selbstbeschäftigung nicht exzessiv genug betrieben hätte. Der Rezensent meint nämlich zu wissen, dass diese Vergangenheit irgendwie mit den antideutschen »events« zu tun habe, »verstrickt« und versippt seien die AutorInnen mit den Antideutschen. Das sehe man alleine schon daran, dass »die meisten Autoren... des Sammelbands... noch immer – oder wieder – in diesem Blatt« (gemeint ist die Berliner Wochenzeitung Jungle World) schreiben würden. Der Rezensent ist hier nicht gut informiert. Meines Wissens schreibt ein einziger Autor des Sammelbandes regelmäßig in der Jungle World, ein anderer mehr als sporadisch, drei Autoren des Sammelbandes schreiben dagegen gelegentlich in der Jungen Welt - zwei Zeitungen, die ihre Identität zu nicht unbeträchtlichem Anteil aus der Verdammung der jeweils anderen ziehen. Der Jungle-World-Autor Bernhard Schmid kritisiert den Bellizismus, den die Jungle World rund um den Afghanistan- und Irak-Krieg an den Tag gelegt hat, die Junge Welt-Autoren können mit dem nationalistischen Antiimperialismus der Berliner Tageszeitung nichts anfangen. Die zwölf anderen Autorinnen und Autoren schreiben aus welchen Gründen auch immer weder in der einen noch in der anderen Zeitung. Das verweist lediglich auf den schlechten Zustand der bundesrepublikanischen linken Presselandschaft – auf nicht mehr. Leider scheint nun auch in der Wildcat sektiererisches Konkurrenzdenken, wie es in der Rezension zum Ausdruck kommt, fröhliche Urstände zu feiern.

In der Regel ist die Kunst einer Rezension, dass man den wesentlichen Inhalt eines Buches oder Beitrags zusammenfasst und – im besten Fall – daran eine Kritik formuliert. Das ist der Wildcat lediglich mit Holger Schatzens Beitrag über die »neoliberale Formierung des Selbst und die linke Marktapologetik« des antideutschen Denkens ansatzweise gelungen. Über den Inhalt der anderen Beiträge erfahren wir aber gar nichts. Dass es in meinem Beitrag um den bundesrepublikanischen Linksradikalismus und Israel, um das Verhältnis von Zionismuskritik, Antizionismus und Antifaschismus geht, erfährt der geneigte Leser mit keinem Wort. Dafür wird behauptet, dass der nicht näher ausgeführte Hanlosersche »Befund« falsch sei. Mein »Befund« (welcher denn? fragt man sich immer wieder) treffe nämlich auf die »Sponti- und Anarcho-Szene« nicht zu, der sich wohl der Rezensent zugehörig fühlt. In meinem Beitrag geht es aber unter anderen darum darzustellen, dass der maoistische Volksbegriff, der antiimperialistische Nationalismus und ein falscher, verfehlter Schein-Universalismus zu den kruden »antizionistischen« bis antisemitischen Positionen nicht weniger Neuer Linker geführt hat und die antideutsche Reaktion der verzerrte Negativ-Spiegel dieser (teilweise früher selbst vertretenen) Positionen ist. Dass die »Sponti- und Anarcho-Szene« damit nichts zu tun habe, ist ein frommes Märchen, wie man dem Beitrag selbst hätte entnehmen können: Von den sich anarchistisch dünkenden Schwarzen Ratten-Tupamaros, über Kommune-Kunzelmann bis zu den 70er-Jahren-RZ, die sich auch aus Teilen des ehemaligen Sponti-Milieus zusammensetzten, zog sich der problematisierte nationalstaatlich fixierte »Antizionismus«, und er ist heute auch im Anarcho-Milieu der Antiglobalisierungsbewegung anzutreffen. Die simple Grenzziehung, um die es jaa geht, ist also so nicht möglich.

Was stört den Rezensenten nun an dem Sammelband? Eine »Verstrickung«? Welche? »Ehrliche Worte« des Rezensenten hätten das vielleicht zu Tage gefördert. Vielleicht ist es schlicht und ergreifend die Tatsache, dass die Beiträge – wie im Vorwort formuliert – versuchen, das, was an dem antinationalen Aufbruch und der gegen Deutschland gerichteten Kritik richtig war, aufzuheben. Nicht zuletzt droht die Auseinandersetzung mit Nationalismus und Antisemitismus, nachdem sie durch die Antideutschen zur reinen Identitätspolitik heruntergebracht wurde, in Vergessenheit zu geraten.

Gerhard Hanloser

... »übrigens auch mal mit den Verkäuferinnen plaudern« ...

(Leserbrief zur Kritik der Lidlkampagne und des Lidlschwarzbuchs in der Wildcat 73)

In der Wildcat 73 findet sich ein Beitrag, der sich mit unserer Lidlschlusskampagne auseinandersetzt. Lediglich »Rest-Autonome« seien wir, die ihre freie Zeit nun auch noch damit vertreiben, die nächste »Kampagnensau (...) durch das Dorf (zu) treiben«. Aus der Sicht des in den Gesamtbeitrag integrierten Leserbriefes eines FAU-Aktivisten aus Moers hätten wir mit Lidl-Kassierinnen noch, »nicht einmal (...) geredet«, wir agierten demzufolge »paternalistisch-ignorant« und »abgehoben« und wollten letztlich nichts anderes als »Stellvertreterpolitik der schlimmsten Sorte« betreiben.

Ohne zu murren schlucken wir diese sicher nicht persönlich gemeinten Verdikte herunter und sprechen über die Sache selbst. Wir stimmen dem Wildcat-Redakteur zunächst einmal in seiner Einschätzung zu, dass die krisengeschüttelte Ver.di-Organisation aktuell in sehr vielem, was sie tut und tun muss, um den Bestand ihrer Organisation – und damit gerade nicht um das Glück, sagen wir von Lidl-VerkäuferInnen – kämpft. Allerdings finden wir es eine fatal auf diesen Funktionalismus verkürzte Sichtweise, wenn er davon ausgeht, dass ver.di »um den Mitgliederschwund zu stoppen« nun in Sachen Lidl »mit einer öffentlich sichtbaren Kampagne ein bisschen Kampf simulieren« muß. »Ja! und Nein!« lautet hier die richtigere Antwort. Die Publikation des Schwarzbuches ist doch bereits ein Hinweis dafür, dass diese Gewerkschaft ganz entgegen ihrer sonst geübten Praxis des betriebsinternen Arrangierens und Aushandelns zunächst einmal hier auf die Karte Öffentlichkeit setzen muss. Die durch das Schwarzbuch Lidl hergestellte Öffentlichkeit rekurriert auf den noch gesellschaftlich vorhandenen Widerspruch zwischen der Praxis der forcierten Einführung eines brutalisierten Demuts- und Billiglohnregimes auf der einen Seite und fordistisch-sozialpaternalistischen Mentalitäten bei vielen MalocherInnen auf der anderen Seite. Wir haben auch nicht die allergeringsten Probleme damit, uns mit den verhöhnten, beleidigten und bespuckten Lidl-VerkäuferInnen auf unsere Weise dann zu solidarisieren, wenn sie das alles (vorläufig) nur als Traum der sich selbst klein machenden Frau nach ein bisschen sozialdemokratischer Gerechtigkeit zu verbalisieren wissen.

Allerdings haben wir uns auch nach dem vielleicht etwas böse gelaunten Leserbrief des FAU-Aktivisten R. (Moers) gefragt, wie denn die beiden Wildcat-Autoren nach Hartz IV das Verhältnis zwischen »innen« und »außen« in Sachen Maloche, Billiglohn, Zwangsarbeitsdrohungen und Arbeit bestimmen. Leider schweigen sich beide darüber aus. Doch woran bitte schön bemisst sich im schönen Hartz IV-Regime noch das »außen«? Lediglich an einem unterzeichneten Arbeitsvertrag? Immerhin machen mittlerweile nicht wenige Autonome nach Hartz IV geltend, dass sie deshalb nicht von »außen« in eine Lidl-Filiale gehen – und dort übrigens auch mal mit den Verkäuferinnen plaudern –, weil sie erstens da zuweilen Konsumenten sind und zweitens mittlerweile über eine realistische Option verfügen, dort irgendwann mal für einen Euro Tüten packen zu sollen. Stattdessen wird diesen merkwürdigen Rest-Autonomen in den beiden Wildcat-Beiträgen direkt unterstellt, dass diese immer irgendwie so von »außen« vielen Leuten das Leben schwer machen wollen. Ob es wohl sein kann, dass der gegen eben jene »Rest-Autonome« erhobene Vorwurf des Paternalismus insoweit auf die beiden Autoren selbst zurückfällt, wenn sie wohl unterstellen dass es jenen »Rest-Autonomen« in sozialer Hinsicht erheblich besser gehen soll als eben Lidl-VerkäuferInnen?

Am Schluss dieses Leserbriefes wollen wir noch einmal deutlich herausstreichen, dass wir mit allem, was wir ständig fragend tun und denken, – ob nun mit oder ohne Lidlschlusskampagne – nicht irgendwo, sondern im Paradies enden wollen. Das ist doch eigentlich so schwer nicht zu verstehen.

Schlecht entlohnte Vollautonome

Buchhinweise:

Die beiden folgenden Bücher werden wir im nächsten Heft besprechen

Peripherie 97/98
Weltmarkt für Arbeitskräfte
Mai 2005, 247 S. 18,20 Euro

Verlagsinformation:
»Die Globalisierung des Kapitals schreitet unaufhaltsam voran; die Globalisierung der Arbeitskraft dagegen hinkt ihr deutlich hinterher. Orthodoxe Wirtschaftstheorie wie auch neoliberale Wirtschaftspolitik haben selten nach den Ursachen dafür gefragt. Vor diesem Hintergrund werden Fragen der Migration und Flucht, der Arbeits- und Lebenssituation, der rechtlichen und sozialen Situation in den Zielländern, der Dynamik transnationaler sozialer Räume, der Formation und Veränderung kollektiver Identitäten diskutiert.

Georg Fülberth
G Strich - Kleine Geschichte des Kapitalismus
Mai 2005, Hardcover 316 Seiten
19,80 Euro

Verlagsinformation:
Was ist das, wovon alle reden: Kapitalismus? Die Antwort des Verfassers wird mit den Definitionen früherer Autoren verglichen, wobei Karl Marx relativ gut abschneidet. Danach werden Entstehung und Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft vom Handelskapitalismus bis zum Neoliberalismus dargestellt.

Blogs, Webzines und Arbeiterforen

umkämpfter Ort der Kommunikation?

Ein Weblog (Abk. Blog) ist eine regelmäßig aktualisierte Webseite, die Informationen beinhaltet, welche in umgekehrter chronologischer Reihenfolge präsentiert werden. Ein Weblog hat üblicherweise die Form eines Tagebuchs, eines Journals, einer Neuigkeitenseite oder beinhaltet Links zu anderen Webseiten. In den USA ein Massenphänomen (10 Mio Weblogs) – in Deutschland eher noch unterbelichtet (150.000) – Tendenz steigend

Im Oktober 2003 wurde die Software-Entwicklerin Inken Wanzek von Siemens fristlos gekündigt. Hatte sie etwas geklaut, am Arbeitsplatz gekifft, war sie gewalttätig geworden oder zu ehrlich gegenüber Kunden gewesen? Nein – Siemens schrieb der Gründerin des NCI-Netzwerks (s.u.) eine Rundmail zu, in der sie einen Zusammenhang zwischen dem Selbstmord einer gekündigten Mitarbeiterin und dem Personalabbau im Konzern hergestellt habe. »Der Arbeitgeber muss sich nicht sagen lassen, er treibe eine so menschenverachtende Politik, die zu Selbstmorden führt. So etwas kann man nicht sanktionslos sagen«, so ein Rechtsanwalt der Siemens AG.

In letzter Instanz verlor Siemens vor dem Arbeitsgericht – aber wie kommt der Chef an Mails seiner MitarbeiterInnen? Zum Beispiel wie eBay mit der Callcenter-Software »Activity Manager« der amerikanischen Firma Blue Pumpkin: ein umfassendes Spionageprogramm unter dem Deckmantel der Zeiterfassung. Solche Programme kontrollieren vom Telefonieren, Mailen oder Chatten bis hin zum Gang auf die Toilette die Arbeitszeit und den gesamten Internetverkehr, um private und geschäftliche Kommunikation unterscheiden zu können. Die ArbeiterInnen bei eBay wehrten sich dagegen, die Daten mussten wieder gelöscht werden. Aber mehr als 80% der US-amerikanischen Firmen sollen die Internetnutzung ihrer Beschäftigten überwachen.

Was die Weblogs interessant für Leser- und SchreiberInnen macht: Sie sind leicht zu produzieren, mit wenig Aufwand und Vorwissen zu finden und schwer zu kontrollieren. Mit der Verfügbarkeit des Internet und dem vereinfachten privaten Zugang zu der dafür benötigten Technik steigt die Zahl der Blogs weltweit täglich an, und bei der gigantischen Menge von über 15 Millionen (meist anonymen) Bloggern ist es schwierig, diese Art von Nutzung effektiv zu verhindern. Wie bereits vorne im Heft erwähnt, versucht das derzeit z.B. die chinesische Regierung mit wenig Erfolg. 303 000 Links für »Weblog« und 28 200 Einträge, die zu Seiten mit Online-Tagebüchern führen, finden sich bei google.de. Aber die kalifornische Firma feuerte einen ihrer Produktmanager, weil er in seinem privaten Weblog unter anderem über die Arbeit bei dem Suchmaschinenbetreiber schrieb. life @ google from the inside hieß das Blog von Mark Jen. Nun heißt es ninetyninezeros – Mark Jen's Life After Google.

Im Allgemeinen schreiben die Leute über ihr tägliches Leben, ihre Gedanken und Erfahrungen, sie schreiben Geschichten und Buchbesprechungen, sie schreiben über Musik, über mehr oder weniger alles. Wenn die Leute aber über ihre Arbeit schreiben, sich über ihre Chefs lustig machen oder abfällig äußern oder wenn sie sich sogar via Internet zu organisieren versuchen, kommt es immer öfter zu Verwarnungen oder sogar Kündigungen. Wer sich als Arbeitnehmer öffentlich kritisch über seine Firma äußert, riskiert die fristlose Kündigung. Von Juristen werden Unternehmensrichtlinien für Mitarbeiter-Weblogs gefordert, und manche Arbeitgeber schreiben dies bereits in die Arbeitsverträge: »Private Websites des Arbeitnehmers dürfen keinesfalls auf den Arbeitgeber hinweisen.«

Ein anderer Versuch, sich über das Netz zu organisieren, sind Internetforen wie Chefduzen.de, über das wir bereits in der Wildcat 68 berichtet hatten. Auch dort gab es Gerichtsverfahren wegen der Verbreitung von Firmeninterna. Das verschaffte »dem Forum ungeahnte Popularität und den Firmen negative Publicity« (chefduzen.de). Eine der größten Websites von MitarbeiterInnen eines Betriebes ist das Forum www.nci-net.de (Network Cooperation & Initiative) mit 349158 BesucherInnen. Es wurde 2002 von Siemens-ArbeiterInnen gegründet, um sich gegen den anstehenden Stellenabbau zu organisieren. Nach Rundmails und einer Homepage mit Infos zum Arbeitsplatzabbau entwickelte sich die Seite nach und nach zur Infoplattform mit Nachrichten über NCI, Siemens, einem Arbeitsrechts-ABC und einer detaillierten Übersicht über Arbeitsgerichtsprozesse im Konzern. Sie arbeiten eng mit anderen Portalen zusammen, und mit ein paar Links ist man bei ähnlichen Seiten (von MAN, Philips, Sinitac etc.). Die Rubrik »Offshoring and Solidarity« enthält leider nur einen Link zu ver.di und gespiegelte Beiträge von Betriebsräten. Es lohnt sich, ab und zu mal einen Blick in die zahlreichen gut besuchten Foren zu werfen, denn sie geben einen brauchbaren Überblick über laufende Auseinandersetzungen und über anstehende Aktionen.

Billige Filmchen aus subversiven Zeiten

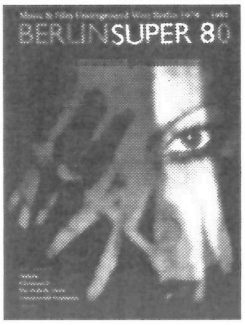
berlin super 80

Beim Jobben als Taxifahrer hatten sich die Berliner Super 8 Filmer kennen gelernt, die dann als »Notorische Reflexe« mit dem biederen Schmalfilmformat subversive Attacken auf die herrschende Kultur starteten. Vorausgegangen war eine Schülerfilmszene, die sich Vatis Kamera aus dem Schrank holte, um damit Klamauk zu veranstalten. Und in den späten 70ern wurde Super 8 zum Medium einer »Gegenöffentlichkeit« hauptsächlich für die Ökobewegung mit Filmen über die Robbenjagd und den Widerstand gegen AKWs. So entstand auch der politisch motivierte Super 8-Filmverleih »Gegenlicht«. Aber erst als der Punk-Virus mit Verspätung das europäische Festland erreichte und eine Welle von Hausbesetzungen und militanten Demos über das Land schwappte, explodierten die Ausdrucksformen des Filmformats. Es gab eine große Aufbruchstimmung, alle Regeln des Umgangs mit Tönen und Bildern wurden zertrümmert. Es gab Tabubrüche und Majestätsbeleidigung, es gab kein MUSS mehr und jeder dadaistische Unsinn war erlaubt, ob falsche Belichtung oder Unschärfe. Angriffe auf die Filmemulsion als Unterhaltung und Krach als Musik. Überall in Deutschland schossen Super 8-Filmfeste wie Pilze aus dem Boden. Merkwürdiges, Ungenießbares, Belangloses und Unbeschreibliches entstand in dieser Zeit. Berlin war die unbestrittene Hauptstadt dieser Szene. Auftritte der »Notorischen Reflexe« waren von einer gewalttätig bedrohlichen Atmosphäre. Sie filmten aus den Riots beim Besuch des US-Präsidenten in der Mauerstadt, lärmten mit Musikinstrumenten hinter der Leinwand, zerschlitzten den projizierten Ronald Reagan, und als Bullenwagen umgekippt und angezündet wurden, zündeten sie die Leinwand an.

Die wilde Aufbruchstimmung war nach kurzer Zeit vorbei. Die etablierten Filmfeste haben das ungeliebte Amateurmedium Super 8 anerkannt und integriert. Es ist längst im Mainstream angekommen und wird von Daimler Benz bis Madonna in ihren Werbeclips benutzt. Die Rebellen von gestern trinken nun Sekt in den Foyers und fühlen sich als Künstler. 1986 fügte die Kieler Filmgruppe Chaos als Kommentar an diese Entwicklung an ihren Film »Tanzmaschinen« noch eine »Berlin-Version«: In diesen Film wurden Bilder der Helden der Szene (von Genesis P. Orridge bis William S. Burroughs) eingefügt, er wurde im hippen Schwarzweiß kopiert und mit einem Soundtrack aus Rumgehämmer auf Stahlschrott versehen. Der Stillstand, die selbstgefällige Attitüde, das ewige sich selbst Zitieren ist nicht nur im Rückblick öde, es nervte schon damals. Als sich die New Wave Ästhetik daraus entwickelt hatte, war das Leben raus.

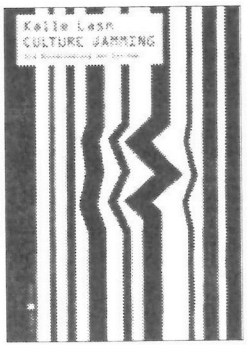
Leider spiegelt diese hochgelobte DVD-CD-Compilation genau das: die selbst-referenzielle New Wave-Ästhetik, bei der die Musik- und Klamottenindustrie noch heute Anleihen machen. Im Zeichen der kulturellen Retrowellen sahen wohl einige Protagonisten von gestern die Chance, aus ihren Filmen, die seinerzeit nie Geld brachten, heute noch ein paar Euro zu schlagen. Knut Hoffmeister, ein spannender Vertreter der Zeit (auch Teil der »Notorischen Reflexe«), fehlt völlig in dieser Compilation. Er hat geerbt und wohl keine ökonomischen Probleme mehr, während diejenigen, die sich im Kulturbusiness durchzuschlagen versuchen (die Tödliche Doris bietet ihre Filme Museen zum Kauf an, und Jörg Buttgereit hat gerade ein Ramones-Musical inszeniert), sich auf dieser Zusammenstellung finden.

Einen besseren Einblick in die brodelnde musikalische Subkultur der Zeit als in BERLIN SUPER 80, findet man in der Super 8-Dokumentation »So war das SO 36« von Manfred O. Jelinski (als 8mm-Kopie im Verleih beim Werkstattkino München und als VHS-Kaufkassette bei Manfred Jelinski /Transvision erhältlich). Neben den Neubauten kommen darin eine Menge anderer Leute vor, die später bekannt wurden (z.B. Die Ärzte), und die meisten Sachen waren grottenschlecht. Gerade die Berühmtheiten hinterließen am wenigsten Eindruck. Genau das ist das Bestechende an dem Film. Es schien jede/r auf die Bühne zu dürfen, sie/er musste nur irgendwie anders, komisch oder lustig sein – oder nichts von dem. Ständiger Bierdosenhagel, das Publikum vielleicht wichtiger als das Geschehen auf der Bühne. So eine Stimmung läßt sich nicht einfach wiederholen.



Eine schön gemachte Werbung auf:
http://www.monitorpop-entertainment.de/intro.html

Culture Jamming
Die Rückeroberung der Zeichen



Kalle Lasn
Culture Jamming
Orange Press, 224 Seiten, plus 16 Farbseiten mit Adbuster-Anti-Werbungen.
20,- EURO
ISBN: 3-936086-22-2

Der Verlag hatte Spannendes angekündigt: »› Corporations advertise. – Culture jammers subvertise.‹ orange-press präsentiert das bahnbrechende Manifest einer neuen sozialen Bewegung.« culture jamming von Kalle Lasn ist nun auch in der deutschen Übersetzung erschienen. Kalle Lasn – Organisator des buy nothing day, der TV-Turnoff-Week, Gründer der Media Foundation und des Adbuster Magazins – stellt darin seine Idee des culture jam (CJ) dar: CJ sei nicht nur eine neue Bewegung, sondern Teil eines revolutionären Kontinuums – zu dem er Anarchisten, Dadaisten, Hippies, die Situationistische Internationale, Punks und eine Reihe weiterer Vorläufer zählt.

Culture Jamming soll der Versuch sein, die derzeitige Konsumkultur aktiv zu blockieren: CJ versteht sich als geistiger Umweltschutz in der Welt der Marken, Labels und Konzerne. Der Mensch sei gefangen in einem Netz der Werbeversprechen. Die Konzerne hätten die Kontrolle über die Menschen übernommen. Dagegen produziert CJ »Anti-Werbung«, bei der offizielle Werbekampagnen zu Anti-Kampagnen verfremdet werden, deren Layout sich ans Original anlehnt, um die Aussage der Originalwerbung umzudrehen. Für Kalle Lasn ist (Anti-)Werbung die letzte aufklärerische Kraft gegen die Manipulationsmacht der Konzerne. Mit den richtigen Spots in den Mainstream-Medien will er das Bewusstsein und die Welt verändern. Eine »verbraucherorientierte« Gegenöffentlichkeit soll mit neuem Bewusstsein versorgt werden – und mit neuen Produkten. Aktuell macht Adbuster z.B. eine Werbekampagne für den »weltweit ersten Anti-Marken-Schuh« Blackspot Sneaker.* Der Unterschied wäre also: Böse Werbung bewirbt böse, gute Werbung dagegen gute (= korrekt produzierte) Produkte.

Auch Lasns historische Vorbilder wie z.B. die Dadaisten versuchten mit Mitteln der Satire, des Bluffs und der Provokation gesellschaftlich Stellung zu beziehen. Ihre Provokationen sollten den realen Blutbildern der Generäle etwas entgegensetzen. Allerdings stellten die Dadaisten am Ende fest, dass ihre Hoffnung, durch Kunst und Provokation das Bewusstsein der Menschen zu verändern, gescheitert war, weil sie im Grunde Idealisten geblieben waren. Sie hatten sich nur an den irrsinnigen Endprodukten abgearbeitet und nicht am System, das diesem Irrsinn zugrunde lag. CJ hält sich mit solchen kritischen Betrachtungen gar nicht auf. Je nach Gusto werden die historischen Bezüge betont oder schwammig gehalten, letztlich bleibt das plakativ und dem Marketing verhaftet.

Lasn findet es gemein, dass seine professionell produzierten Anti-Kampagnen nicht in den etablierten Medien gesendet werden, obwohl er wie die Konzerne dafür bezahlen möchte. Dass er den Medienkonzernen noch Geld in den Rachen schmeißen will und die herrschende Medienpraxis anerkennt, reflektiert er nicht.

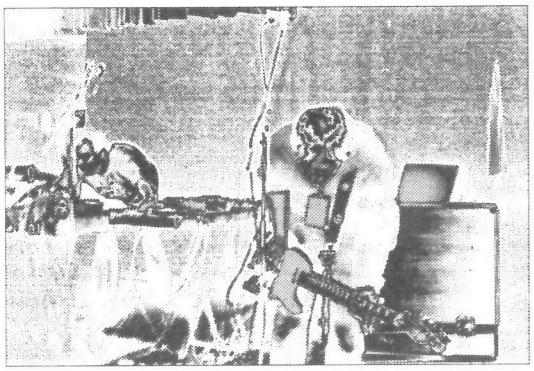
Außerdem haben die etablierten Medien inzwischen gelernt, »subversive« Ideen als Steinbruch für ihre eigenen Zwecke nutzbar zu machen. Radikale Ästhetik sorgt schon lange nicht mehr für Abgrenzung und Nichtkompatiblität – der Tabubruch von gestern ist oft der Mainstream von morgen.

Kalle Lasn scheitert dreifach: Er fällt um Lichtjahre hinter die radikale Medienkritik seiner vermeintlichen Vorläufer zurück; er nimmt die Grassroots-Medienarbeit von Gruppen wie kanalB nicht ernst, und drittens: Wenn es darum geht, für die richtige Produktionsweise (siehe Blackspot Sneaker) zu werben, warum beschäftigt sich das ganze Buch mit CJ?

Im Verlagsprospekt wird die Zielgruppe folgendermaßen beschrieben: »[Culture Jamming] holt uns genau dort ab, wo wir sind: auf dem Sofa vor unserem Fernsehgerät, missmutig und träge. Hadernd mit uns und der Welt sind wir nicht in der Lage, unsere Defizite zu artikulieren, geschweige denn etwas daran zu ändern oder unsere Umwelt aktiv mitzugestalten.« Aber auch solchen Leuten gaukelt er etwas vor: nämlich dass sie die Welt verändern könnten, ohne vom Sofa aufzustehen!

* Quelle: http://de.indymedia.org/2005/06/121307.shtml

Moers-Festival 2005



Am Eingang haben sie versucht, uns unsere Wasserflaschen abzunehmen. Und mehrere Leute haben erzählt, dass sich die Kontrollen auf dem gesamten Festivalgelände (was ›illegale‹ Stände usw. angeht) in diesem Jahr extrem verschärft haben. Jemand, der seit Jahren in der Zeltstadt vegetarisches Essen verkauft, konnte seine Vorräte direkt am ersten Tag wieder einpacken. Klagen kamen auch von den Bauchladen-Energiebällchenverkäufern, und seit langem wurden keine Tequila-Pappkarton-Stände mehr am Wegesrand gesichtet. Auch dafür sorgt die Security.

Aber nun waren wir schon mal drin (mitsamt Wasserflaschen) und das Festival war musikalisch ziemlich gut. Ein paar Eindrücke:

Freitag Abend spielte gleich das Quartett KTU mit Trey Gunn und Pat Mastelotto von King Crimson und den Finnen Kimmo Pohjonen (am Akkordeon) und Samuli Kosminen, der dessen Akkordeonspiel und Gesang auf dem Sampler bearbeitet, daraus Loops baut und diese über Percussion-Pads rhythmisch in die Musik einbringt. Ein gelungener Versuch, »Art-Rock« in ekstatische Momente zu übersetzen.

Direkt im Anschluss traten die Yohimbe Brothers, das sind Vernon Reid an der Gitarre (der u.a. bei Ronald Shannon Jackson gespielt hat, mit Living Colour in den frühen 90ern als Vorbild für den angehenden Crossover-Gitarristen diente und wichtiger Vertreter der Black Rock Coalition ist) und DJ Logic, der an den Plattenspielern rohe und düstere Beats produzierte. Dazu gesellten sich MusikerInnen, die zum Teil schon auf der letzten Platte dabei waren. Entstanden ist dabei eine musikalische Mixtur, die Elemente verschiedener – vor allem afroamerikanischer – Musikrichtungen vereint, zum Teil aber etwas skizzenhaft bleibt. »Urban alternative black rock«? »New York acid jazz«? »Neopunk funk«? Jedenfalls eine Mischung, die jeden Plattenladenbetreiber beim Sortieren und Einstellen zum Wahnsinn getrieben hätte und ein gutes Beispiel dafür, wie ganz unterschiedliche Musikstile in ihren noch deutlich erkennbaren und ungeschliffenen Einzelteilen interessant auf der Bühne präsentiert werden können.

Ein ähnlich begnadeter Mischer ist Louis Sclavis, der am Montag mit seinem aktuellen Projekt »Big Napoli Walls« auf der Bühne stand. Unterschiedliche Sounds, Stile, Instrumente und Musikergenerationen – vom 25jährigen Rapper bis zum 60jährigen Jazzer – prasseln aufeinander, verbinden sich und verschmelzen zu etwas hochenergetisch Neuem.

Interessant am Samstag waren die palästinensischen oudspielenden Brüder Trio Joubran, die als Duo schon vor zwei Jahren in Moers waren. Virtuosen und gute Improvisatoren an ihrem Instrument und erneut erfreulich frei von folkloristischem Ballast, auch wenn ihre Musik im harmonischen Rahmen arabischer Kunstmusik bleibt. Das Odeon Pope Trio aus Philadelphia, wo vor allem Gerald Veasley am sechssaitigen E-Bass brillant und funky vorführte, was auf einem einzelnen Instrument an Vielfältigkeit und Groove herauszuholen ist. Ebenfalls mit von der Partie war er am Sonntag bei Jamaaladeen Tacuma & Basso Nouveau, vier Bässe und ein Schlagzeug. Musikalisch, technisch und emotional umwerfend, großer afroamerikanischer Jazz, der tief und weit in die Geschichte griff und sich trotzdem nicht in Anachronismen verlor.

Den Samstag beschloss die Geburtstagsparty von The Ex unter dem Namen The Ex Party Convoy, viel schräges Hardcore-Zeugs und dazwischen Gastauftritte von VertreterInnen der holländischen freien Szene. Wie bei den vormittäglichen Projekten von The Ex Party Convoy (parallel dazu übrigens das sensationelle James Choice Orchestra aus Köln – unbedingt hingehen, wenn die irgendwo auftreten!), fand so manches nicht wirklich zusammen: ... Jazzer, die zu den Elektronik- und Rockeskapaden nichts zu sagen hatten, Elektroniker, die mit ihren Sequenzen über alles drüberbretterten... Freejazzer wie Brötzmann machen genau das Gegenteil: gehen ins musikalische Material, zerlegen es bis auf die Knochen und setzen es neu zusammen (siehe z.B. die Heavy Metal-Sachen, die Brötzmann in den späten 80ern gemacht hat); so entsteht etwas Neues. Bei den Jazzern im convoy von The Ex war dagegen eine gewisse Mariniertheit zu beobachten; ganz ähnlich wie Marx es Lassalle vorwarf: Man nimmt eine »fertig vorliegende Methode« und »wendet sie auf den Stoff an«. Raus kommt weder Dialektik noch gute Musik! (Ausdrücklich

ausgenommen sei Han Bennink, das 63jährige Freejaaz-Urgestein, er war wild, ungestüm, kreativ und sensibel wie immer).

Weitere interessante Auftritte am Sonntag waren David Thomas & Pere Ubu. Unterstützt durch Dia-Projektionen, die Themen der Stücke illustrierten und Textpassagen einblendeten, entwickelten die fünf MusikerInnen ein subtiles musikalisches Geflecht, das eindrucksvoll zwischen Eigenleben und Illustrierung des Sprechgesangs von David Thomas changierte. Zum Abschluss des Tages Shibuza Shirazu aus Japan, immer noch und immer wieder ein energetisches Erlebnis, aber doch ein bisschen zu sehr am Spektakel und zu wenig an musikalischer Entwicklung orientiert.

Das Programm wirkte in manchen Zügen wie ein »Best of« der letzten Jahre, und das war kein Zufall: Burkhard Hennen, der bisherige Leiter des Festivals, tritt zurück und wird die Nachfolge Kai Michalke überlassen, der bisher u.a. Programmchef im Kölner Stadtgarten war und zu den Gründern der Initiative Kölner Jazz Haus gehört. Mit ihm wird auch der WDR zurückkehren, der 2003 nach langjähriger Zusammenarbeit ausgestiegen war. Hinter der Parole von der »Kolonisierung« des Festivals verbirgt sich der Streit um Sponsoren und Geldquellen, zwischen lokalen und überregionalen Geschäftsinteressen. Ungewiß ist auch die Zukunft der jedes Jahr um den Veranstaltungsort entstehenden Zeltstadt. Hennen will ein Festival, das ein »hoch interessiertes und gebildetes Fachpublikum« anzieht und nicht die proletarischen Ruhrgebietsjugendlichen, die nur Party machen und umsonst zelten wollen. Dieses Jahr sollen ca. 18 000 Menschen gecampt haben, das hat bisher den Kleinhändlern der Stadt Moers Einnahmen beschert, andererseits war es einigen Verantwortlichen wohl zusehends ein Dorn im Auge, dass ein Festival neben dem Festival entstanden war.

Die musikalische Ausrichtung des Festivals lebte aber bisher auch gerade von dieser Mischung – im guten wie im schlechten. Oftmals grenzte sich das Programmheft explizit von dem ab, was dann tatsächlich auf der Bühne stattgefunden hat: Weltmusik; traditionelle Folklore, die den Anspruch von »Synthese, Verschmelzung und Vermischung« nicht einlösen konnte und eher an Fernwehsehnsüchte rührte (dieses Jahr z.B. Mercan Dede, ein gerade angesagter Popstar aus Istanbul/Kanada, der mit einer Inszenierung auftrat, die an abendliche Folklorevorführungen in Touristenhotels erinnerte). Andererseits gab es Musik in dieser Breite wohl auf keinem anderen Festival zu entdecken. Und die vormittäglichen Projekte hatten sich den Workshop-Charakter und die Experimentierfreude der frühen Jahre erhalten und zählten deshalb immer noch zu den Höhepunkten.

Die sich nun abzeichnende musikalische Veränderung in Richtung klassischem Jazzfestival wird wohl eher den Jazzmainstream bedienen und wäre insofern keine gute Kurskorrektur. Gute, neue und interessante Musik wird aber auch in Zukunft ihren Ort finden. Mal sehen, ob nächstes Jahr ein Bericht aus Moers, von einem anderen Festival oder von ganz woanders folgen wird. ■

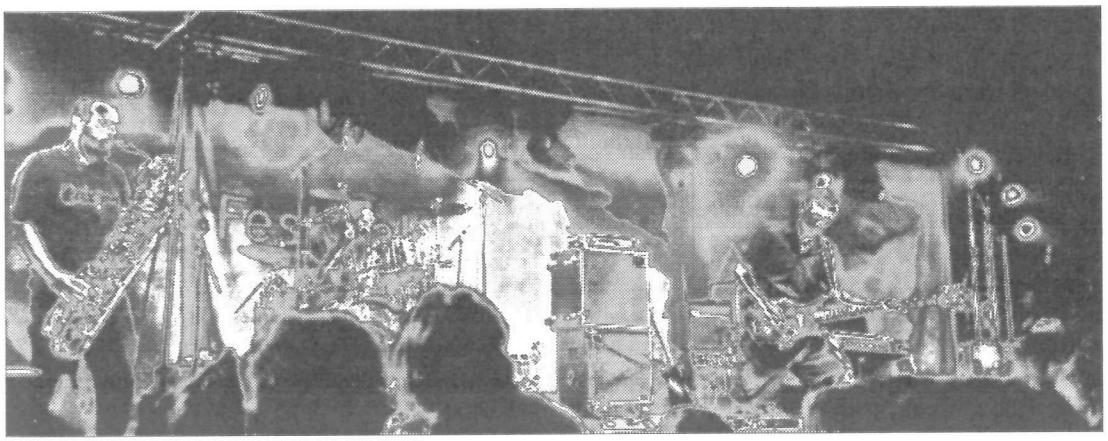
CD-Reviews

Bewegliche Aufladung
»Black Dice – Miles of Smiles«

Elektronisches Knistern und Rauschen. Hoppla, da schält sich was aus der statischen Aufladung raus, was entfernt an Ethnoplatten aus der lokalen Musikbibliothek erinnert, die Platten mit gelbem oder grünem Aufkleber, die alle Jubeljahre auf dem Grabbeltisch neben der Garderobe für lau erhältlich sind. Neudeutsch: Field Recordings. Kontemplative Einkehr bei Kastagnetten. Free form percussion. Keine billigen Effekte, das bleibt alles ungemein dynamisch. Was das ist? Der 13-minütige Titeltrack auf der Miles of Smiles-EP von Black Dice. Jemand schrieb von »Grateful Dead im Säurebad«, andere von indischer Marktplatzatmosphäre, ich würde es eher »Steelband on Prozac« nennen, Sound der Erinnerung, das Sausen in den Ohren nach mehreren Tagen Probe vor dem Auftritt auf dem Karneval in Port-of-Spain/Trinidad.

Die B-Seite der EP, das 14-minütige »Trip Dude Delay« beginnt als Krautrock-Reminiszenz. Nach einem Plink-Plank-Plonk à la Faust, Agitation Free und allem was die späten 60er und frühen 70er an stimmungsschwangerem Weit-da-draußen zu bieten haben, eskaliert das Stück in einen Freestyle-Core, der an »Napalm Death Studies« erinnert, Motörhead on Ketamin meinetwegen. Auf alle Fälle ballert`s. Aber auch das löst sich wieder auf: »Chill Out on Dark Rave«.

»Miles of Smiles« wurde 2002 von Nicolas Vernhes im Rare Book Room aufgenommen und ursprünglich für die Ausstellung »Poetry of Sex« in Tokyo, 2002 geschrieben. »Trip Dude Delay« wurde 2002 von Nicolas Vernhes & Samara Lubelski aufgenommen. Beide Stücke wurden 2003 von Steve Revitte in Brooklyn abgemischt.



Folk-Rock durch Effektboxen gejagt
»Black Dice – Creature Comforts«

Nach dem sonischen Rauschen und wilden Gelärme der Vorgängeralben überrascht Creature Comforts mit dem ruhigeren und spartanischeren Einsatz von Klängen und Geräuschen. Die Band arbeitet viel mit Echo- und anderen Klangbearbeitungsgeräten, mit denen sie minimalistische Gitarrensounds, elektronische und perkussive Klänge etc. zerlegt. In ihren abstrakteren Momenten erinnert sie an die Arbeitsweise der musique concrete, angereichert mit Restbeständen aus Rock, Folk, Noise und freier Improvisation. Es entstehen durchaus rhythmische Momente und Strukturen, aber die CD ist weitgehend frei von geraden Beats und klassischen Songstrukturen. Lärm, der klingt statt lärmt, und der durchaus improvisatorische Züge trägt. Kleine Melodiesprengsel wabern durch den Raum, neu auftauchende Geräusche schlagen einen kurzzeitig in Bann, bevor sie sich im Klangpanorama verlieren oder von neuen Klangspuren abgelöst werden. Das Spiel mit den Gegensätzen Struktur und Chaos, Lärm und Ruhe. Das klingt in der Summe alles sehr medidativ und entspannt und ist ein gutes Beispiel dafür, wie auch komplexere Musik angenehm den Rücken runterperlen kann.

Siehe auch: http://www.dfarecords.com/ und
http://www.dfarecords.com/blackdice/dicemain.htm

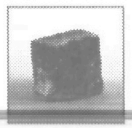
Distorted Beats
»Bootleskup Flenkenkenmike – Looks like velvet, smells like pee«

Bereits im September 2002 Ist die CD Looks like velvet, smells like pee von Bootleskup Flenkenkenmike auf dem Broklyn Label erschienen. Bootleskup Flenkenkenmike ist neben One Speed Bike eines der Pseudonyme, unter denen Aiden Girt – der u.a. seit etlichen Jahren bei Godspeed You! Black Emperor das Schlagzeug bedient – seine Soloprojekte veröffentlicht. Doch im Gegensatz zu Godspeed – ach es fehlen die Streicher! – ist das alles ein 4-to-the-floor-produziertes Percussion-Inferno aus Schlagzeugloops, Effektgerätschleifen und ab und an eingesprenkelten Statements. Hypnotischer »Dark side of rave«, der wohl niemals das Licht der einschlägigen Club-Tanzflächen erblicken wird; übersteuerte und verzerrte minimalistische Tracks, die Position beziehen wollen und eher an eine Neuformulierung von Punk erinnern, als an Studiofriemelei und Clubfunktionalität. Wichtig sind verschroben-ausdrucksstarke Titel, die Tracks lauten z.B.: »Pepsi Sunset in Monacola-Cola«, »Festival de Jazz du Maurier Suicide Bombing«... Das Label: Broklyn Beats wurde von Doily und Criterion 1998 in New York als CD-R Label mit selbstgebrannten Kleinstauflagen von 300 Stück gegründet. Den ersten CD-R-Veröffentlichungen folgte bald ihre erste Compilation »Brutal Police Menace«, deren inhaltlicher Bezug die Übergriffe des NYPD (New York Police Department) sind. Wer reinhören will – unter: *www.clustertainment.com* gibt es Tracks von DJ/Rupture, Criterion und Doily auf Broklyn Beats, unter: *www.broklynbeats.net* verschiedene mp3s des Labels (u.a. auch von Flenkenkenmike), Hörtip: »Donna Summer – PopXplosion«.

[Broklyn Beats 009]
http://broklynbeats.net/
http://broklynbeats.net/discography.html#fourteen
Links:
http://www.goldcoast.nl/garage/0903.html

www.poesieundkritik.de

bei uns bekommt ihr:



★ Bücher – von Gesellschaftskritik über Musik, Romane bis hin zur kleinen Kunst-Bücherei

★ Zeitschriften – von den Lateinamerika Nachrichten, dem Antifaschistischen Infoblatt bis zum Schwarzen Faden

★ Zeitungen – die aktuellen Ausgaben von analyse + kritik, Direkte Aktion, SoZ, Express und Graswurzelrevolution

★ T-Shirts und Kapuzenpullis mit aufgedruckten Motiven

★ Kaffee von Kooperativen in Lateinamerika und Tee aus ökologischem Anbau

Auf irgendeine Art Hippie-Rock ...
»Comets on fire – Blue cathedral«

Comets on Fire – Blue Cathedral
http://www.subpop.com/bands/comets_on_fire/blue_cathedral/«

Hilfe- was ist das denn? Diese Musiker müssen schon durch viele Höllen gegangen sein: die Heavyrock-Hölle, die Hendrix-Hölle, die Artrock-Hölle, die Lärm- und Kreisch-Hölle, die Improvisations-Hölle, die Psychedelic-Hölle. Wahrscheinlich auch noch durch ein paar Höllen, die nur sie kennen. Und jetzt sind sie zurück, um Zeugnis davon abzulegen, wie es in den vielen Untergründen so ist. Nämlich gar nicht so schlimm. Eher richtig gut und sehr, sehr laut. Vielleicht würden ja die Melvins so klingen, würden sie versuchen, Hippie-Rock zu spielen. Denn auf irgendeine Art Hippie-Rock ist die ganze Angelegenheit schon, ja, doch! Verzerrter Bass, ein Schlagzeuger, der losprügelt, als dürfe er danach nie wieder an die Drums. Ein Gitarrist, der mit dem Rest gegen den Rest und gegen seine Rückkopplung spielt. Ab und an ein Saxophon der eher freieren Sorte. Sogar ein Keyboard ist dabei, das in den ruhigeren Stücken etwas arg nach Schweineorgel klingt. Die manchmal auftauchende Akustikgitarre stört auch nicht.

Das ist ja gerade das erstaunliche an der ganzen Sache: Hier stört nichts! Erinnert stark an überdosiertes Meskalin, der Zustand ist viel zu schnell und zu dicht, um Horror und Halluzinationen aufkommen zu lassen. Leider dauert das alles nicht so lang wie ein Meskalintrip. Obwohl – vielleicht ist das auch besser so.

Comets on Fire vermitteln eine Ahnung davon, was alles möglich ist, wenn's nur laut genug kracht und wummert und zischt und fiept und röhrt.

Das Abenteuer kehrt zurück
Free-Jazz im HipHop-Underground

Anti-Pop Consortium – Antipop vs Matthew Shipp
(Thirsty Ear)
freie MP3 downloads unter
http://www.emusic.com/album/10860/10860529.html

El-P – High Water featuring the Blue Series Continuum
(Thirsty Ear)
www.thirstyear.com

Es gibt im HipHop sicherlich einen historischen Bezug zum Jazz. Aber die meisten Veröffentlichungen im HipHop, die Jazzelemente aufgreifen, gehen über kurze Jazz-Samples nicht hinaus. Etwas anders sieht es aus, wenn Jazz-MusikerInnen HipHop-Elemente in ihre Musik integrieren.

So veröffentlicht das Label Thirsty Ear seit 2000 in seiner Reihe Blue Series Platten, die Jazz, HipHop und Electronica verschmelzen. Wohl der HipHop-Sozialisation des Improvisations-Tastenklimperers Matthew Shipp ist es zu verdanken, dass 2003 die Platte Antipop vs Matthew Shipp und 2004 High Water erschienen sind. Im ersten Fall spielt Shipp mit seinem Blue Series Continuum zusammen mit dem Antipop Consortium, im zweiten mit El-P.

APC und El-P entstammen beide dem sogenannten »Avantgarde-HipHop«, der das HipHop-Universum mit elektronischen Improvisationen aus der Erstarrung des Gangsta-Rap holte, die Reduzierung des Körpers auf einen Träger von Goldkette, Knarre und Schwanz durchbrach, Kopf und Bewegung wieder ins Spiel brachte.

Antipop vs Matthew Shipp ist ein Zusammenstoß von HipHop und Jazz. Beide Elemente kämpfen miteinander. Das wirkt teilweise ratlos, drückt manchmal Misstrauen gegeneinander aus. Dieser Kampf lässt über weite Strecken eine gemeinsame, sonderbare Energie entstehen. Der große Vorteil ist, dass im Kampf beide Formationen genau das tun, was sie am liebsten machen und am besten können. Keiner nimmt sich zurück.

Auf High Water sucht man vergeblich HipHop-Beats. Gerappt wird gar nicht. EL-P agiert zurückhaltend, steuert ein paar dröhnende Synthiesounds bei, liefert Skizzen für die Improvisationen der Band. Die eigentliche Arbeit von EL-P bestand in der Strukturierung der Stücke in der Post-Produktion. Die Platte wirkt harmonischer und die Bläser erinnern daran, dass sie es auch gern mal laufen lassen. Trotzdem ist High Water ein HipHop-Album.

Das Interessante an beiden Platten ist ihre Widersprüchlichkeit und der Reiz, den sie nach den anfänglichen Irritationen beim mehrmaligen Hören entfalten.

Fanzine [haːdkɔː], Subst. **I.** Zeitschrift über masseninkompatible Musik und Meinung. Hohe geschmackssichere Kompetenz ohne Beilage mit Werbeträger oder den Selbsterhalt übersteigende kommerzielle Interessen. **II.** Im Souterrain verfasst, im Hinterhof gedruckt und im Dachgeschoß gelesen: Seit 19 Jahren mittendrin statt nur dabei - Prost! *(vgl. Trust, Postfach 110762, 28087 Bremen, 2€50, www.trust-zine.de)*

TRUST

Wildcat

Back Issues

Wildcat 73 (Frühjahr 2005)

Beilage: 40 Seiten Dossier zu den USA

Kollektiv leben: Interviews aus Kollektivprojekten

Wilder Streik bei Opel

Lateinamerika: Nach dem Neoliberalismus

Venezuela: Bürgerbeteiligung + Antiimperialismus + Sozialstaat = Revolution?

Spanien: Olivenernte und Straßenblockaden

Community-Kämpfe in Südafrika

Algerien: Frontstaat im globalen Krieg?

Wildcat 72 (Januar 2005)

Beilage: Audio-CD 'making music is killing music'

Wilder Streik bei Opel Bochum

Erfahrungen im Kampf gegen Zwangsarbeit in den 80ern · Knast: Prekarisierung und Masseninhaftierung

Osteuropa · MigrantInnen in Tschechien · Situation in Polen · polnische Schattenwirtschaft in Berlin

Lateinamerika · Wasserkrieg in Mexiko · Bewegung und Institutionalisierung in Bolivien · Venezuela: umstrittene Spielräume

m.u.c.k.e. · Deutschpop und andere Grausamkeiten

Wildcat 71 (Herbst 2004)

Beilage: Geschichte eines englischen Bergarbeiters

Wir waren das Volk Anti-Hartz-Demos

Jede Agentur braucht ihre Agenten
Dole Autonomy vs. Die Wiederdurchsetzung der Arbeit

Die Erfahrungen der Pariser Solidaritätskollektive

Auto & Metall Streik bei Daimler – Auto 5000 – Arbeiten in einer Metallklitsche

gegen.Entwürfe Jobber – Metallbaukollektiv – Messebau – Metallarbeiter

Respekt Der Umbau der Musikindustrie – Fire Music

Kriegsziel Sudan u.v.m.

Wildcat 70 (Sommer 2004)

Operaismus Vom Schimpfwort zum toten Hund – Storming Heaven – FIAT in Arbeiterhand

Streik in der Modellfabrik FIAT Melfi

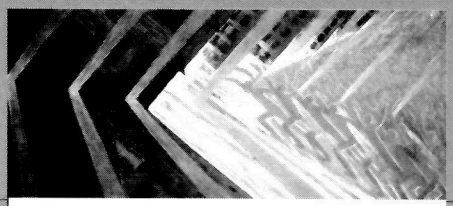
SUD Von der Unmöglichkeit radikaler Gewerkschafterei

Dead End im Irak

Verlagerungen nach Osten? Tschechien – Rumänien

Musik statt Industrie Moers 2004 – Industrial Music – DMCA on Steroids

Buchbesprechungen Joe Hill, die IWW und die revolutionäre Gegenkultur – The Art of Rebellion – The many headed Hydra



Erleben wir das Ende des Klassenkampfs oder nur eine Durststrecke, wie es sie in der Geschichte immer wieder gegeben hat? Der Blick auf ein langes Jahrhundert und erstmals auf die ganze Welt erschüttert eine ganze Reihe von Mythen über die Schwäche der Arbeiterkämpfe und die Bedeutung der Globalisierung. Der beginnende Zerfall der Weltordnung verleiht dieser historischen Analyse der Arbeitermacht ihre spannende Aktualität ...

Die nächsten Veranstaltungen zum Buch:
Leipzig, 14.7.
Magdeburg, 15.7.
Zürich, 3.9.

Beverly J. Silver

Forces of Labor

Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870

Assoziation A & wildcat, 2005
ISBN: 3.935936-32-X, 284 S. 18 Euro

selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch
[eine andere gewerkschaft ist möglich]

FAU IAA
Freie ArbeiterInnen Union
Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org

Out now!

Grave Concern ★ Billy Bragg
Brixton Cats ★ Tolcha
The Wobblies ★ Fred Alpi
Rio Reiser ★ B&K ★ Sin Dios
Rupert´s Kitchen ★ Sab Cats
Chumbawamba ★ Freygang
General Strike ★ Utah Phillips
B&K vs. Rotoskop ★ Kirk Kelly
Brigada Flores Magon
Attila The Stockbroker
The Joseph Boys ★ Ya Basta!

Gibts hier: www.fau.org/fau-mat

Wildcat

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Ausland 24 Euro – Förderabo 30 Euro — Einzelheft 3 Euro (Ausland 4 Euro) — aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 16 Euro (Ausland 20 Euro) – alle Preise incl. Porto.

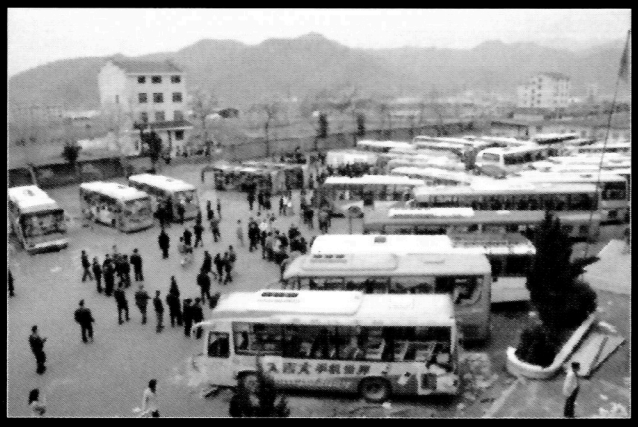
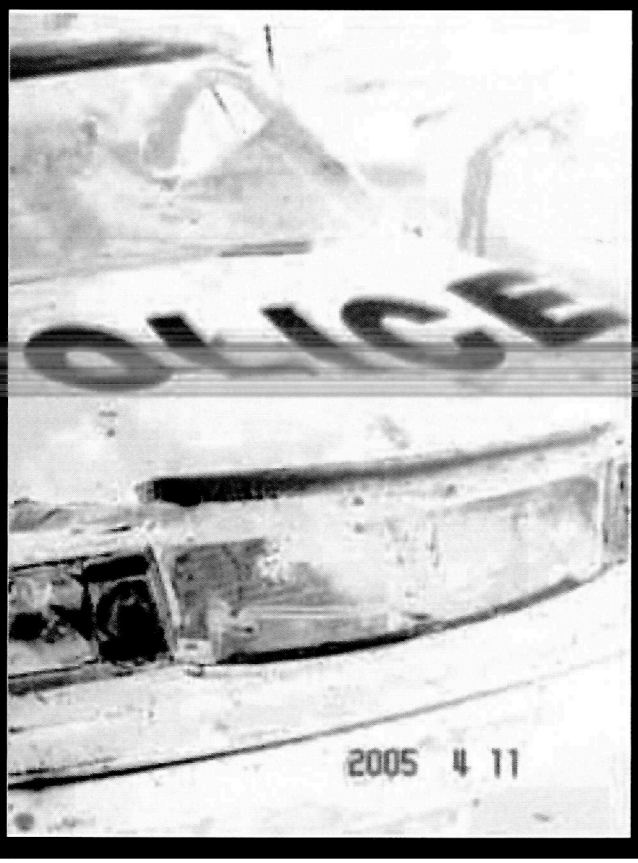
Bestellung per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder per Aboformular auf unserer Webseite.

Regionale Kontakte

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Archiv und Aktuelles
www.wildcat-www.de